

KO Präambel

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Präambel

2 Liebe Berlinerinnen und Berliner,

3 am 18. September 2016 treten wir bei den Wahlen fürs Berliner Abgeordnetenhaus an. Weil wir
4 an das glauben, was Berlin ist: pulsierend und entspannt, Sehnsuchtsort und Zuhause, reich
5 an Kreativität, Leidenschaft und Verstand, an Humor und Hilfsbereitschaft. Berlin, das ist
6 für uns eine Stadt, in der sich Vielfalt zu einer gemeinsamen Identität verbindet – die sich
7 ihrer Geschichte bewusst und neugierig auf die Welt ist. Eine Stadt, die nicht vergisst,
8 dass aus ihr einmal Menschen fliehen mussten, um ihr Leben zu retten, und die deshalb
9 denjenigen hilft, die jetzt Schutz in ihr suchen. Eine Stadt, die so viel Freiraum wie keine
10 andere europäische Metropole bietet, um sich auszuprobieren und den eigenen Lebensentwurf zu
11 leben. Für dieses Berlin und seine offene Gesellschaft stehen wir ein, gemeinsam mit vielen
12 anderen in der Stadt.

13 Damit Berlin so bleiben kann, wie wir es lieben, muss sich einiges ändern. Denn gerade eine
14 Stadt, die so schnell wächst, braucht ein tragfähiges Fundament und eine Idee von der
15 Zukunft. Das ist die Kernaufgabe einer Regierung, und der rot-schwarze Senat ist an ihr
16 gescheitert. SPD und CDU hinterlassen eine kaputt geparpte Infrastruktur, marode Schulen,
17 Straßen und Krankenhäuser. Menschen stehen sich in den Bürgerämtern die Beine in den Bauch
18 und erhalten über Monate nicht die Leistungen, die ihnen zustehen. Das LaGeSo ist zum
19 bundesweiten Symbol für Politik- und Verwaltungsversagen geworden, genauso wie der BER für
20 Steuerverschwendung und organisierte Verantwortungslosigkeit.

21 Wir arbeiten dafür, dass das anders wird. Für eine Stadt, die stolz auf ihre einmalige
22 Mischung ist und deshalb Verdrängung und Wohnraumspekulation entschieden bekämpft. Eine
23 Stadt mit einer bürgernahen Verwaltung, echter Mitbestimmung und schnellem Internet. Eine
24 Stadt mit guter Bildung und Betreuung für unsere Kinder und weniger Stress für Familien.
25 Eine Stadt, in der das Geld der Steuerzahler*innen nicht länger für Prestigeprojekte
26 verschwendet, sondern in die Zukunft investiert wird. Bei all dem kann die Politik von den
27 Ideen und dem Engagement der Menschen in der Stadt viel lernen, denn sie sind die
28 eigentlichen Berlin-Macher*innen.

29 Wir glauben, dass Berlin mehr sein kann: Europas grünste Metropole, in der nicht nur die
30 Bevölkerung, sondern auch die Lebensqualität wächst. Eine Stadt der modernen Mobilität, in
31 der man zuverlässig von A nach B kommen kann – ob zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem
32 öffentlichen Nahverkehr. Eine Stadt mit einer echten Energiewende, mit mehr Grün auf den
33 Dächern und mehr Bäumen in den Straßen. Das alles gibt es nur mit uns.

34 Wir wollen, dass Berlin eine Stadt der Möglichkeiten bleibt – und dass das endlich auch für
35 die Menschen gilt, die bislang nicht von der wirtschaftlichen Dynamik profitieren. Eine
36 Stadt, in der die Integration der vielen Neuberliner*innen gelingt. Eine Stadt, die auch als
37 Vier-Millionen-Metropole sozial zusammenhält und nicht in Arm und Reich zerfällt. Eine
38 Stadt, in der lebendige Stadtviertel und Nachbarschaften entstehen und keine Wohnsilos oder
39 Schlafstädte.

40 Am 18. September werden dafür die Weichen gestellt. Wir Grüne waren und sind anders als die
41 anderen Parteien, passend zu einer Stadt, die anders ist. Wir wissen um die großen
42 Herausforderungen in Berlin und wollen Verantwortung in einer Regierung übernehmen. Berlin
43 und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – wir finden, das ist eine ziemlich gute Idee.

K1 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1. Berlin gemeinsam machen

1.1. Neue Demokratie: Die Stadt gehört uns allen

Beteiligung – Demokratie – neue politische Kultur

Berlin – das sind wir alle, die hier leben. Die Berliner*innen wollen ihre Stadt mitgestalten, jetzt und für die Zukunft. Sie sind bereit, loszulegen und Verantwortung zu übernehmen – wenn man sie nur lässt. Die Berliner*innen prägen mit ihrem Erfindungsreichtum und ihrem Engagement die Stadt. Sie wollen vollkommen zu Recht mitreden und mischen sich ein. Und das ist gut, denn eine lebendige Zivilgesellschaft lebt vom Austausch und dem Ringen um die besten Lösungen.

Deswegen ist es an der Zeit für eine neue politische Kultur der echten Mitsprache. Von Großprojekten wie Olympia bis zum Bauvorhaben im eigenen Kiez bereichern Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie die Stadt und die parlamentarische Demokratie. Engagierte Bürger*innen sind Berlins wertvollste Ressource. Regieren bedeutet heute, die eigene Politik im Dialog mit den Menschen weiterzuentwickeln, unterschiedliche Positionen anzuerkennen und für einen gerechten Interessenausgleich zu sorgen.

Wir sind dazu bereit: Wir haben uns für das Tempelhofer Feld stark gemacht und gemeinsam mit 230.000 Berliner*innen das Volksbegehren „Neue Energie für Berlin“ für ein Stromnetz in Bürgerhand unterstützt. Nun wollen wir die Direkte Demokratie in Berlin auf neue Füße stellen: zum Beispiel indem wir Volksentscheide mit dem nächstmöglichen Wahltermin zusammenlegen. Zudem soll Initiativen ein Teil ihrer Kosten erstattet werden. Wir wollen die Rechte der Bürger*innen stärken und bürgerschaftliches Engagement gezielt fördern.

Beteiligung geht aber viel weiter: Wir brauchen einen „Stadtvertrag Beteiligung“, in dem die Mindeststandards und Spielregeln der Verfahren verbindlich festgehalten sind. Das gibt allen Seiten Gewissheit. Dazu gehört auch eine zentrale Plattform im Internet, auf der alle Bau- und Planungsvorhaben veröffentlicht werden und zu finden sind. Ein neues Gesetz sorgt endlich und verbindlich für mehr Transparenz und Informationsfreiheit.

1.2. Wir lieben die Berliner Mischung

Mieten/Bauen/Wohnen – Tourismus

Jeder der 12 Berliner Bezirke mit den über 90 Ortsteilen und Kiezen hat seine eigene Urbanität, seinen besonderen Charme. Diese Stadtteile und ihre Bewohner*innen machen Berlin aus. Die Stadt wächst und verändert sich: Jedes Jahr kommen zehntausende Neuberliner*innen hinzu. Berlins vielfältige Kulturlandschaft und Geschichte ziehen immer mehr Tourist*innen und Gäste an. Das alles ist eine Bereicherung und fordert gleichzeitig heraus. Denn auf dem umkämpften Wohnungsmarkt verlieren allzu oft Geringverdienende, Familien mit Kindern, Ältere und auch die kleinen Geschäfte.

Wohnen ist ein Grundbedürfnis und das Recht auf angemessenen Wohnraum steht in Berlin sogar in der Verfassung. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Wir brauchen deshalb eine neue Wohnungs- und Mietpolitik. Eine Politik, die neuen Wohnraum schafft und den ökologischen

39 Umbau der Stadt voranbringt. Eine Politik, die für bezahlbare Mieten sorgt,
40 Immobilienspekulation eindämmt und Verdrängung verhindert. Denn die Lebensqualität Berlins
41 bemisst sich daran, dass alle Bürger*innen gleichermaßen daran teilhaben.

42 Wir wollen in einem Berlin leben, in dem für jeden Geldbeutel, für Familien und Singles, für
43 Jüngere und Ältere, für Alteingesessene und Zugezogene ausreichend Wohnraum vorhanden ist –
44 innerhalb wie außerhalb des S-Bahn-Rings, sowohl im Westen als auch im Osten der Stadt. Die
45 Berliner*innen haben mit einem Volksbegehren die rot-schwarze Koalition zu einigen
46 Fortschritten in der Mietpolitik gezwungen. Aber es bleibt noch viel zu tun: Wir wollen
47 Sozialwohnungen, die nicht nur so heißen, sondern deren Mietpreise tatsächlich sozial sind.
48 Wir wollen die Spekulation mit Wohnraum, die die Mieten massiv nach oben treibt, wirksam
49 ausbremsen. Deshalb möchten wir das Vorkaufsrecht der Bezirke mit einem Ankauffonds
50 absichern und die Grunderwerbssteuer zur Antispekulationssteuer umbauen. Die Verdrängung
51 aufgrund von Luxussanierungen wollen wir eindämmen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür
52 ein, dass die derzeitige Modernisierungsumlage entfällt. Um die Energiekosten zu senken,
53 treiben wir die energetische Sanierung voran – mit klaren sozialen Leitplanken.

54 Gerade Alleinerziehende, Studierende und Menschen mit geringem Einkommen brauchen
55 bezahlbaren Wohnraum. Dafür braucht es eine stärkere Förderung des Wohnungsneubaus, die
56 ausreichend und vor allem bezahlbaren Wohnraum schafft. Energiesparendes Bauen mit
57 ökologischen Baumaterialien ist nachhaltig und sozial: Denn was wir heute bauen, wird für
58 viele Jahrzehnte nutzbar sein und dafür sorgen, dass die Energie- und Heizkosten nicht durch
59 die Decke gehen. Wir wollen insbesondere Genossenschaften und gemeinwohlorientierten
60 Baugruppen ermöglichen, an einer ökologischen und sozialen Stadtentwicklung mitzuwirken.
61 Mittelfristig wollen wir den Anteil der Non-Profit-Wohnungswirtschaft am gesamten Berliner
62 Wohnungsbestand von heute knapp 30 Prozent auf mindestens 40 Prozent erhöhen.

63 Sozial verträglich und energetisch nachhaltig: Das sind grüne Maßstäbe für neues Bauen, die
64 in städtebaulichen Verträgen festgeschrieben werden müssen. Unser Ziel sind 30 Prozent
65 kostengünstiger Wohnraum bei privaten und 50 Prozent bei öffentlichen Bauvorhaben. Das
66 Mietenbündnis mit den Berliner Wohnungsbaugesellschaften wollen wir weiterentwickeln und den
67 Milieuschutz ausbauen.

68 Wir stehen für einen nachhaltigen Berlin-Tourismus, der auf einen Interessenausgleich mit
69 den Anwohner*innen setzt. Wir wollen die Zweckentfremdung durch Ferienwohnungen eindämmen
70 und die Ansiedlung von Hotels und Hostels besser steuern. Nur wenn Berlin beim Tourismus
71 stärker auf Qualität statt reiner Masse setzt, kann die Stadt auch langfristig für
72 Besucher*innen aus aller Welt attraktiv bleiben.

73 1.3. Mit Verantwortung investieren statt Steuern verschwenden

74 BER – Verwaltung – Bezirke – Haushalt/Investitionen

75 Wir Berliner*innen lieben unsere Stadt. Aber Berlin ist auch eine Stadt mit etlichen
76 Problemen, die endlich angegangen werden müssen. Wir wollen, dass die Menschen beim
77 Bürgeramt wieder zeitnah einen Termin bekommen und die Jugendämter nicht mehr die weiße
78 Fahne hissen müssen. Wir wollen, dass für alle Kinder ausreichend Schulplätze vorhanden sind
79 und ihnen nicht die Schuldächer über dem Kopf einstürzen. Wir wollen eine gute
80 Verkehrsinfrastruktur, die für alle bezahlbar ist, ohne S-Bahnchaos im Frühjahr, Sommer,
81 Herbst und Winter. Die Infrastruktur unserer Stadt wurde zu lange auf Verschleiß gefahren.
82 Der massive Personalabbau hat Berlin in die Krise getrieben. Die Berliner*innen brauchen und
83 erwarten eine moderne Verwaltung und Infrastruktur. Momentan haben wir es mit einem Politik-
84 und Verwaltungsversagen auf breiter Front zu tun. Der Senat verzettelt sich in
85 Prestigeprojekte – uns geht es darum, dass der Berliner Alltag von Bürgeramt bis S-Bahn
86 endlich wieder funktioniert.

87 Sinnbild für eine gescheiterte Infrastrukturpolitik ist das Kürzel BER. Der
88 Hauptstadtflughafen steht für Kostenexplosion, Intransparenz, Missmanagement und
89 organisierte Verantwortungslosigkeit. Das hat die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger
90 Steuergelder in Milliardenhöhe gekostet. Wir wollen das Verschwenden beenden. Der BER muss
91 ohne weitere Kostenexplosionen, ohne teure Umplanungen oder Erweiterungen an den Start
92 gehen. Wir werden keinen Billigflugbetrieb mit Steuergeldern subventionieren. Und wir
93 bleiben dabei: Tegel schließt, sobald der BER öffnet!

94 Auch die Angestellten im öffentlichen Dienst Berlins verdienen Besseres als die unzumutbare
95 Überlastung, zu der eine verfehlte Personalpolitik, ein hoher Krankenstand und unterbesetzte
96 Stellen geführt haben. Damit muss Schluss sein. Wir setzen auf eine intelligente
97 Personalentwicklung, die Mitarbeiter*innen motiviert und fördert. Und auf eine moderne
98 Verwaltung, die sich die Chancen der Digitalisierung endlich zu Nutze macht. Vor allem in
99 den Bezirksverwaltungen braucht es neues Personal, denn sie erbringen einen Großteil der
100 Leistungen für die Berliner*innen. Wir wollen die Bezirke stärken und ihre finanzielle
101 Gängelung beenden.

102 Wir stehen für eine verantwortliche Haushalts- und Finanzpolitik und gegen die Verschwendung
103 öffentlicher Mittel. Angesichts des Berliner Schuldenbergs und mit Blick auf die
104 Schuldenbremse ist dies auch in Zukunft unerlässlich. Aber die städtische Infrastruktur darf
105 nicht länger auf Verschleiß fahren. Denn jede marode Straße oder kaputte Schultoilette kommt
106 Berlin und das öffentliche Vermögen auf lange Sicht teuer zu stehen.

107 Finanzielle Gestaltungsspielräume und steigende Steuereinnahmen setzen wir für
108 Zukunftsinvestitionen ein. Statt Reformstau und Wahlkampfgeschenken brauchen wir
109 Investitionen in die Energiewende und ein Berliner Klima-Stadtwerk, in eine nachhaltige
110 Wasser- und Abfallwirtschaft, in den öffentlichen Nahverkehr, die Sanierung und den Neubau
111 von Kitas, Schulen, Krankenhäusern und in mehr Stadtgrün. Kurzum: in eine lebenswerte Stadt
112 mit einer modernen Infrastruktur.

113 1.4. Solidarisches Berlin: Armut bekämpfen und Daseinsvorsorge sichern

114 Armut/Soziales – soziale Infrastruktur – Daseinsvorsorge

115 Die Wirtschaft wächst, doch nicht alle profitieren vom Aufschwung. Berlin ist immer noch die
116 Hauptstadt der Kinderarmut, der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit und der prekären Jobs.
117 Und auch in unserer Stadt ist Armut oftmals weiblich. Wir wollen nicht akzeptieren, dass
118 Menschen an den Rand gedrängt werden, weil sie keine Erwerbsarbeit haben, sich ihre Miete
119 nicht mehr leisten können oder krank sind. Unser Ziel ist eine gute öffentliche Versorgung
120 für alle. Der Berliner Senat beschränkt sich seit Jahren auf die Dokumentation der sozialen
121 Ungerechtigkeiten, mit der Folge, dass die soziale Spaltung weiter voranschreitet. Wir
122 wollen Armut nicht länger in der Statistik verstecken, sondern frühzeitig bekämpfen und
123 wirksam vermeiden: Mit einer Bildungsoffensive für junge Menschen, die Förderung brauchen;
124 Und mit sinnstiftenden Beschäftigungsangeboten für Langzeitarbeitslose, die dem Gemeinwohl
125 zu Gute kommen und die das Land selbst anbietet.

126 Wir unterstützen die duale Ausbildung. Sie verbindet Schule und Betrieb und ist damit für
127 junge Menschen ein gutes Sprungbrett ins Berufsleben. Außerdem brauchen wir mehr gezielten
128 Sprachunterricht und Ausbildungsangebote in der Jugendhilfe. Mehr als ein Drittel aller
129 Berliner Kinder lebt von Sozialleistungen. Darum werden wir ein Netzwerk gegen Kinderarmut
130 schaffen, in dem alle Institutionen gemeinsam Hilfe organisieren. Das Prinzip der
131 Sozialraumorientierung gilt für uns ganz generell: Hilfe direkt vor Ort, aus einer Hand, nah
132 bei den Menschen und angepasst an ihre Bedürfnisse. Um Wohnungsverlust, Zwangsräumungen und
133 Obdachlosigkeit zu verhindern, regeln wir die so genannten „Kosten der Unterkunft“
134 grundlegend neu.

135 Eine gute Grundversorgung ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit und Teilhabe. Unser Ziel
136 ist eine moderne, ökologische Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand zu bezahlbaren Preisen.
137 Die öffentlichen Unternehmen leisten viel für die Lebensqualität in unserer Stadt. Die
138 Privatisierungen der Vergangenheit waren schwere Fehler, die die Berliner*innen teuer zu
139 stehen gekommen sind. Für die Zukunft wollen wir unsere öffentlichen Unternehmen fit machen,
140 damit sie ihre Aufgaben gut und bürgernah erfüllen können - ganz gleich ob es dabei um die
141 Krankenversorgung, um Wohnen, Wasser, Strom oder die Abfallwirtschaft geht.

142 1.5. Berlin in Europa, Berlin in der Welt

143 Geflüchtete/Integration – Europa – Internationales

144 Die Berliner*innen erfinden sich und ihre Stadt immer wieder neu. Das macht Berlin so
145 lebenswert. Das Berliner Herz schlägt europäisch und international. Berlin ist
146 Schmelztiegel, „Maschinenraum“ und politisches Zentrum der Republik. Wir werden darauf
147 hinwirken, dass die Bundesministerien endlich vollständig umziehen.

148 Aus der deutschen Geschichte, die ganz besonders auch Berlins Geschichte ist, erwächst die
149 Verantwortung, sich mit der eigenen Vergangenheit bewusst auseinanderzusetzen. Wir wollen
150 die Erinnerung aufrechterhalten: an die Zeit des Nationalsozialismus, an die Geschichte
151 Berlins als Hauptstadt der DDR, auch an Berlins koloniale Vergangenheit als Hauptstadt des
152 Deutschen Reiches. Geschichte sichtbar machen: Dazu braucht unsere Stadt ein umfassendes und
153 mit dem Bund abgestimmtes Gedenkstättenkonzept. Wir setzen uns für die Bewahrung des Archivs
154 der DDR-Opposition ein und unterstützen die Entwicklung des „Campus der Demokratie“ auf dem
155 Areal des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit. Als Weltstadt hat Berlin auch eine
156 globale Verantwortung. Wir wollen Berlin zur „Fair Trade Town“ machen, zum Beispiel, indem
157 wir bei der öffentlichen Beschaffung dafür sorgen, dass die Produkte nachhaltig sind und
158 nicht aus Kinderarbeit stammen.

159 Aus der deutschen Geschichte erwächst auch unsere Verantwortung, Flüchtlingen Hilfe und
160 Unterstützung, aber auch eine neue Heimat in Berlin zu geben. Die menschenunwürdigen
161 Zustände am LaGeSo sind eine Schande für Berlin. Auch in den nächsten Monaten und Jahren
162 werden Menschen bei uns Schutz suchen. Wir wollen eine Willkommensbehörde schaffen, die sich
163 vom ersten Tag an und bis zur gelungenen Integration um die Menschen kümmert. Unser Ziel ist
164 ein Landesamt für Migration und Flucht, in dem die zuständigen Abteilungen aus dem LaGeSo,
165 der Ausländerbehörde und die für Integration zuständigen Stellen zusammenarbeiten. Dann kann
166 die Prüfung des Aufenthaltsrechts von vornherein mit Beratung verbunden werden. Arbeit und
167 Bildung sind die Schlüssel für Integration. Wir sehen die Unternehmen und Kammern als
168 Partner, wenn es darum geht, die zu uns kommenden Menschen mit ihren Kompetenzen möglichst
169 rasch einzubeziehen – auch unabhängig von formalen Abschlüssen. Gemeinsam starten wir eine
170 Ausbildungsoffensive für junge Geflüchtete. Mit der Bundesagentur für Arbeit und den
171 Jobcentern organisieren wir systematisch Sprach- und Orientierungskurse die auf eine
172 Ausbildung oder Beschäftigung vorbereiten und sie auch begleiten. Die Ausländerbehörde soll
173 jungen Menschen im Asylverfahren oder mit einer Duldung, die einen Ausbildungs- oder
174 Studienplatz haben, ein Bleiberecht mindestens bis zum Abschluss garantieren. Kinder wollen
175 wir so rasch wie möglich in Regelklassen bringen. Willkommensklassen sehen wir nur als einen
176 ersten Schritt. In den Oberstufenzentren sollen sie junge Geflüchtete an unser
177 Ausbildungssystem und verschiedene Berufe heranführen.

178 Auch wir können die jahrelangen Versäumnisse der Berliner Politik nicht von einem auf den
179 anderen Tag beheben. Aber wir werden eine gemeinsame Task-Force mit den Bezirken einrichten,
180 die Unterkünfte findet und ihre Qualität überprüft. Frauen und besonders schutzbedürftige
181 Flüchtlinge bringen wir in eigenen Unterkünften unter. Und wir sorgen dafür, dass neue
182 Flüchtlingsunterkünfte gut an das Stadtleben angebunden sind. Wir führen verbindliche
183 Schulungsangebote für die Verwaltung ein und werden die Bedingungen für ehrenamtliche

184 Helfer*innen verbessern. Auch Zuziehende aus dem europäischen Ausland heißen wir Willkommen
185 und setzen uns für die unbürokratische Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und
186 Qualifikationen ein.

187 Berlin hilft den Geflüchteten. Weil wir es können und weil wir es wollen. Tausende
188 hilfsbereiter, ehrenamtlich engagierter Berliner*innen haben das weltoffene Gesicht unserer
189 Stadt geprägt. Ihr unermüdlicher Einsatz für die Geflüchteten hat eine humanitäre Tragödie
190 verhindert. Auf Dauer kann und darf ehrenamtliches Engagement aber nicht als Ersatz für das
191 Regierungs- und Verwaltungshandeln dienen. Das ist klar. Umso mehr sagen wir allen, die
192 geholfen haben: Danke für diese gelebte Willkommenskultur.

K2 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 2. Stadt der Möglichkeiten

2 2.1. Unsere Großprojekte sind die Kleinen

3 Familie – Betreuung/Kita – Vereinbarkeit – Sport

4 Die Kleinsten liegen uns besonders am Herzen. Wir wollen den Kindern Berlins eine Welt
5 voller Möglichkeiten eröffnen. Das gelingt aber nur, wenn wir die Situation von Familien
6 insgesamt betrachten. Für uns ist Familie da, wo Menschen dauerhaft und über Generationen
7 hinweg füreinander Verantwortung übernehmen.

8 Es gibt unzählige Angebote und Hilfen, auf die Familien zurückgreifen können. Leider
9 verhindert der Behördendschub, dass sie auch in Anspruch genommen werden. Gerade Familien
10 leiden unter dem schlechten Service und der kaputtgesparten sozialen Infrastruktur. Wir
11 wollen das ändern. Durch mehr qualifiziertes Personal in den Jugendämtern und ein einfaches
12 Lotsensystem. In den Jugendämtern der Bezirke wollen wir „Familien-Service-Büros“
13 etablieren. Ob Elterngeld, Kita-Gutschein, Berlin-Pass oder Förderangebote – unser Ziel für
14 die Familien-Service-Büros heißt: Viele Fragen, eine Stelle, alle Antworten! Häufig ist es
15 der Austausch mit anderen jungen Familien, der weiterhilft. Darum wollen wir ein Netzwerk
16 von Familienzentren schaffen, die Familien verbinden und beraten. Wir wollen auch das
17 Regenbogenfamilienzentrum erhalten und das Netzwerk Kinderschutz finanziell stärken.

18 Kitas und Kindertagespflege können Kindern Chancen eröffnen, wenn wir sie als Lern- und
19 Bildungsorte verstehen. Höchste Priorität hat für uns die Qualität der Betreuung. Wir
20 unterstützen deshalb die Forderungen der Eltern im Berliner Kitabündnis nach einem besseren
21 Betreuungsschlüssel, damit eine Fachkraft nicht mehr als vier Kinder betreuen muss. Und wir
22 streiten für eine bessere Entlohnung der Erzieher*innen. Gleichzeitig braucht Berlin in den
23 nächsten Jahren mehr als 20.000 zusätzliche Kita-Plätze, um den gesetzlichen Rechtsanspruch
24 zu erfüllen. Diesen Kraftakt wollen wir mit Landes- und Bundesmitteln schaffen. Uns ist
25 wichtig, dass auch für Flüchtlingskinder ausreichend Plätze geschaffen werden, damit
26 Integration frühzeitig gelingen kann.

27 Einige Familien brauchen flexible Betreuung über die Kita-Öffnungszeiten hinaus, seien es
28 Alleinerziehende oder Eltern im Schichtdienst. Wir wollen daher die ergänzende
29 Kindertagespflege ausbauen und einen Bring- und Abholservice einrichten. Über ein
30 Gutscheinsystem sollen alle Familien davon profitieren, unabhängig vom Geldbeutel. Chancen
31 eröffnet man Kindern, indem man ihnen etwas zutraut. Wir wollen, dass die Stimmen von
32 Kindern und Jugendlichen in Politik und Gesellschaft gehört werden. Darum wollen wir die
33 Kinder- und Jugendarbeit in den Bezirken finanziell besser ausstatten.

34 Auch beim Sport lernen Kinder Selbstvertrauen und Teamgeist. Die Förderung des Vereins- und
35 des Breitensports ist für uns ein wichtiges Instrument, um Kindern und Jugendlichen Chancen
36 im Leben zu eröffnen. Sport braucht Platz! Dafür werden wir sorgen.

37 2.2. Schule fürs Leben

38 Schule – Jugend

39 Wir verstehen Schulen als Lern- und Lebensorte, die Möglichkeiten eröffnen und Horizonte
40 erweitern. Schule bereitet Kinder und Jugendliche auf ein selbstbestimmtes Leben vor und
41 hilft ihnen, ihre Potenziale zu entfalten. Alle Kinder können und wollen lernen.
42 Chancengleichheit entsteht, wenn Lernen mit Zutrauen und einem lernfreundlichen Klima
43 verbunden ist.

44 Für all das müssen sich die Rahmenbedingungen verbessern. Unterrichtsausfall,
45 Lehrkräftemangel, marode Schulen, immer mehr Schüler*innen – seit Jahren sind die Baustellen
46 bekannt. Der Senat schiebt die Probleme auf die lange Bank. Wir packen sie an. Schulen
47 sollten Orte sein, wo Eltern ihre Kinder gut aufgehoben wissen. Doch viele Schulen sind in
48 einem miserablen baulichen Zustand. Den Schulneubau hat die Große Koalition fatal
49 vernachlässigt. Wir wollen die Schulsanierung auf neue Füße stellen, indem wir dauerhafte
50 Investitionen sicherstellen und Mittel bündeln. Außerdem wollen wir ein Programm für den
51 Neubau von Schulen auflegen.

52 Schule braucht ausreichend Platz. Das ist auch eine der Voraussetzungen auf dem Weg zur
53 Ganztagschule. In jeder Schule, egal ob Grundschule, Sekundarschule oder Gymnasium, soll es
54 ein warmes Mittagessen mit gesunden Lebensmitteln aus der Region geben und am Nachmittag
55 Musik, Sport oder soziales Engagement. Dazu werden wir Jugendarbeit und schulische
56 Aktivitäten eng verzahnen. Unser Ziel ist eine Schule, in der Kinder individuell gefördert
57 werden und jedes Kind die gleichen, gerechten Chancen erhält. In der Grundschule werden die
58 entscheidenden Weichen gestellt. Deshalb wollen wir Grundschullehrkräfte besser bezahlen.

59 Längeres gemeinsames Lernen sorgt für mehr Gerechtigkeit und kann die Zahl der
60 Schulabbrecher*innen verringern. Haupt-, Real- und Gesamtschulen zusammen zu legen, war
61 daher richtig. Aber wenn die Sekundarschule neben dem Gymnasium nicht zu einer Schule
62 zweiter Klasse werden soll, müssen wir allen Sekundarschulen den Weg zum Abitur ebnen – mit
63 einer eigenen gymnasialen Oberstufe oder in Schulverbänden. Die Gymnasien wollen wir in die
64 Lage versetzen, zukünftig alle Schüler*innen zu einem Abschluss zu bringen, um das Probejahr
65 und Sitzenbleiben abzuschaffen. Wir halten an unserem Ideal fest, eine Schule für Alle zu
66 schaffen. Die erfolgreichen Gemeinschaftsschulen in Berlin zeigen, wie man diesen Weg
67 gemeinsam mit Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern gehen kann. Damit ist auch klar, dass
68 die Schule der Zukunft die inklusive Schule ist, in der alle Kinder und Jugendliche
69 unabhängig von ihren physischen und psychischen Voraussetzungen gemeinsam lernen. Das geht
70 nur mit genügend Geld und qualifiziertem Personal.

71 Freie Schulen fördern die Vielfalt, sie sind oft Impulsgeber für neue Wege im Schulalltag.
72 Sie sind für uns ein wichtiger Ausdruck einer aktiven Bürgergesellschaft, wie es etwa die
73 Bürgerplattform „Wir sind da!“ in Mitte vormacht. Freie Schulen brauchen Planungssicherheit.
74 Gemeinnützigen Schulen in freier Trägerschaft, die eine ausgewogene soziale Mischung
75 nachweisen und auf Schulgeld verzichten, stellen wir eine bessere finanzielle Förderung in
76 Aussicht. Wir wollen Kindern mit Migrationshintergrund den Weg an die Bildungsspitze öffnen
77 und mehr Lehrer*innen mit Migrationshintergrund an die Schulen bringen. Willkommensklassen
78 für geflüchtete Kinder dürfen nur eine erste Ankommensstation vor dem Wechsel in die
79 Regelklassen sein. Wir brauchen zudem eine geschlechtersensible Erziehung, die traditionelle
80 Rollenbilder hinterfragt und Mädchen wie Jungs neue Chancen eröffnet. Für Diskriminierung
81 darf an Berlins Schulen kein Platz sein.

82 2.3. Wissen ist mehr wert

83 Übergang Schule-Beruf – Ausbildung/Weiterbildung – Hochschule/Wissenschaft – Forschung
84 Jede*r Berliner*in hat einen ganz eigenen Lebensweg. Darum wollen wir die Bildungswege so
85 flexibel machen, dass sich in jeder Lebenslage neue Bildungschancen und Möglichkeiten
86 auftun. Berlin braucht ein transparentes System, in dem Abschlüsse leichter anerkannt und

87 Perspektiven flexibel aufgezeigt werden. Wir wollen mit Universitäten, Hochschulen,
88 Oberstufenzentren und Kammern daran arbeiten, diese Übergänge zu glätten, um
89 Bildungsbiografien ganz individuell anzuerkennen und zu ermöglichen.

90 Die Möglichkeiten, die eine Berufsausbildung bietet, sind vielfältig. Leider kommen
91 Schulabgänger*innen und Ausbildungsplätze viel zu selten zusammen. Stellen bleiben unbesetzt
92 und Jugendliche finden keinen Ausbildungsplatz. Neue Chancen bietet eine bessere Kooperation
93 aller Beteiligten: Jobcenter, Jugendhilfe oder berufliche Schulen. In einigen Bezirken haben
94 wir gute Erfahrungen mit Jugendberufsagenturen gemacht, die alle wichtigen Stellen
95 zusammenbringen. Der nächste Schritt sind Jugendberufsagenturen für ganz Berlin. Ziel der
96 Vernetzung ist die „Berliner Ausbildungsgarantie“. Es gilt: Kein Abschluss ohne Anschluss.
97 Die Übergänge von der Berufsschule zur Hochschule werden einfacher. Es soll nicht länger um
98 ein „Entweder oder“ gehen, sondern um das „Sowohl als auch“.

99 Berlin ist die deutsche Hauptstadt der Wissenschaft und die forschungstärkste Region in
100 Deutschland. Die vielfältige Hochschullandschaft werden wir weiter stärken. Angesichts der
101 steigenden Zahl junger Menschen, die nach Berlin kommen, wollen wir die Zahl der
102 ausfinanzierten Studienplätze erhöhen. Dazu gehört auch eine bessere Ausstattung der
103 Studierendenwerke. Die Möglichkeit zum Studieren darf nicht vom Geldbeutel der Eltern
104 abhängen. Studiengebühren oder Studienkonten lehnen wir deshalb grundsätzlich ab. Wir
105 brauchen jeden Kopf: 160.000 Studierende sind für uns eine 160.000-fache Investitionen in
106 die Zukunft der Stadt, gerade wenn wir es schaffen, die Absolvent*innen mit guten
107 Jobangeboten in Berlin zu halten.

108 Die Anforderungen an Universitäten und Hochschulen wachsen damit weiter. Entsprechend muss
109 sich ihre Finanzierung verbessern. Das wollen wir schon beim Abschluss der nächsten
110 Hochschulverträge angehen. Außerdem muss der enorme Investitionsstau bei den Gebäuden
111 aufgelöst werden.

112 Gute Lehre und gute Forschung an den Berliner Hochschulen und Universitäten ist nur möglich,
113 wenn wir auch für gute Arbeitsbedingungen sorgen. Der wissenschaftliche Nachwuchs braucht
114 eine langfristige berufliche Perspektive mit angemessener Bezahlung, sicheren
115 Arbeitsverhältnissen und klaren Zukunftsaussichten. Dazu werden wir mehr unbefristete
116 Stellen im Mittelbau schaffen.

117 Um selbst gute Forschungsergebnisse zu erzielen, sind Wissenschaftler*innen darauf
118 angewiesen, Zugang zu den Ergebnissen anderer zu erhalten. Offener Austausch schafft neue
119 Möglichkeiten. Darum wollen wir alle Ergebnisse aus öffentlich geförderten
120 Forschungsprojekten auch öffentlich zugänglich machen („Open Access“). Wir setzen uns weiter
121 für Zivilklauseln und gegen öffentlich geförderte militärische Forschung ein.

122 2.4. Anders Wirtschaften und gute Arbeit

123 Wirtschaft/Innovation – solidarische Ökonomie – Arbeitsmarkt/Beschäftigung

124 Exzellente Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die besten Investitionen in die Zukunft
125 Berlins und Voraussetzung für die Wirtschaftskraft unserer Stadt. Berlin hat so viele gut
126 ausgebildete, kreative Menschen; sie alle machen die Stadt zu einem Motor für Innovationen
127 und zum Labor der Zukunft. Das wollen wir durch eine Politik des Weitblicks fördern, die
128 insbesondere grüne Technologien, einen klimafreundlichen Energiemix, nachhaltige
129 Ressourcennutzung und innovative Mobilitätskonzepte voranbringt. Dabei wollen wir das
130 Potenzial etablierter Unternehmen ebenso nutzen wie die Innovationskraft von Startups,
131 Forschung und Wissenschaft. So wird Berlin zu einer Metropole, die nachhaltig wirtschaftet
132 und grün wächst.

133 Berlin ist die Hauptstadt der Gründer*innen. Sie bringen frische Impulse in die
134 Unternehmenslandschaft. Neben persönlichen Erfolgen, geht es den meisten auch darum, die
135 Gesellschaft zu verändern. Wir wollen diesen neuen Gründungsgeist unterstützen und Menschen
136 ermutigen, sich selbstständig zu machen oder ein eigenes Unternehmen aufzubauen. Wir werden
137 daher Förderprogramme so ausgestalten, dass innovative Unternehmensgründungen gezielt
138 unterstützt werden, auch im Sinne einer „Kultur des Scheiterns“. In der Verbindung von
139 Klima- und Wirtschaftspolitik liegt Berlins große Chance: in einer konsequente Energiewende,
140 neuen Mobilitätskonzepten und einer Abfallwirtschaft, die zur Kreislaufwirtschaft wird. Der
141 grüne Weg führt hin zum „Teilen und Wiederverwenden“ und weg vom „Nutzen und Wegwerfen“.
142 Genau wie bei den erneuerbaren Energien bringt Recycling der Stadt ein enormes Potenzial an
143 Rohstoffen, Wertschöpfung und Arbeitsplätzen. Wir werden die ökologische Modernisierung mit
144 Investitionen in die Energiewende, in Infrastruktur sowie in neue Technologien unterstützen.
145 Nicht nur für die wachsende Internetwirtschaft Berlins ist ein offenes und freies Internet
146 wichtig. Der vollständige Glasfaserausbau ist überfällig: für die „Industrie 4.0“, vernetzte
147 Mobilität, digitale Bildung und eine gleichberechtigte digitale Teilhabe. Den Mittelstand
148 werden wir beim Umgang mit dem digitalen Wandel unterstützen.

149 Die Gemeinwohlökonomie, die nicht auf Bilanzgewinne sondern auf nachhaltige Wertschöpfung
150 baut, ist bereits heute ein wichtiger Bestandteil der Berliner Wirtschaft – mit Luft nach
151 oben. Eine zentrale Rolle kommt dabei der Förderung von Genossenschaften zu. Gerade für ihre
152 Expansion fehlen aber häufig die passenden Finanzierungsmodelle. Wir wollen die Erfahrungen
153 gemeinwohlorientierter Banken nutzen und diese Lücke schließen. Ein weiteres Pfund, mit dem
154 Berlin wuchern kann sind die vielen Betriebe, die Berliner*innen mit Migrationshintergrund
155 führen. Sie machen mittlerweile rund 20 Prozent aller Unternehmen dieser Stadt aus. Ihnen
156 den Zugang zu den bestehenden Fördermöglichkeiten zu erleichtern, ist uns wichtig. Gerade
157 für kleinere Unternehmen und Neugründungen werden knappe Gewerberäume und steigende Mieten
158 zum existenziellen Problem. Dem wollen wir mit Maßnahmen gegen spekulativen Leerstand, der
159 Einführung eines Gewerbemietpreises und einer Mietpreisbremse entgegenwirken. Zur Offenheit
160 und wirtschaftlichen Vielfalt Berlins gehört für uns auch die Späti-Kultur – und das auch
161 sonntags.

162 Der Berliner Arbeitsmarkt wird auch von Unsicherheit und drohender Prekarisierung geprägt.
163 Viele Berliner*innen, gerade Frauen, haben den Makel Minijob im Lebenslauf, der verhindert,
164 dass sie zurück in reguläre Arbeit kommen. Diese Rückkehr wollen wir gezielt fördern. In den
165 Jobcentern wollen wir die gesetzlichen Ermessensspielräume zu Gunsten der Betroffenen
166 auslegen. Sanktionieren und Gängeln löst keine Probleme. Unser Ziel ist eine
167 Arbeitsmarktpolitik, die motiviert und Perspektiven eröffnet. Gleichzeitig wollen wir für
168 alle, die vorerst kaum Chancen auf Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt haben, neue
169 Möglichkeiten durch einen sozialen Arbeitsmarkt schaffen. Die öffentliche Hand werden wir
170 zum Vorbild für gute Arbeit machen – „prekär im öffentlichen Auftrag“ darf es nicht mehr
171 geben. Von der Grünpflege bis zur Musikschule gilt: Wer aus öffentlichen Mittel finanziert
172 wird, hat einen Anspruch auf faire Bezahlung.

173 Mit den Gewerkschaften, Kammern und Wirtschaftsverbänden werden wir den intensiven Austausch
174 fortsetzen. Die Attraktivität der Berufe und Ausbildungsplätze im Handwerk wollen wir
175 erhalten und damit das Handwerk stärken. Die gemeinsam mit Brandenburg aufgebauten
176 Wirtschaftscluster, zum Beispiel in den Bereichen Gesundheit und Mobilität, wollen wir
177 ausbauen und die Berliner Wirtschaft weiter mit dem Umland vernetzen. Berlin kann in den
178 folgenden Jahren zur Pionierin neuen Wirtschaftens und guter Arbeit werden und so „Made in
179 Berlin“ weltweit zum Markenzeichen ausbauen. Dafür stehen die Innovationszentren der Stadt:
180 Der Clean Tech Park in Marzahn Hellersdorf, die Innovationsschmiede Adlershof oder der
181 geplante Zukunftspark Tegel

182 2.5. Selbstbestimmt! Im Alter und in allen Lebenslagen

183 Demografischer Wandel – Pflege – Menschen mit Behinderung

184 Wir wollen, dass Menschen selbstbestimmt ihre Möglichkeiten nutzen können und ihre
185 Potenziale voll zur Geltung kommen. Das gilt gerade für ältere Menschen oder Menschen mit
186 Behinderung. Es geht um Teilhabe, von der letztlich alle etwas haben.

187 Wir wollen die Chancen des demographischen Wandels nutzen. Um die Solidarität zwischen den
188 Generationen zu fördern, stärken wir Orte der Begegnung wie die Stadtteilzentren und achten
189 bei der Stadtplanung darauf, dass generationenübergreifendes und barrierefreies Wohnen sich
190 stärker durchsetzen. Gerade gute Pflege wird in einer alternden Gesellschaft immer
191 zentraler. Uns ist wichtig, dass ältere Menschen weiterhin ein selbstbestimmtes Leben führen
192 können. Gleichzeitig wollen wir Angehörige unterstützen und entlasten. Wir werden die
193 verschiedensten Möglichkeiten erweitern, die sich im Pflegefall bieten: Um die Pflege zu
194 Hause einfacher zu machen, wollen wir Mobilitätshilfedienste ausbauen. Viele ältere Menschen
195 setzen heute auf Pflege-WGs, bislang mangelt es jedoch an Qualitätsstandards und Kontrollen.
196 Das wollen wir ändern und Transparenz für die älteren Menschen und ihre Angehörigen
197 schaffen. Für gute Qualität auch in den klassischen Pflegeheimen brauchen wir vor allem mehr
198 und besser qualifiziertes Personal. Um das zu erreichen, wollen wir die Pflegeausbildung
199 reformieren und das Schulgeld abschaffen. Auch Menschen mit Migrationshintergrund wollen wir
200 ermutigen, in die Altenpflege zu gehen, da der Anteil älterer Menschen mit
201 Migrationshintergrund stark ansteigt. Nur wenn wir das Problem ernst nehmen und an vielen
202 Stellen gleichzeitig anpacken, können wir einen absehbaren Pflegenotstand in Berlin
203 verhindern.

204 Menschen mit Behinderung dürfen nicht länger ihrer Chancen und Möglichkeiten im Leben
205 beraubt werden. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist unsere Richtschnur, leider wird sie
206 in Berlin kaum umgesetzt. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung gleichberechtigt am
207 öffentlichen Leben teilhaben können, beispielsweise, dass nicht nur acht, sondern alle 34
208 Schwimmbäder das Siegel „Berlin barrierefrei“ erhalten. Wir wollen einen Umbauplan für
209 Barrierefreiheit in öffentlichen Einrichtungen und dem öffentlichen Verkehr. Menschen mit
210 Behinderung müssen auch bessere Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt bekommen. Den
211 öffentlichen Dienst wollen wir hier zum Vorbild machen. Unser Leitgedanke: Inklusion in
212 allen Bereichen des öffentlichen Lebens.

K3 Wahlprogramm Kapitel 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 3. L(i)ebenswerte Stadt

2 3.1. Berlin wächst grün

3 Ökologie – Luft/Lärm/Wasser – Stadtgrün – Tierschutz

4 Flanieren am Wasser, Sport machen im Park, oder Durchatmen im Grünen: Starke Umweltpolitik
5 ist die Basis einer lebenswerten Stadt. Berlin ist eine der grünsten Großstädte Europas.

6 Dieses grüne Berlin werden wir erhalten, gerade weil sich die Stadt so rasant verändert. Wir
7 wollen, dass Berlin grün wächst, statt wie bisher grau und monoton. Deshalb fördern wir
8 begrünte Dächer und grüne Hinterhöfe. Wir wollen mehr Bäume für Berlin, das Trinkwasser
9 schützen und den Bienen in unserer Stadt ihren Lebensraum erhalten.

10 Umweltschutz ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit. Oftmals leben Menschen mit kleinem
11 Einkommen an den Hauptverkehrsstraßen voll Feinstaub, Stickoxid und Lärm. Sie sind ganz
12 besonders auf Grünflächen, frei zugängliche Flüsse, Seen und Parks angewiesen. Baden in der
13 Spree mit Blick auf die Museumsinsel, Schwimmen und Sonnenbaden in der Rummelsburger Bucht
14 und Spaziergänge am Havelufer sind Werte, für die wir Politik machen. Wuhle, Panke, Spree
15 und Berlins zahlreiche Seen dürfen nicht länger als Auffangbecken für die überlaufende
16 Kanalisation oder als Endlager für den Sulfat-Dreck des Brandenburger Braunkohleabbaus
17 missbraucht werden. Eine moderne Kanalisation und eine nachhaltige Wasserwirtschaft der
18 Berliner Wasserbetriebe sind darum dringend notwendig. Berlin braucht endlich einen grünen
19 Weg für sein Wasser.

20 Alle Berliner*innen sollen frei und entspannt durchatmen können, egal wo sie wohnen. Deshalb
21 streiten wir für saubere Luft und nehmen besonders belastete Räume in den Außenbezirken in
22 die Umweltzone auf. Damit sich die Emissionen aus Baumaschinen, Schiffen und
23 Holzfeuerungsanlagen weiter verringern, machen wir strengere Auflagen und fördern so den
24 umweltgerechten Umstieg. Der Fuhrpark der Berliner Verwaltung bekommt einen blauen Engel und
25 wird zum Vorbild für saubere Mobilität. Wir übernehmen Verantwortung für die Gesundheit der
26 Berliner*innen. Auch Lärm macht Menschen krank. Der Lärmaktionsplan muss seinen Namen
27 endlich verdienen. Wir wollen mehr Straßen mit Flüsterasphalt, senken die
28 Durchfahrgeschwindigkeit in Wohnvierteln rund um Kitas, Schulen und Seniorenheime, erweitern
29 Fußgängerzonen und bauen den öffentlichen Nahverkehr aus. An der Bekämpfung von Fluglärm
30 darf nicht gespart werden: Die betroffenen Menschen erwarten, dass ihr Senat das
31 Schallschutzprogramm ohne Tricks und Verzögerungen umsetzt. Berlin braucht ein
32 Nachtflugverbot. Zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr muss Ruhe sein!

33 Grüne Oasen gehören von vornherein in die Baupläne. Denn: Der notwendige Wohnungsneubau
34 führt zu mehr innerstädtischer Verdichtung. Umso klüger müssen wir den vorhandenen Raum
35 nutzen, Dachgeschosse und Parkplatzflächen grün umbauen. Wo neu gebaut wird, muss auch grüne
36 Infrastruktur entstehen. Deshalb wollen wir auch in der Historischen Mitte das Rathausforum
37 als Freiraum erhalten und die Grünflächen neu gestalten. 1.000 grüne Dächer und Höfe: Das
38 ist unser Programm für mehr Grün überall in der Stadt. Wir wollen mehr Bäume pflanzen. Denn
39 bisher werden mehr Stadtbäume gefällt als gepflanzt. Die über 2.500 Parks in unserer Stadt
40 brauchen bessere Pflege – und mehr Personal. Denn: Berlins Vielfalt ist auch die Vielfalt

41 seiner Tier- und Pflanzenwelt. Die wollen wir schützen und Biodiversität gezielt fördern.
42 Damit Berlin Metropole und Großstadtwildnis zugleich bleiben kann.

43 Wir wollen, dass es Tieren in Berlin besser geht. Wildtiere haben im Zirkus nichts zu
44 suchen! Auf landeseigenen Flächen wird es keine Zirkusse mehr geben. Wir wollen den
45 schnellstmöglichen Ausstieg aus Tierversuchen und Berlin zum Zentrum von Alternativmethoden
46 machen. Statt der unsinnigen Rasseliste für Hunde, setzen wir uns für mehr Fachkunde bei
47 Tierhalter*innen ein. Die wichtige Arbeit der Tierheime wollen wir besser würdigen und
48 finanzieren. Tierschutzorganisationen stärken wir mit einem neuen Verbandsklagerecht.

49 3.2. Mobilität für Menschen: Entspannt von A nach B kommen

50 Mobilität – Radverkehr – ÖPNV – Flugverkehr

51 Berliner*innen wollen mobil sein: mit Bus und Bahn, dem Fahrrad oder zu Fuß. Nur ein Drittel
52 der Bevölkerung besitzt ein eigenes Auto. Fahrzeuge werden immer häufiger geteilt. Diese
53 Entwicklung wollen wir weiter unterstützen und dabei auch auf vernetzte Mobilität setzen.

54 Wir Grüne treten an für eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur mit Straßen statt
55 Buckelpisten. Vor allem wollen wir Radfahrer*innen und Fußgänger*innen mehr Raum geben. Eine
56 autofixierte Stadt, die der Senat mit Projekten wie dem Weiterbau der A 100 oder der
57 Tangentialverbindung Ost vorantreibt, lehnen wir ab.

58 Wir machen Berlin zur Fahrradstadt: mit einem Netz von Fahrradstraßen, das sofort umsetzbar
59 ist, und mit Fahrradschnellstraßen quer durch die Stadt. Wir wollen Fahrradstreifen auf
60 allen Hauptstraßen, die genügend Platz lassen, um auch zu zweit nebeneinander herfahren oder
61 stressfrei überholen zu können. Wir wollen gefährliche Kreuzungen umbauen und so markieren,
62 dass die Verkehrssicherheit für alle steigt. Auch Fußgänger*innen haben ein Recht darauf,
63 sich frei und sicher durch die Stadt zu bewegen. Gehwege dürfen keine Hindernisparcours
64 sein, auf denen Werbeaufsteller, Müllcontainer oder parkende Autos Familien mit Kinderwagen
65 oder älteren Menschen mit Rollator den Weg verstellen. Dort, wo es technisch möglich ist und
66 Akzeptanz findet, wollen wir verkehrsberuhigte Wohn- und Einkaufsstraßen durchsetzen.

67 Bus und Bahn sind für uns das zentrale Bindeglied zwischen den vielen Formen der Mobilität.
68 Deshalb bauen wir das Angebot konsequent weiter aus und verbessern die Qualität des
69 öffentlichen Nahverkehrs. Modernisierte Busse und eine funktionierende, zuverlässige,
70 saubere und sichere Bahn gehören dazu. Statt S-Bahn-Chaos brauchen wir endlich eine
71 ambitionierte Verkehrspolitik. Das Straßenbahnnetz muss erweitert werden, auch in den
72 Westteil der Stadt. Zusätzliche Parkangebote an zentralen Knotenpunkten von S- und U-Bahn
73 machen das „Umsteigen“ leichter und attraktiver. Wir möchten noch mehr Menschen für Busse
74 und Bahnen begeistern. Alle Berlinerinnen und Berliner sollen mobil sein und das möglichst
75 kostengünstig. Um dieses Ziel Realität werden zu lassen, wollen wir unsere Idee einer
76 „Bärenkarte“ weiter vorantreiben. Bewegungsfreiheit ist soziale Teilhabe und mit einer
77 Stärkung des ÖPNV wird Berlin als Ganzes gewinnen: durch saubere Luft, mehr Ruhe und
78 schnelleren Verkehrsfluss.

79 3.3. Gut und gesund leben, besser essen

80 Gesundheit – Verbraucherschutz – gesundes Essen

81 Äpfel aus dem Hinterhof, Kartoffeln vom gemeinsam bestellten Feld in Brandenburg, Honig von
82 den Bienen auf dem Hausdach – immer mehr Berliner*innen suchen nach Alternativen zu
83 Massentierhaltung und Lebensmittelindustrie. Unsere Vision ist, einen großen Teil des
84 Berliner Lebensmittelbedarfs durch regionale Produkte und über kurze Transportwege zu
85 decken, in engerer Abstimmung mit dem Brandenburger Umland. Ökologische und soziale
86 Standards und mehr Transparenz schützen Verbraucher*innen und ermöglichen einen bewussteren
87 Konsum. Gentechnik und Pestizide haben auf dem Teller nichts zu suchen!

88 Auch Kinder und Jugendliche lernen einen bewussten Umgang mit Lebensmitteln, wenn sie
89 wissen, wie sie entstehen und woher unser Essen kommt. Strengere Vorgaben bei der
90 Kennzeichnung von Produkten schaffen Transparenz. Und es braucht wirksamere Sanktionen bei
91 Verstößen, insbesondere bei Lebensmitteln. Dazu gehört die Einführung eines berlinweiten
92 Verbraucherschutz-Systems in Restaurants und Gaststätten nach dänischem Vorbild.

93 Die öffentliche Hand soll zum Vorbild für nachhaltigen Konsum werden. Vom Bleistift bis zum
94 Kantinenessen bestellt und beauftragt das Land Berlin jedes Jahr für mehrere Milliarden Euro
95 Waren und Dienstleistungen. Wir wollen, dass im Vergabegesetz sozial-ökologische Kriterien
96 stärker als bisher eine Rolle spielen. In Kindertagesstätten, Schulen, Kantinen, Mensen und
97 beim Catering in öffentlichen Einrichtungen soll der Anteil an regionalen und ökologischen
98 Lebensmitteln steigen; ebenso das Angebot an vegetarischen und veganen Mahlzeiten.

99 Gesundheitliche Prävention ist gut für die Menschen und unsere Gesellschaft. Der hohe
100 Krankenstand an den Schulen und die wachsende Anzahl von psychischen Erkrankungen bei
101 Jugendlichen zeigen, wie bedeutend es ist, damit schon in der Schule zu beginnen. Wir wollen
102 die Gesundheit fördern, indem wir den Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken und die Arbeit
103 dort attraktiver machen. Durch mehr Aufklärung und Beratung möchten wir den Berliner*innen
104 ermöglichen, giftfrei zu leben!

105 Menschen sind auf ärztliche Hilfe und eine gute medizinische Versorgung angewiesen. Deshalb
106 muss Berlin in seine Krankenhäuser investieren und den augenblicklichen Investitionsstau
107 schnellstmöglich auflösen. Das Personal im Gesundheitswesen verdient bessere
108 Arbeitsbedingungen. Wir stärken damit auch Berlins gesamte Gesundheitswirtschaft mit
109 hunderttausenden Arbeitsplätzen. In vielen Bereichen spielt sie bereits an der Weltspitze
110 mit. Gleichzeitig fehlen in einigen Bezirken Facharztpraxen. Damit Patient*innen nicht ewig
111 auf einen Termin warten oder durch die ganze Stadt fahren müssen, verfolgen wir eine
112 dezentrale Bedarfsplanung: Neue Praxen sollen zuerst dort entstehen, wo Unterversorgung
113 herrscht, nicht dort, wo die höchsten Umsätze gemacht werden.

114 3.4. Neue Energie für Berlin: 100 Prozent erneuerbar

115 Energie – Klimaschutz

116 Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Wir schulden es deshalb den
117 nachkommenden Generationen, das Klima wirksam zu schützen. Deshalb müssen wir die
118 Energieerzeugung schnellstmöglich umstellen, auch damit Energie langfristig bezahlbar
119 bleibt. Mit Investitionen an den richtigen Stellen kann Berlin international zum Vorreiter
120 beim Klimaschutz werden. Die gemeinsamen Ergebnisse der Enquete-Kommission „Neue Energie für
121 Berlin“ zeigen, welche Maßnahmen wirken. Sie müssen nur endlich umgesetzt werden.

122 Wir Grüne streiten für ein starkes Klima-Stadtwerk in öffentlicher Hand, das massiv in
123 Energieeffizienz und in erneuerbare Energien investiert. Nur auf Druck des Volksentscheids
124 „Neue Energie“ und der Grünen wurde die Gründung eines Stadtwerks beschlossen. Aber die
125 Pläne des Senats sind erschreckend unambitioniert: Sein Bonsai-Stadtwerk besteht bisher
126 lediglich aus zwei Windrädern. Wir wollen unser grünes Stadtwerk schrittweise mit
127 Eigenkapital von mindestens 500 Millionen Euro für nachhaltige Investitionen in die
128 Energiewende ausstatten. Mit den öffentlichen Gebäuden fangen wir an. Das grüne Stadtwerk
129 soll innovative Energiegewinnung beispielsweise aus Klärschlämmen oder Abwässern
130 vorantreiben und öffentliche Dach- und Freiflächen für Solaranlagen erschließen. Als
131 Energiedienstleister soll es die Berliner*innen beraten und vor Energiearmut schützen. Klar
132 ist: Wir wollen keine großen Energiekonzerne. Wir setzen auf eine Energiewende von Unten,
133 auf Energiegenossenschaften und die Zivilgesellschaft. Klar ist auch: Wir brauchen eine
134 Heizkostenbremse. Energetische Sanierung darf nicht dafür missbraucht werden, dass Menschen
135 ihre Wohnung verlieren!

136 Zurück in die Kommune! Berlins Stromnetz gehört wieder in die Hand der Berliner*innen. Und
137 wenn es aus ökologischer Sicht sinnvoll ist, gilt das auch für die Gas- und Wärmenetze.
138 Dabei muss sowohl die Finanzierbarkeit als auch das Kosten-Nutzen-Verhältnis stimmen. Die
139 Genossenschaft „BürgerEnergie Berlin“ sollte am Stromnetz beteiligt werden.

140 Die Berliner Kohlekraftwerke schädigen das Klima erheblich. Ihr Rauch enthält Quecksilber
141 und Stickoxide und setzt die Gesundheit der Berliner*innen aufs Spiel. Wir Grüne wollen die
142 Braunkohleverstromung im Kraftwerk Klingenberg sofort einstellen. Wir fordern den kompletten
143 Ausstieg Berlins aus der Braunkohle bis 2020 und zehn Jahre später aus der Steinkohle. Als
144 Stromimporteur sind wir auch über unsere Stadtgrenze hinaus in Verantwortung. Wir kämpfen
145 für den Kohleausstieg in der Lausitz bis spätestens 2030. Damit stoppen wir auch den Sulfat-
146 Anstieg in der Spree und im Berliner Trinkwasser. Mit dem Land Brandenburg und den
147 Gewerkschaften suchen wir den Austausch, um den Strukturwandel zu unterstützen und neue
148 Arbeitsplätze zu schaffen.

149 Die Klimakonferenz von Paris war für alle ein Einschnitt, auch für Berlin. Darum wollen wir
150 endlich ein verbindliches Klimaschutzkonzept und den Ausstieg aus Investitionen in Kohle-,
151 Öl- und Gaskonzerne. Wir wollen, dass sich Berlin Städten wie Münster oder San Francisco
152 anschließt und nicht mehr in die CO2-Konzerne von gestern investiert. Wir wollen
153 „Divestment“ pro Klimaschutz statt Investment in Umweltsünden.

154 3.5. Für lebendige Nachbarschaften: Quartiere der Zukunft bauen

155 Stadtentwicklung – Planungskultur – Neues Bauen

156 In den letzten zehn Jahren hat Berlins Stadtentwicklungspolitik brach gelegen. Die Stadt
157 wird verwaltet, aber nicht gestaltet. Großinvestoren geben die Linie vor, eine eigene
158 Planungskultur existiert nicht mehr. Mieterschutz wird auf Wahlplakaten versprochen, aber im
159 Abgeordnetenhaus mit Füßen getreten. Daran muss sich etwas ändern. Eine andere
160 Planungskultur ist die Grundlage dafür.

161 Wir suchen den klugen Interessensausgleich zwischen dem Gemeinwohl, den Anwohner*innen und
162 Investoren. Damit die Stadt grün wachsen und ihre soziale Mischung erhalten kann. Bei der
163 Planung von neuem Wohnraum müssen Infrastruktur, Kitas, Schulen, Kultureinrichtungen,
164 Grünflächen und Parks schon berücksichtigt werden. Damit Berlin lebenswert bleibt. Es
165 braucht gemischte Wohn- und Arbeitsquartiere und ein Umfeld, in dem all das, was wir
166 täglichen brauchen, auch zu Fuß erreichbar ist. Dafür setzen wir auf städtebauliche
167 Wettbewerbe und offene Ausschreibungen.

168 Wenn die Erdgeschosse von Neubauten für Läden, Kitas, Cafés vielfältig genutzt werden und
169 ihre Architektur offen und innovativ ist, dann wächst auch die Attraktivität der
170 Stadtviertel. Damit sie trotz ökologisch höchster Standards auch für Geringverdienende
171 erschwinglich bleiben, schreiben wir eine ökologische Bauleitplanung für Berlin fest, wie es
172 andere Städte bereits machen. Dadurch kommen auch grüne Technologien aus der Wasser-,
173 Energie- und Abfallwirtschaft und Dach- und Fassadenbegrünungen häufiger zur Anwendung.

174 Neue Stadtquartiere können zu Orten für neue Wohn- und Arbeitsformen der Zukunft werden:
175 Indem wir die Herausforderungen des demografischen Wandels mit flexiblen Grundrissen,
176 gemeinschaftlich genutzten Räumen, Barrierefreiheit, Mehrgenerationenwohnen und kurzen Wegen
177 mitdenken. Auch in bestehenden Wohngebieten steigern wir die Attraktivität, indem wir
178 behutsam nachverdichten und die Nutzungsmischung stärken.

179 Von der Großsiedlung am Stadtrand bis in die Historische Mitte gilt unsere besondere
180 Aufmerksamkeit dem öffentlichen Raum. Damit sich Menschen auch außerhalb der eigenen vier
181 Wände gerne aufhalten und begegnen. Mit jedem Schritt sorgen wir dafür, dass Berlin noch
182 grüner und l(i)ebenswerter wird.

K4 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Antragsteller*in: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 4. Freies Berlin!

2 4.1. Alles Berlinerinnen und Berliner

3 Vielfalt – Partizipation – Religion

4 Berlin ist weltweites Sinnbild für Freiheit, Offenheit und Toleranz. Die Berlinerinnen und
5 Berliner haben es gemeinsam geschafft, die Mauer einzureißen. Das prägt das Lebensgefühl der
6 Stadt und macht sie so anziehend. Jede*r zweite Mensch, der in Berlin lebt, ist in die
7 Hauptstadt gezogen. Jede*r vierte Mensch hat Wurzeln außerhalb Deutschlands. Miteinander
8 leben wir eine Kultur der gegenseitigen Wertschätzung. Die Anerkennung unseres Grundgesetzes
9 und das Recht jeder Person, sich frei zu entfalten, sind die Grundlage für unser friedliches
10 Zusammenleben in Vielfalt. So können wir alle unseren Traum von Berlin leben.

11 Wir wollen Vielfalt, Teilhabe und Integration gezielt fördern: den Karneval der Kulturen
12 erhalten, die hervorragende Arbeit der Stadtteilmütter sichern, die Initiativen und
13 Organisationen von Migrant*innen unterstützen und vieles mehr. Vielfalt im Alltag sichtbar
14 zu machen heißt auch, mehr Menschen mit Migrationshintergrund in den öffentlichen Dienst
15 einzustellen, gerade in den Berliner Polizeidienst. Der Wissens- und Talentschatz der vielen
16 Menschen, die nach Berlin kommen, liegt brach. Wir wollen ihn heben: Abschlüsse
17 unkompliziert anerkennen, Wege in den Arbeitsmarkt öffnen und die migrantische Ökonomie
18 stärken. Und wir sorgen dafür, dass es endlich wieder eine*n unabhängige*n
19 Integrationsbeauftragte*n gibt.

20 Noch immer sind Menschen mit Migrationshintergrund strukturell benachteiligt und
21 Diskriminierung ausgesetzt: Sie haben schlechtere Chancen auf einen guten Bildungsabschluss
22 oder auf eine Wohnung und erleben auch Nachteile bei der Gesundheitsversorgung. Wir sind
23 alle Berlinerinnen und Berliner. Wir Grünen wollen ein Antidiskriminierungsgesetz einführen,
24 das die Gleichbehandlung aller sicherstellt.

25 In Berlin sollen alle Menschen nach ihrer Fassung selig werden. Religionsfreiheit bedeutet
26 für uns nicht, Religion so weit wie möglich ins Private und in die Hinterhöfe zu verbannen.
27 Im Gegenteil: Wir wünschen uns, dass sich Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften am
28 gesellschaftlichen Leben beteiligen. Gemeinsam mit ihnen wollen wir die Seelsorge auch in
29 Krankenhäusern und Gefängnissen gewährleisten. Zugleich wollen wir gemeinsam weiter daran
30 arbeiten, das Wahlfach Religion besser in den Stundenplan einzubeziehen und das Pflichtfach
31 Ethik weiter zu entwickeln. Wir setzen uns dafür ein, einen Lehrstuhl für islamische
32 Theologie in Berlin einzurichten. Mit den großen christlichen Kirchen treten wir in einen
33 Dialog darüber, wie wir die Staatsleistungen ablösen können, die Berlin seit der
34 Säkularisierung jedes Jahr an die Kirchen zahlt.

35 4.2. Hauptstadt der Kultur und Kreativen

36 Kultur – Medien – Clubkultur/Kreativwirtschaft

37 Ob Musik, Theater, Tanz, ob Film und Literatur oder bildende Kunst: Berlin ist
38 Weltkulturstadt und Magnet für Kulturschaffende wie Besucher*innen. Um diese Lebendigkeit

39 und Vielfalt werden wir beneidet. Die Berliner Mischung aus renommierten Kultureinrichtungen
40 und freier Szene ist einzigartig. Damit das in einer wachsenden Stadt so bleibt, muss
41 Politik Freiräume für Kunst und Kreativität erhalten. Zu ihren Kernaufgaben gehört eine neue
42 Liegenschaftspolitik. Wir wollen einen Teil der öffentlichen Liegenschaften grundsätzlich
43 für Kultur vorhalten und dazu ein öffentliches Kulturkataster erstellen. Mit Hilfe einer
44 Agentur, die vermittelt, ermöglichen wir, dass Räume auch temporär für Kunst und Kultur
45 genutzt werden können.

46 Berlin ist international berühmt für seine Clubkultur. Sie ist typischer Teil der urbanen
47 Vielfalt und bedeutender Wirtschaftsfaktor. Wir wollen Berlins lebendige Clubkultur
48 erhalten, Standorte sichern und bei Konflikten mit Anwohner*innen für einen fairen
49 Interessenausgleich sorgen.

50 Gute Kultur gibt es nur, wenn sich die Lebens- und Arbeitssituation der Künstler*innen
51 verbessert. Wir machen uns für generelle Honoraruntergrenzen bei der öffentlichen
52 Kulturförderung und für angemessene Tarifabschlüsse stark. Der Mindestlohn muss auch für
53 Kultur- und Medienschaffende gelten.

54 Insbesondere für die freie Szene ist ein Zuwachs der Mittel - zum Beispiel aus der City-Tax
55 - längst überfällig. Wir überarbeiten die Förderstrukturen und richten sie neu aus. So
56 stärken wir beispielsweise Ankerinstitutionen, an denen die freie Szene projektbezogen
57 andocken kann. Teile des ehemaligen Flughafengebäudes in Tempelhof wollen wir langfristig zu
58 einem Kultur- und Kreativhafen umbauen, in dem Proberäume, Studios und Künstlerateliers
59 ebenso Platz finden wie Film- und TV-Produktionsfirmen, Startups oder
60 Forschungsreinrichtungen aus dem Kreativbereich.

61 Berlins Stadtteilbibliotheken wollen wir erhalten, die Zentral- und Landesbibliothek an
62 einem Standort vereinen und die Gedenkstättenpolitik aufgrund steigender
63 Besucher*innenzahlen zusammen mit dem Bund neu ausrichten. Um EU-Fördermittel besser
64 einwerben zu können, stellen wir mehr Mittel zur Kofinanzierung bereit. Den
65 Hauptstadtkulturfonds wollen wir bei den Regelförderungen entlasten, einen zusätzlichen
66 Festivalfonds schaffen und Literatur noch gezielter fördern.

67 Berlin soll ein Medienstandort des 21. Jahrhunderts werden. Immer öfter ziehen Verlage und
68 Sender mit ihren Redaktionen in unsere Stadt, immer mehr Filme, Serien und Dokumentationen
69 werden hier produziert. Wir wollen die crossmediale Medienpolitik für unsere Stadt stärken.
70 Das bedeutet, den digitalen Aufbruch ernst zu nehmen und als Chance zu betrachten, egal ob
71 für Zeitungen, Radio, Fernsehen oder neue Medien. Wir streiten für Medien-Startups genauso
72 wie für eine Stärkung des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB) und der Medienanstalt Berlin-
73 Brandenburg. Die Werbefreiheit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wollen wir weiter
74 vorantreiben.

75 4.3. Geschlechter? Gerechtigkeit!

76 Frauen – Gleichstellung – Queer

77 Eine freie Gesellschaft gelingt nur, wenn sich alle gleichermaßen verwirklichen können.
78 Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer, Lohngerechtigkeit, gleiche
79 Berufschancen, Unabhängigkeit und sexuelle Selbstbestimmung sind Werte, die unseren Weg
80 bestimmen. Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist vielfach aber noch ein uneingelöstes
81 Versprechen. Grüne Berlin-Politik steht für konsequentes Gender-Mainstreaming und Gender-
82 Budgeting. Das heißt: Wir werden bei allen Entscheidungen auf allen Ebenen die
83 Lebenssituation und Interessen aller berücksichtigen. Und: Wir setzen uns dafür ein, dass
84 Gleichstellung sich auch im Haushaltplan als gerechte Verteilung der Mittel niederschlägt.
85 Die landeseigenen Unternehmen und den Öffentlichen Dienst werden wir zum Vorbild für gleiche
86 Chancen und gerechte Entlohnung machen. Damit Ungerechtigkeiten abgebaut werden, setzen wir

87 uns für Klagerechte im Landesgleichstellungsgesetz ein. Damit Frauen frei wählen können, wo
88 sie ihr Kind zur Welt bringen, regeln wir die Hebammenversorgung bundesweit neu.

89 Wir Grüne bekennen uns klar zur Ehe für alle. Alle Liebenden verdienen die gleichen Rechte.
90 Berlin muss bei der Öffnung der Ehe eine Vorreiterrolle einnehmen und darf nicht wie der
91 rot-schwarze Senat durch seine Enthaltung im Bundesrat das Gegenteil bewirken. Um die
92 Benachteiligung queerer Menschen in Berlin weiter abzubauen, verankern wir das Thema künftig
93 fest im Lehrplan der Berliner Schulen und entwickeln die „Initiative Sexuelle Vielfalt“
94 weiter – vor allem mit Blick auf die Arbeitswelt, ältere Menschen und Geflüchtete. In Berlin
95 darf niemand diskriminiert werden. Jede*r hat einen Platz, unabhängig vom Geschlecht oder
96 der sexuellen Identität.

97 Gewalt gegen Frauen gibt es in allen Kulturen und Schichten. Das hat mit überkommenen
98 Geschlechterrollen zu tun sowie mit der Verharmlosung von Alltagssexismus. Beim Schutz vor
99 sexualisierter und häuslicher Gewalt kann Berlin deutlich mehr tun: In den meisten
100 Bundesländern gibt es bereits die anonyme, anzeigenunabhängige Spurensicherung. Berlin ist
101 Schlusslicht. Wir fordern eine ausreichende Finanzierung der Frauenhäuser und ein
102 flächendeckendes und kultursensibles Angebot, das die Rechte der Opfer stärkt. Gerade um die
103 Ausbeutung ausländischer Zwangsprostituiertes zu bekämpfen, wollen wir sie vor Gericht
104 stärken. Zudem werden wir einen Runden Tisch Sexarbeit einrichten, um den Dialog mit allen
105 Beteiligten zu führen. Sexismus hat in Berlin keinen Platz. Auch sexistische Werbung wollen
106 wir schon in den Verträgen, die das Land Berlin oder seine Unternehmen machen, nach
107 österreichischem Vorbild ausschließen.

108 4.4. Offene Gesellschaft verteidigen

109 Bürger*innenrechte – Justiz – Drogenpolitik – Gegen Rechts – Sicherheit

110 Berlin ist die Stadt der Freiheit. Und wir Grüne sind die Partei der Bürger*innenrechte. Wir
111 teilen das Sicherheitsbedürfnis der Menschen, erteilen jedoch dem Wettbewerb um immer
112 schärfere Maßnahmen eine Absage. Symbolpolitik schafft keine Sicherheit. Wir setzen auf
113 Vorbeugung, Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit. Der Schutz unserer Grundrechte steht an
114 oberster Stelle. Auch öffentliche Sicherheit ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit.
115 Angsträume, gerade für Frauen, sind inakzeptabel. Wir wollen, dass sich alle Berliner*innen
116 bei sich zu Hause und in der ganzen Stadt sicher fühlen.

117 Unser Leitbild ist eine bürgernahe Polizei. Wir wissen um die herausfordernde Arbeit der
118 Berliner Polizist*innen. Und auch, dass nur eine gut ausgestattete Polizei in der Lage ist,
119 Straftaten schnell aufzuklären und Gefahren abzuwehren. Berlin braucht aber auch eine
120 unabhängige Beschwerdestelle für Konflikte mit und innerhalb der Polizei. Die Ausstattung
121 der Ambulanz- und Rettungsdienste wollen wir verbessern, damit im Notfall die Hilfe schnell
122 bei den Menschen ist.

123 Eine freie und unabhängige Justiz ist der Grundpfeiler unseres Rechtsstaates. Hier beheben
124 wir den Personalmangel, um wieder angemessene Verfahrenszeiten zu erreichen. In den Berliner
125 Gefängnissen rücken wir die Resozialisierung wieder stärker in den Vordergrund.
126 Gefängnisinsass*innen wollen wir den Zugang zum Internet ermöglichen und Maßnahmen wie
127 „Arbeit statt Strafe“ ausbauen.

128 Der Berliner Verfassungsschutz ist nicht mehr zeitgemäß. Wir wollen Teile der Aufgaben an
129 andere Behörden oder Einrichtungen übertragen und das System der V-Leute abschaffen. Der
130 beste Schutz für unser Grundgesetz ist eine lebendige und couragierte Zivilgesellschaft.

131 Auch in Berlin steigt die Bedrohung durch Rechtsextreme und radikale Islamisten. Egal in
132 wessen Namen: Bei uns haben Gewalt und Menschenfeindlichkeit keinen Platz. Zivilcourage und
133 politische Bildung, Prävention, eine weltoffene Großstadtpolizei und moderne

134 Sicherheitskonzepte sind dabei die wesentlichen Säulen. Die Arbeit der vielen
135 zivilgesellschaftlichen Gruppen schätzen und fördern wir.

136 Neue Wege werden wir in der Drogenpolitik gehen. Gerade für junge Menschen müssen wir die
137 Drogenprävention stärken. Aber die strafrechtliche Verfolgung des Cannabis-Konsums halten
138 wir für falsch und faktisch gescheitert. Wir wollen – soweit in Berlin rechtlich möglich –
139 eine Legalisierung des Cannabis-Konsums für Erwachsene. Indem wir den Schwarzmarkt
140 austrocknen stärken wir gleichzeitig den Jugend- und Gesundheitsschutz.

141 4.5. Berlin digital

142 Digitalisierung – Netzpolitik – Datenschutz

143 Berlin und der digitale Aufbruch waren bisher eine Geschichte von Pleiten, Pech und Pannen:
144 mit einer öffentlichen Verwaltung, die noch immer auf Windows XP angewiesen ist, und einer
145 Stadt, der seit bald zehn Jahren öffentliches W-LAN versprochen, aber nicht eingeführt wird.
146 Dabei lebt Berlin am digitalen Puls, viele Startups entstehen in unserer Stadt,
147 Gründer*innen treiben die Digitalisierung unserer privaten Kommunikation und Arbeitswelt
148 voran.

149 Digitale Chancen nutzen heißt, in Berlin das Thema digitaler Wandel anzugehen. Die
150 Veränderungen, die damit verbunden sind, sind in ihrem Ausmaß aktuell kaum abschätzbar,
151 weder für die Wirtschaft, die Bildungslandschaft, noch für unsere Demokratie. Wir wollen die
152 digitale Zukunft unserer Stadt langfristig gestalten, statt auf kurzfristige Trends
153 aufzuspringen. Wir schaffen eine Koordinierungsstelle im Senat, die den digitalen Aufbruch
154 politisch steuert und die einsamen Pilotprojekte der einzelnen Senatsverwaltungen
155 zusammenführt, vernetzt und massiv ausbaut. Und wir stärken gezielt
156 Wissenschaftseinrichtungen, die themenübergreifend den digitalen Wandel erforschen. Wir
157 wollen ein flächendeckendes und kostenfreies WLAN für ganz Berlin, auf Bahnhöfen, in Bussen
158 und Bahnen oder öffentlichen Einrichtungen wie Bibliotheken oder Museen. Dafür werden wir
159 mit bestehenden Initiativen verstärkt zusammenarbeiten, auch um ihre Erfahrungen zu nutzen.

160 Berlin braucht schnell eine IT-Strategie für die Verwaltung mit vorausschauender Planung und
161 einem zentral koordinierten Controlling. Grundlage muss zukünftig Open-Source-Software sein
162 – sie schafft Unabhängigkeit, Sicherheit und eine größere Flexibilität. Der digitale
163 Aufbruch in der Berliner Verwaltung ist eine Mammutaufgabe, er ist aber zentral, um das
164 bisherige Chaos zu überwinden und wieder mehr Service, Effektivität und Transparenz zu
165 erreichen.

166 Die Vermittlung eines selbstbestimmten Umgangs mit Medien ist wichtig, um an einer
167 digitalisierten Welt teilhaben zu können. Die muss in Kita und Schule beginnen, ist aber
168 eine lebenslange Aufgabe. Wir werden das Verständnis und die Auswirkungen der
169 technologischen Entwicklung umfassender in Schulen vermitteln und Fähigkeiten wie
170 Programmieren unterrichten. Gewalt wie Hate Speech und Mobbing im Internet akzeptieren wir
171 nicht. Bilder von sexuellem Missbrauch an Kindern über das Internet zu verbreiten ist eine
172 Straftat, die wir verfolgen werden. Wir wollen die Staatsanwaltschaften stärken und
173 fortbilden und ein stärkeres Bewusstsein für diese Themen schaffen.

174 Selbstbestimmung hängt auch vom Umgang mit unseren Daten ab. Datenschutz ist wichtiger denn
175 je. Wir wollen jede und jeden Einzelnen vor Missbrauch schützen. Daher werden wir die
176 Datenschutzaufsicht in Berlin personell aufstocken. Verwaltung und Unternehmen müssen
177 stärker sensibilisiert werden. Gerade für die Sicherheitsbehörden muss gelten: Nicht alles
178 was technisch möglich ist, darf auch umgesetzt werden. Wir lehnen anlasslose Speicherorgien
179 wie bei der Vorratsdatenspeicherung und der Funkzellenabfrage ab und wollen die
180 Videoüberwachung öffentlicher Räume nicht ausweiten. Mit uns bleibt Berlin die Stadt der
181 Freiheit.

P1 Projekt 1: Mitreden und mitmachen: Stadtvertrag Beteiligung und zentrale Vorhabenplattform

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Mitreden und mitmachen: Stadtvertrag Beteiligung und zentrale Vorhabenplattform
- 2 Die Berliner*innen haben ein Recht darauf, die Veränderungen in der wachsenden Stadt
- 3 mitzugestalten und ihre Vorschläge ebenso wie ihre Bedenken in den Entscheidungsprozess
- 4 einzubringen. Anderswo gibt es gute Erfahrungen mit einem Stadtvertrag, der mehr Beteiligung
- 5 ermöglicht. Wir verwirklichen einen solchen Stadtvertrag auch in Berlin: Auf einer zentralen
- 6 Vorhabenplattform im Netz sollen alle großen öffentlichen Bauprojekte und Vorhaben von Land
- 7 und Bezirken veröffentlicht werden, einschließlich des Standes der Planung oder Umsetzung.
- 8 In den Bezirken und Senatsverwaltungen benennen wir Beteiligungsbeauftragte, die alle
- 9 konsultativen Verfahren begleiten, die Verwaltung beraten sowie als Ansprechpartner*innen
- 10 für die Bevölkerung dienen. Auf Regierungsebene wollen wir eine*n Staatssekretär*in für die
- 11 Koordination und den Ausbau von Beteiligung berufen. Wir stehen für eine
- 12 Stadtentwicklungspolitik von unten, die sich am Gemeinwohl orientiert, die Rolle der
- 13 Bürger*innen und Bezirke gegenüber dem Land und privaten Investor*innen stärkt und auch die
- 14 leisen Stimmen anhört. Bürger*innenentscheide auf Bezirksebene machen wir durch eine
- 15 Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes verbindlich. Das Netz der Kiez- und Stadtteilzentren
- 16 als Orte niedrigschwelliger Beteiligung bauen wir aus. Außerdem machen wir die
- 17 Digitalisierung für die Demokratie nutzbar. Berlin soll eine Stadt des modernen E-Government
- 18 werden, in der alle nicht personenbezogenen Verwaltungsdaten in offenen Formaten
- 19 veröffentlicht werden.

P2 Projekt 2: Mitentscheiden dürfen: Direkte Demokratie besser machen und kommunales Wahlrecht einführen

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Mitentscheiden dürfen: Direkte Demokratie besser machen und kommunales Wahlrecht einführen
- 2 Direkte Demokratie ist ein wichtiges Korrektiv der parlamentarischen Demokratie. Das zeigte
- 3 sich zuletzt bei den erfolgreichen Volksentscheiden zum Tempelhofer Feld und den Berliner
- 4 Wasserbetrieben sowie dem Beinahe-Erfolg bei der Rekommunalisierung der Berliner
- 5 Energieversorgung. Wir wollen daran anknüpfen und die direkte Demokratie weiter stärken,
- 6 indem wir Konsequenzen aus den bisherigen Erfahrungen ziehen. Wir senken die Quoren und
- 7 orientieren uns dabei an dem, was in Bayern, Hessen und Hamburg bereits erfolgreich
- 8 praktiziert wird. Volksentscheide sollen auf Wunsch der Initiator*innen innerhalb bestimmter
- 9 Fristen gemeinsam mit allgemeinen Wahlen oder anderen Entscheiden stattfinden. Für den Fall,
- 10 dass das Abgeordnetenhaus Volksgesetze wieder ändert, führen wir ein sogenanntes
- 11 Einspruchsreferendum ein und geben den Berliner*innen dadurch die Möglichkeit, erneut
- 12 darüber abzustimmen. Das Abstimmungsrecht wollen wir auf Berlinerinnen und Berliner mit oder
- 13 ohne deutschen Pass erweitern, die mindestens 16 Jahre alt und mit alleiniger Wohnung oder
- 14 Hauptwohnung im Berliner Melderegister verzeichnet sind. Außerdem setzen wir uns für das
- 15 Wahlalter 16 und als ersten Schritt für das kommunale Wahlrecht auch für Nicht-EU-
- 16 Bürger*innen ein. Um das Zusammenwirken von repräsentativer und direkter Demokratie zu
- 17 verbessern, ermöglichen wir es Initiator*innen eines Volksbegehrens, nach dem erfolgreichen
- 18 Abschluss der ersten Stufe in den zuständigen Ausschüssen des Abgeordnetenhauses angehört zu
- 19 werden und im Anschluss daran das Begehren nachzubessern, wobei sein ursprünglicher Kern
- 20 erhalten bleiben muss. Die Gründe für die Ungültigkeit von Unterschriften müssen den
- 21 Initiator*innen erklärt werden. Schließlich sorgen wir dafür, dass die Abstimmungsunterlagen
- 22 künftig auch in leichter Sprache vorliegen.

P3 Projekt 3: Öffentliche Entscheidungen gehören veröffentlicht: Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Öffentliche Entscheidungen gehören veröffentlicht: Transparenz- und
- 2 Informationsfreiheitsgesetz
- 3 Die Transparenz und Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen und
- 4 Verwaltungshandeln sind Voraussetzung für die Verständlichkeit politischen Handelns, das
- 5 Vertrauen in demokratische Strukturen und effektive Mitbestimmung. Bisher ist es schwer für
- 6 Bürger*innen, die für sie relevanten Informationen zu bekommen. Mit unserem Transparenz- und
- 7 Informationsfreiheitsgesetz führen wir eine weitgehende Veröffentlichungspflicht der
- 8 Verwaltung ein und ergänzen so das Recht auf Akteneinsicht. Die Auskunft auf Antrag bleibt
- 9 aber möglich, gerade für die Informationen, die nicht veröffentlicht werden müssen. Die
- 10 Veröffentlichungspflicht soll für Behörden gelten, aber auch für Landesbetriebe und private
- 11 Unternehmen, an denen das Land maßgeblich beteiligt ist. Das gilt insbesondere für alle
- 12 Verträge, an denen ein öffentliches Interesse besteht – vor allem Privatisierungsverträge –
- 13 sowie Gutachten und Studien, die beispielsweise der Vorbereitung behördlicher Entscheidungen
- 14 dienen. Dabei achten wir darauf, dass Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sowie der
- 15 Entscheidungsprozess von Regierung und Verwaltung soweit wie nötig geschützt und der
- 16 Datenschutz gewahrt werden. Der Zugang zu den Informationen soll frei und anonym und die
- 17 Nutzung und Weiterverarbeitung kostenlos möglich sein. Die Berliner Datenschutzbeauftragte
- 18 wird als Beauftragte für Datenschutz, Transparenz und Informationsfreiheit in Zukunft auch
- 19 über die Einhaltung dieses Gesetzes wachen.

P4 Projekt 4: Offene Türen für Helfer*innen: Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement fördern

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Offene Türen für Helfer*innen: Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement fördern
- 2 Das ehrenamtliche Engagement der Berliner*innen für die Geflüchteten ist zu einer tragenden
- 3 Säule der Berliner Willkommenskultur geworden. Gleichwohl stehen die Helfer*innen mit ihren
- 4 Angeboten immer wieder vor verschlossenen Türen. Wir sorgen für die Anerkennung und
- 5 Einbindung der Freiwilligen und verbessern die Rahmenbedingungen für ihr Engagement. Im
- 6 neuen Landesamt für Flucht und Migration schaffen wir eine Ombudsperson als „Türöffner“ für
- 7 die Ehrenamtlichen. Bei der Auswahl der Träger von Unterkünften verankern wir Standards und
- 8 Regelungen zur Zusammenarbeit mit Ehrenamtler*innen in den Verträgen. Gleichzeitig wissen
- 9 wir: Für funktionierendes Verwaltungshandeln und professionelle Sozialarbeit ist der Staat
- 10 zuständig; das kann zivilgesellschaftliches Engagement nicht dauerhaft ersetzen. Unser Ziel
- 11 ist es, die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und freiwillig Engagierten auf eine neue
- 12 Grundlage zu stellen. Die bezirklichen Freiwilligenagenturen und die Nachbarschaftsheime
- 13 versetzen wir in die Lage, Flüchtlingshelfer*innen gezielt zu unterstützen. Dazu gehören
- 14 insbesondere dezentrale Supervisions- und Coaching-Angebote, die den Freiwilligen helfen,
- 15 ihre Erlebnisse zu verarbeiten und sie befähigen, mit ihren Ressourcen schonend umzugehen.
- 16 Die aktuelle Situation hat grundsätzliche Mängel der Berliner Ehrenamtsförderung sichtbar
- 17 gemacht. Wir wollen daher für alle Bezirke Ehrenamtsbeauftragte; denn Engagement ist zumeist
- 18 wohnortnah und sozialräumlich.

P5 Projekt 5: Verdrängung aus dem vertrauten Umfeld verhindern: Bezahlbare Mieten

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Verdrängung aus dem vertrauten Umfeld verhindern: Bezahlbare Mieten
- 2 Wir tun alles um zu verhindern, dass Menschen aus ihrem vertrauten Wohnumfeld wegziehen
- 3 müssen, weil sie sich die Miete nicht mehr leisten können. Die noch vorhandenen
- 4 Sozialwohnungen halten wir endlich wieder für Mieter*innen mit kleinen Einkommen vor. Dazu
- 5 senken wir die überhöhten Kostenmieten im „alten“ sozialen Wohnungsbau und führen für diese
- 6 Wohnungen eine soziale Richtsatzmiete ein, die spürbar unter der ortsüblichen
- 7 Vergleichsmiete liegt. Bei neuen Sozialwohnungen sorgen wir für dauerhafte Preis- und
- 8 Belegungsbindungen, indem wir beispielsweise eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit einführen.
- 9 Um Mieter*innen besser vor Umwandlung und Luxussanierung zu schützen, weiten wir
- 10 Stadtgebiete mit einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) deutlich aus.
- 11 Außerdem schaffen wir einen Ankauffonds für die Bezirke, um das in diesen Gebieten gültige
- 12 Vorkaufsrecht der öffentlichen Hand auch nutzen zu können – etwa zugunsten städtischer
- 13 Gesellschaften oder sozialer Träger. Die Zweckentfremdung von Wohnraum und den spekulativen
- 14 Leerstand begrenzen wir mit strengeren Vorgaben und einer effektiveren Wohnungs- und
- 15 Bauaufsicht. Aber auch auf der Bundesebene muss Berlin sich stärker für ein sozialeres
- 16 Mietrecht einsetzen. Dazu gehören weniger Ausnahmen bei der Mietpreisbremse, niedrigere
- 17 Kappungsgrenzen bei Mieterhöhungen und die Berücksichtigung aller Mieten im Mietspiegel.
- 18 Auch treten wir dafür ein, die Modernisierungumlage in ihrer jetzigen Form abzuschaffen und
- 19 die bewährten Mietobergrenzen in Milieuschutz- und Sanierungsgebieten wieder einzuführen.

P6 Projekt 6: Immobilienspekulationen bremsen: gestaffelte Grunderwerbsteuer einführen

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Immobilienspekulationen bremsen: gestaffelte Grunderwerbsteuer einführen
- 2 Wohnen ist ein Grundbedürfnis und keine Ware. Unser Ziel ist es, die Spekulation mit
- 3 Wohnraum einzudämmen und die private Immobilienwirtschaft stärker an der Finanzierung einer
- 4 sozial gerechten Stadtentwicklung zu beteiligen. Eine Möglichkeit sehen wir in einer
- 5 Staffelung der Höhe der Grunderwerbsteuer, die beim Kauf von Wohnungen und Grundstücken
- 6 anfällt. Wir wollen diese Steuer gemäß dem Zweck des Erwerbs unterschiedlich ausgestalten.
- 7 Wenn es um den Einzelerwerb weniger Wohnungen oder Häuser geht, bleibt es bei der derzeit
- 8 gültigen Höhe von sechs Prozent des Kaufpreises. Auch für Gesellschaften mit öffentlichen
- 9 Zwecken, insbesondere für kommunale Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und andere
- 10 gemeinwohlorientierte Akteur*innen, bleibt es bei diesem Steuersatz. Bei primär
- 11 gewinnorientierten Käufen größerer Grundstücke, Immobilien und Wohnungsbestände etwa durch
- 12 Großinvestoren und Fondsgesellschaften dagegen wollen wir künftig einen abhängig vom
- 13 Immobilienwert gestaffelten Steuersatz über sechs Prozent erheben. Damit bremsen wir
- 14 Immobilienspekulationen und stärken die nicht-profitorientierte Wohnungswirtschaft, da Fonds
- 15 und Konzerne einen bedeutenden Teil ihres Gewinns aus dem Immobilienhandel erwirtschaften.
- 16 Besonders wichtig ist, der Praxis der sogenannten „Share Deals“ einen Riegel vorzuschieben.
- 17 Denn bislang können Großinvestoren mit solchen Deals Grunderwerbsteuer in Millionenhöhe
- 18 sparen, während Immobilienkäufe von Familien und Einzeleigentümer*innen immer
- 19 steuerpflichtig sind. Das muss aber auf Bundesebene geregelt werden.

P7 Projekt 7: Energetische Sanierung sozial: Förderprogramm Heizkostenbremse

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Energetische Sanierung sozial: Förderprogramm Heizkostenbremse
- 2 Die Hälfte der klimaschädlichen Treibhausgasemissionen entsteht in Berlin im Gebäudebereich.
- 3 Wenn fossile Energien knapper werden, steigen außerdem die Heizkosten. Wir wollen eine
- 4 energetische Sanierung, von der Mieter*innen rasch profitieren und die nicht zu sozialer
- 5 Verdrängung führt. Unser „Förderprogramm Heizkostenbremse“ fördert deshalb die
- 6 Energiesparmaßnahmen, die sich schnell bezahlt machen, zum Beispiel das Abwracken der
- 7 Ölheizung, wenn gleichzeitig die Heizungsanlage effizient eingestellt wird (hydraulischer
- 8 Abgleich). Eine wirklich warmmietenneutrale Sanierung wollen wir besser belohnen. Unser
- 9 Programm verbindet Klimaschutzmittel des Bundes mit einer vergünstigten Finanzierung durch
- 10 die Investitionsbank Berlin. Das bringt Fördermittel nach Berlin, die bei lokalen
- 11 Handwerker*innen und Betrieben investiert werden. Aber auch die vielen ökologisch
- 12 eingestellten Besitzer*innen von Einfamilienhäusern in den Außenbezirken wollen wir bei der
- 13 energetischen Modernisierung stärker unterstützen und insbesondere die Verwendung
- 14 ökologischer Baustoffe fördern. Das Plusenergiehaus machen wir im Neubau zum Standard und
- 15 den Energienachweis wieder zum regulären Teil des Bauantragsverfahrens. Wir sorgen dafür,
- 16 dass Klimaschutzvorschriften künftig auch eingehalten werden. Die Möglichkeit, Vorgaben für
- 17 erneuerbare Wärmeenergie zu machen, sollte Berlin nutzen, um für alle Gebäude einen
- 18 Sanierungsfahrplan zu erstellen, wie es die Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“ im
- 19 Abgeordnetenhaus einvernehmlich empfohlen hat.

P8 Projekt 8: Verantwortlich mit Geld umgehen statt verschwenden: Grüne Investitionsoffensive

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Verantwortlich mit Geld umgehen statt verschwenden: Grüne Investitionsoffensive
- 2 Der Senat hat die Infrastruktur jahrelang verkommen lassen – mit der Konsequenz, dass
- 3 überfällige Sanierungen jetzt umso teurer werden. Wir werden mit dem Geld der
- 4 Steuerzahler*innen sorgsam umgehen und es dort investieren, wo wir es am dringendsten
- 5 brauchen: Wir werden den öffentlichen Gebäudebestand gründlich sanieren. Wir brauchen neue
- 6 Kitas und Schulen und müssen allein in den nächsten fünf Jahren bezahlbaren Wohnraum für bis
- 7 zu 300.000 Menschen schaffen. Das Klimastadtwerk bekommt genug Eigenkapital, um Verwaltungs-
- 8 und Wohngebäude mit Blockheizkraftwerken und Solaranlagen auszustatten. Die im
- 9 Landeshaushalt verstreuten Mittel für Elektromobilität bündeln wir, um die Attraktivität von
- 10 BVG, S-Bahn und Radverkehr deutlich zu erhöhen. Wir tun deutlich mehr für den Radverkehr und
- 11 beginnen damit, die gefährlichsten Kreuzungen umzugestalten. Das Radwegenetz bauen wir aus
- 12 und ermöglichen auf speziellen Radrouten schnelles und sicheres Fahren quer durch die Stadt.
- 13 Und wir bauen Fahrradparkhäuser an allen Verkehrsknotenpunkten. Um die steigenden
- 14 Fahrgastzahlen zu bewältigen, erneuern wir bis 2025 den Wagenpark der U-Bahn komplett,
- 15 setzen kontinuierlich zusätzliche Busse ein und bauen neue Straßenbahnlinien – angefangen
- 16 mit der Verlängerung der M10. Bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode sollen endlich
- 17 alle U-Bahnhöfe mit Aufzügen ausgestattet sein. Um wieder in der Spree baden zu können,
- 18 brauchen wir leistungsfähigere Klärwerke. Schließlich wollen wir 1.000 grüne Dächer für
- 19 Berlin, mehr Straßenbäume, grüne Innenhöfe fördern und 200 neue Trinkwasserbrunnen bauen.

P9 Projekt 9: Nachhaltige Haushaltspolitik betreiben: Landesvermögen schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Nachhaltige Haushaltspolitik betreiben: Landesvermögen schützen

2 Ab 2020 gilt die Schuldenbremse. Es ist gut, wenn sich die Haushaltspolitik in Zukunft an den
3 Grundwerten von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit orientiert. Wir wollen aber
4 sicherstellen, dass nach dem Inkrafttreten der Schuldenbremse der Haushalt nicht auf Kosten
5 der öffentlichen Unternehmen und Gebäude entlastet wird. Denn seit der Wiedervereinigung
6 wurde ein Sanierungsstau im Gebäudebestand von 12 Milliarden Euro zugelassen. Obendrein
7 wurde unter wechselnden Regierungen aus SPD, CDU und Linkspartei Vermögen im Wert von circa
8 16,5 Milliarden Euro privatisiert und verbraucht. Dieser Plünderung des öffentlichen
9 Eigentums wollen wir in Zukunft einen Riegel vorschieben. Wir schlagen eine Änderung der
10 Berliner Landesverfassung vor, die Berlins Vermögenswerte und die Instandhaltung der
11 Infrastruktur umfassend sichert, der Überforderung der Landesunternehmen entgegenwirkt und
12 als Privatisierungsbremse wirkt: „Das Grundstockvermögen des Landes darf in seinem
13 Wertbestand grundsätzlich nicht verringert werden. Bestandteile des Grundstockvermögens
14 dürfen nur aufgrund eines Gesetzes erworben oder veräußert werden. Erlöse sind zum Erhalt
15 und Aufbau dieses Vermögens zu verwenden. Wertminderungen sind aus dem Haushalt
16 auszugleichen. In außergewöhnlichen Notsituationen, die die Finanzlage des Landes erheblich
17 beeinträchtigen, kann durch Beschluss der Mehrheit der Mitglieder des Abgeordnetenhauses von
18 Satz 3 und 4 abgewichen werden. Das Nähere bestimmt ein Gesetz.“

P10 Projekt 10: Damit sich Leistung wieder lohnt: In die Bezirke investieren

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Damit sich Leistung wieder lohnt: In die Bezirke investieren
- 2 Berlin wächst, doch die Bezirke sind dafür nicht gerüstet. Nach 15 Jahren „Sparen bis es
- 3 quietscht“ mangelt es an allen Ecken, Personal und Finanzmittel fehlen. Das Ergebnis
- 4 bekommen die Berliner*innen zu spüren: monatelange Terminsuche in den Bürgerämtern und
- 5 marode Schulgebäude. Dafür ist auch das komplexe und intransparente Finanzierungssystem für
- 6 die Bezirke verantwortlich. Dieses System setzt die Bezirke einem ruinösen Wettbewerb
- 7 untereinander aus und bestraft Qualität: Der Bezirk, der viele Schüler*innen in einem
- 8 maroden Gebäude unterbringt, wird finanziell belohnt, während der Bezirk, der genügend Raum
- 9 pro Schüler*in in gepflegten Schulen bereitstellt, dafür finanzielle Einbußen hinnehmen
- 10 muss. Wir stellen dieses Finanzierungssystem vom Kopf auf die Füße und ersetzen es durch ein
- 11 Modell, das Anreize schafft für Leistung und Qualität. Für die Sanierung und den Bau von
- 12 Schulen und Kitas, Spiel- und Sportplätzen, Straßen und Radwegen erhöhen wir die
- 13 bezirklichen Investitionsmittel massiv. Wir verzichten künftig auf die zahlreichen und hoch
- 14 bürokratischen Sonderprogramme und stecken diese Gelder direkt in die Bezirkshaushalte.
- 15 Unser Ziel ist ein Finanzierungsmodell, das es den Bezirken ermöglicht, ihren gesetzlichen
- 16 Aufgaben wieder uneingeschränkt nachzukommen, das eine Planung auf lange Sicht sowie eine
- 17 nachhaltige Personalentwicklung erlaubt, und das darüber hinaus Gestaltungsspielräume und
- 18 politische Schwerpunktsetzungen zulässt. Denn erst zwölf starke Bezirke machen zusammen ein
- 19 starkes Berlin!

P11 Projekt 11: Für motivierte Mitarbeiter*innen und zufriedene Kund*innen: Verwaltung fit machen

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Für motivierte Mitarbeiter*innen und zufriedene Kund*innen: Verwaltung fit machen
- 2 Berlins Verwaltung ist in vielen Bereichen am Limit. Das zeigt nicht zuletzt der hohe
- 3 Krankenstand. Kein Wunder, wenn der Senat Stellen streicht trotz wachsender Bevölkerung und
- 4 die Personalführung bremst statt motiviert und Potentiale nicht nutzt. Wir wollen den
- 5 öffentlichen Dienst attraktiver und leistungsfähiger machen. Davon profitieren die
- 6 Mitarbeiter*innen ebenso wie die Bürger*innen der Stadt. Den öffentlichen Dienst machen wir
- 7 zu einem Modellprojekt für betriebliches Gesundheitsmanagement und wertschätzende
- 8 Personalführung. Dafür richten wir eine anonyme telefonische Beratung ein, die auch
- 9 Empfehlungen erarbeitet. Führungskräfte bilden wir fort und bieten ihnen Supervision an.
- 10 Jede Verwaltung bekommt einen Etat für Gesundheitsangebote. Arbeitsplatzwechsel und
- 11 Entlastungen werden bei Bedarf kurzfristig ermöglicht. Einstellungsverfahren in den
- 12 öffentlichen Dienst vereinfachen wir, so dass eine durchschnittliche Stellenbesetzung
- 13 weniger als 100 Tage dauert und damit halb so lang wie heute. Dafür bauen wir E-Recruiting
- 14 aus. Beteiligungsverfahren sollen zeitgleich und nicht nacheinander stattfinden. Wir führen
- 15 Musterausschreibungen für identische Aufgabenbereiche ein, die nach einer Musterzustimmung
- 16 durch den Hauptpersonalrat keine Einzelzustimmung mehr benötigen. Stellenbesetzungen mit
- 17 Befristungen von bis zu 24 Monaten sollen mit deutlich eingeschränkten Anforderungen an die
- 18 Auswahl- und Beteiligungsrechte ermöglicht werden. Das geht nur, wenn gleichzeitig klar ist,
- 19 dass flexible Personalmittel kein Ersatz für notwendige Planstellen sind.

P12 Projekt 12: Schneller, transparenter und serviceorientiert: Digitale Verwaltung vorantreiben

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Schneller, transparenter und serviceorientiert: Digitale Verwaltung vorantreiben
- 2 Wir treiben die Digitalisierung der Verwaltung voran – für mehr Service, höhere Transparenz
- 3 und schnellere Bearbeitungszeiten. Auf Basis von einheitlichen Arbeitsprozessen führen wir
- 4 die elektronische Aktenführung (eAkte) verbindlich ein. Dabei machen wir den Einsatz von
- 5 offener und freier Software sowie ressourcenschonender Informationstechnik (Green IT) bei
- 6 hoher IT-Sicherheit zum Standard. Die Bürger*innen können dann verschlüsselt mit allen
- 7 Berliner Behörden kommunizieren. Wie beim Onlinebanking sollen Verwaltungsverfahren komplett
- 8 online möglich sein. Dazu richten wir ein Bürgerservicekonto nach dem Vorbild des
- 9 Einheitlichen Ansprechpartners ein. Damit das alles klappt, braucht es einen CIO (Chief-
- 10 Information-Officer), der mit einem starken Lenkungsgremium die Zusammenarbeit zwischen
- 11 Senat und Bezirken steuert. Als Grundlage verabschieden wir ein Berliner E-Government-
- 12 Gesetz, das klare Regeln für die IT-Kompetenzen enthält. Die Mitarbeiter*innen der
- 13 Verwaltung wollen wir mit ihren Erfahrungen und Ideen bei der IT-Planung beteiligen. Ihnen
- 14 wird zukünftig mit einem modernen Arbeitsplatz das „Handwerkszeug“ für guten Service
- 15 bereitgestellt. So steigern wir die Wettbewerbsfähigkeit Berlins und sorgen für zufriedene
- 16 Kund*innen.

P13 Projekt 13: Gemeinsam gegen Armut

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Gemeinsam gegen Armut

2 Mehr als 700.000 Menschen leben in Berlin unterhalb der Armutsrisikogrenze. Sie treffen die
3 steigenden Kosten für Wohnraum, Nahverkehr und Freizeitangebote besonders hart. Sie
4 profitieren nicht von der wachsenden Stadt und auch die wirtschaftliche Dynamik geht an
5 ihnen vorbei. Besonders schlimm ist die hohe Kinderarmut in Berlin. Jedes vierte Kind wächst
6 in Berlin unterhalb der Armutsgrenze auf, oft verbunden mit geringeren Bildungschancen.
7 Immer öfter melden sich sogar wohnungslose Familien mit Kindern bei der Wohnungslosenhilfe.
8 Wir nehmen das nicht länger hin. Der Kampf gegen Armut muss endlich zur gemeinsamen Aufgabe
9 aller Behörden und Ressorts werden. Uns ist dabei die Prävention von Armut besonders
10 wichtig. Gegen Kinderarmut schlagen wir ein Netzwerk vor, in dem Behörden mit Jobcentern und
11 Freien Trägern zusammenarbeiten, um arme oder von Armut bedrohte Familien frühzeitig und
12 wirkungsvoll zu unterstützen. Außerdem starten wir eine Bildungsoffensive für junge Menschen
13 mit hohem Förderbedarf. Dazu gehören spezielle Förderinstrumente in Schule und Ausbildung
14 wie Praxislerngruppen und mehr Produktives Lernen. Die Arbeit von Bundesagentur und
15 Jobcentern hat sich in den letzten Jahren viel zu stark auf die Vermittlung von
16 aussichtsreichen Kandidat*innen in den ersten Arbeitsmarkt konzentriert. Wir bauen in der
17 nächsten Legislatur Qualifizierungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose aus: Sie brauchen
18 Zugang zu aktivierender und qualifizierender Förderung.

P14 Projekt 14: Weil alle ein Recht auf die eigenen vier Wände haben: Wohnungslosigkeit verhindern

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Weil alle ein Recht auf die eigenen vier Wände haben: Wohnungslosigkeit verhindern
- 2 Bis zu 15.000 Menschen sind in Berlin wohnungslos – Tendenz steigend. Damit nicht noch mehr
- 3 Menschen ihre Wohnung verlieren, sorgen wir dafür, dass die Kosten für Unterkunft und
- 4 Heizung bei Transferleistungsbezieher*innen künftig in ihrer tatsächlichen Höhe übernommen
- 5 werden. Mieter*innen, die von Räumung bedroht sind, brauchen aufsuchende Hilfe und
- 6 frühzeitige Beratung durch soziale Träger und Sozialämter. Die landeseigenen
- 7 Wohnungsbaugesellschaften sehen wir als wichtige Partner zur Vermeidung von Räumungen und
- 8 bei der Schaffung von sozialem Wohnraum. Wir versetzen sie in die Lage, mehr Wohnungen im
- 9 Rahmen des geschützten Marktsegments bereitzustellen. Die Einrichtungen der
- 10 Wohnungslosenhilfe brauchen mehr sozialpädagogische Fachberatung, auch damit die Vermittlung
- 11 von weiteren Hilfsangeboten wie z.B. der Suchthilfe funktioniert. Dringend erforderlich sind
- 12 außerdem spezielle Angebote in der Wohnungslosenhilfe für Frauen und Familien mit Kindern.
- 13 Um mehr Möglichkeiten für vorübergehende Unterbringung zu schaffen, wollen wir mit den
- 14 Trägern aus der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege Stadtteilunterkünfte
- 15 für Geflüchtete und andere Gruppen mit erschwertem Zugang zu eigenem Wohnraum errichten.
- 16 Damit die Wohlfahrtsverbände investieren, bieten wir ihnen eine mehrjährige
- 17 Belegungsgarantie an. Ziel bleibt der Umzug in die eigene Wohnung. Die Unterkünfte sollen
- 18 über die Stadt verteilt entstehen und an die etablierten Stadtteilzentren angebunden sein,
- 19 um einen guten Kontakt zu den Anwohner*innen und Initiativen vor Ort herzustellen.

P15 Projekt 15: Für gute Arbeit im öffentlichen Auftrag: Mindesthonorare und mehr unbefristete Stellen

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Für gute Arbeit im öffentlichen Auftrag: Mindesthonorare und mehr unbefristete Stellen
- 2 Die berufliche Existenz zahlreicher Künstler*innen und Kreativer ist prekär. Gleiches gilt
- 3 für einen Großteil des wissenschaftlichen Nachwuchses und für viele Beschäftigte in der
- 4 Bildungs- und Kulturarbeit. Schlechte Bezahlung, Lohndumping, Zeit- oder Honorarverträge
- 5 sind an der Tagesordnung. Würde künstlerische Arbeit nach geleisteten Stunden abgerechnet,
- 6 wäre schnell klar: Mehr als die Hälfte der freischaffenden Künstler*innen in Berlin arbeitet
- 7 praktisch im Niedriglohnssektor. Sehr oft handelt es sich dabei um prekäre Arbeit im
- 8 öffentlichen Auftrag. Das wollen wir nicht länger hinnehmen und führen deshalb ein
- 9 Mindesthonorar ein – eine Art Mindestlohn für die freie Kunst- und Kreativszene.
- 10 Hochschulen, Unis und Forschungseinrichtungen gehören zu Berlins größten Arbeitgeber*innen.
- 11 Schlechte Bezahlung und unsichere Arbeitsverhältnisse ohne Sozialversicherung sind hier
- 12 besonders beim wissenschaftlichen Nachwuchs die Regel. Wir schaffen mehr unbefristete
- 13 Stellen in Forschung und Lehre, nicht nur für Professor*innen. In den Bezirken wird der
- 14 Betrieb in den Musik- und Volkshochschulen hauptsächlich durch Honorarkräfte
- 15 aufrechterhalten. Im Vergleich zu den Festangestellten ist ihr Verdienst gering, für
- 16 Krankheit und Alter kann keine Vorsorge getroffen werden. Das wollen wir ändern. Die
- 17 Honorarkräfte sollen Tarifverträge erhalten, die den Tarifverträgen für feste freie
- 18 Mitarbeiter*innen in den Rundfunkanstalten entsprechen – damit auch die Kultur- und
- 19 Weiterbildungseinrichtungen vor Ort weiterhin ein bedarfsgerechtes, attraktives Angebot und
- 20 zukunftsfähige Arbeitsplätze bieten.

P16 Projekt 16: Für eine Willkommenskultur von Anfang an: Grünes Landesamt für Migration und Flucht

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Für eine Willkommenskultur von Anfang an: Grünes Landesamt für Migration und Flucht
- 2 Wir schaffen eine Willkommensbehörde, die Berlin als Einwanderungsstadt für die Zukunft gut
- 3 aufstellt. Dafür bündeln wir alle nötigen Kompetenzen für eine gelingende Einwanderung – vom
- 4 Aufenthaltsrecht über die Versorgung und Unterbringung bis zur Integration – in einem neuen
- 5 Landesamt für Migration und Flucht. Die Pläne des Senats für ein Landesamt sind viel zu
- 6 klein gedacht. Mit dem grünen Landesamt gewährleisten wir, dass ausländerrechtliche
- 7 Regelungen in Zukunft möglichst Integration erleichtern anstatt zu erschweren und dass
- 8 Spielräume zugunsten der Betroffenen genutzt werden. Die Ausländerbehörde soll nicht länger
- 9 ein Angstraum für Menschen sein, die hier vorsprechen, sondern kundenfreundlich beraten. Wer
- 10 wegen ausländerrechtlicher Vorgänge dorthin kommt, bekommt künftig auch Beratung, Hilfen bei
- 11 der Anerkennung von Qualifikationen und Informationen über Bildungsmöglichkeiten. Außerdem
- 12 wird das Landesamt vor allem für genug qualitativ gute Aufnahmeeinrichtungen und
- 13 Gemeinschaftsunterkünfte sorgen müssen. Dazu braucht es eine transparente Auswahl und
- 14 vertragliche Absicherung der Betreiber*innen, ihre rechtzeitige Bezahlung, aber auch
- 15 regelmäßige Qualitätskontrollen. Jeder Bezirk braucht darüber hinaus als erste Anlaufstelle
- 16 für Geflüchtete und neu eingewanderte Menschen ein Willkommenszentrum. Es dient der
- 17 Erstororientierung, gibt einen Überblick über die im Bezirk angebotenen Leistungen und bietet
- 18 diese, soweit möglich, auch direkt vor Ort an. Solche Zentren können z. B. in den
- 19 Bürgerämtern angesiedelt werden.

P17 Projekt 17: Ankommen in einem neuen Zuhause: Wohnen für Geflüchtete

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Ankommen in einem neuen Zuhause: Wohnen für Geflüchtete
- 2 Angesichts der desaströsen Bedingungen in vielen Erstaufnahmeeinrichtungen brauchen wir so
- 3 rasch wie möglich bessere Unterkünfte für Geflüchtete. Wir wollen keine seelenlosen Einweg-
- 4 Bauten aus Beton, sondern setzen auf Holzfertighäuser. Diese Holzmodulbauten können
- 5 nachträglich zu Wohnungen umgebaut, erweitert oder aufgestockt werden, sie sind schneller
- 6 und darüber hinaus kostengünstiger zu bauen. Holzhäuser sind außerdem ökologisch und
- 7 nachhaltig und gut geeignet für dezentrale Unterkünfte überall in der Stadt. Außerdem
- 8 schaffen wir die gesetzlichen Voraussetzungen dafür, dass auch in Berlin leerstehende
- 9 Gewerbeimmobilien für die Unterbringung von Geflüchteten beschlagnahmt und umgebaut werden
- 10 können. So schaffen wir es, die Turnhallen so rasch wie möglich wieder für den Sport zur
- 11 Verfügung zu stellen. Wir sehen die Unterbringung von Geflüchteten auch als Chance, um
- 12 planerische Gewohnheiten zu hinterfragen und Innovationen zu fördern. Dazu zählen neue
- 13 Wohnformen wie Sharing-Modelle und flexible Strukturen mit zuschaltbaren Flächen. Da diese
- 14 Gebäude so flexibel sind, können sich auch die zukünftigen Bewohner*innen am Planungsprozess
- 15 beteiligen. Bis die neuen Gebäude stehen, müssen aber auch in Notunterkünften
- 16 Mindeststandards gelten, wie insbesondere der Schutz vor jeder Form von Gewalt,
- 17 Rückzugsmöglichkeiten für schwangere und stillende Frauen, Spielflächen und
- 18 Betreuungsangebote für Kinder sowie Sozial- und Konfliktberatung. Familien sollen nicht
- 19 länger als drei bis höchstens sechs Monate in Notunterkünften bleiben müssen.

P18 Projekt 18: So rasch wie möglich in den Schulen ankommen: Integration in Bildung

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 So rasch wie möglich in den Schulen ankommen: Integration in Bildung
- 2 Wir sorgen dafür, dass geflüchtete Kinder und Jugendliche so rasch wie möglich im Berliner
- 3 Bildungssystem ankommen. Berlinweit schaffen wir mobile Kitas als aufsuchende Hilfe, die in
- 4 die Wohnheime gehen und Familien möglichst rasch mit unseren Kitas und Schulen vertraut
- 5 machen. Wir errichten in allen Bezirken weitere Willkommensklassen. Gleichzeitig sorgen wir
- 6 dafür, dass die geflüchteten Kinder so rasch wie möglich am gemeinsamen Regelunterricht
- 7 teilnehmen. Solange ihre Sprachkenntnisse dafür noch nicht ausreichen, bieten sich
- 8 gemeinsame Zeiten im Musik-, Kunst- und Sportunterricht sowie beim Mittagessen an. Den
- 9 Schulen ermöglichen wir gesetzlich, Plätze in den Regelklassen für geflüchtete Kinder
- 10 freizuhalten. Das geht nur mit einem ehrgeizigen Schulneubauprogramm, so wie wir es bereits
- 11 vorgelegt haben. Wir führen ein Bonusprogramm für Schulen mit Willkommensklassen ein. Dieses
- 12 Budget kann z. B. für Lerntherapeut*innen mit dem Schwerpunkt Deutsch als Fremdsprache,
- 13 Fortbildungsangebote für Lehrkräfte bei der Sprachförderung oder die Anschaffung
- 14 zusätzlicher Sachmittel zur Förderung der Integration eingesetzt werden. In den Verträgen
- 15 mit den Trägern von Unterkünften schreiben wir fest, dass es Sozialarbeiter*innen gibt, die
- 16 die Eltern beim Kontakt zu Schulen, Schulaufsicht bzw. bezirklichen Koordinierungsstellen
- 17 unterstützen und dafür sorgen, dass die Kinder so rasch wie möglich in den Schulen ankommen.
- 18 Mit den Hochschulen vereinbaren wir, dass es auch Studienplätze für Geflüchtete gibt.

P19 Projekt 19: Für die Integration in den Arbeitsmarkt: Kompetenzzentrum und Ausbildungsinitiative

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Für die Integration in den Arbeitsmarkt: Kompetenzzentrum und Ausbildungsinitiative
- 2 Die Teilhabe Geflüchteter am Arbeitsmarkt ist der Schlüssel für eine dauerhafte Integration.
- 3 Dafür erkennen wir ausländische Abschlüsse so rasch und unbürokratisch wie möglich an. Viele
- 4 der geflüchteten Menschen haben zwar in der Heimat gearbeitet, haben aber keine formalen
- 5 Ausbildungen durchlaufen. Dennoch sollen sie nicht bei Null anfangen müssen. Wir wollen auch
- 6 ihre nicht formalen Kompetenzen frühzeitig herausfinden und anerkennen. Das kann in
- 7 Kooperation mit den Kammern in einem Kompetenzzentrum geschehen. Außerdem bauen wir
- 8 Integrationsteams in den Jobcentern auf, die sowohl berufs- und ausbildungsfördernde wie
- 9 auch -begleitende Förderungen anbieten können. Berliner Unternehmen, die Praktika und
- 10 Qualifizierungsangebote bereitstellen, unterstützen wir mit einem Landesförderprogramm. Für
- 11 geflüchtete Jugendliche starten wir zusammen mit IHK, HWK, Gewerkschaften,
- 12 Oberstufenzentren, außer- und überbetrieblichen Ausbildungsträgern, der Agentur für Arbeit
- 13 und Bezirken eine Ausbildungsinitiative. Unser Ziel ist es, dass die jungen Menschen
- 14 berufsqualifizierende Abschlüsse erwerben. Dafür richten wir ein Mentor*innen-Programm für
- 15 die Azubis mit einer berufsbezogenen Sprachförderung und eine Begleitung für die
- 16 ausbildenden Betriebe ein. Die Ausländerbehörde wird angewiesen, jungen Menschen ein
- 17 Bleiberecht mindestens bis zum Abschluss der Ausbildung zu garantieren, wenn sie einen
- 18 Ausbildungsplatz oder einen Studienplatz vorweisen können oder dabei sind, einen
- 19 Schulabschluss nachzuholen. Parallel dazu schaffen wir im Rahmen gemeinwohlorientierter
- 20 Arbeit Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Geflüchtete innerhalb der
- 21 Unterkünfte und Einrichtungen.

P20 Projekt 20: Raus aus den Massenunterkünften: Schutz für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Raus aus den Massenunterkünften: Schutz für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge
- 2 In Berlin leben mehr als 4.000 minderjährige unbegleitete Geflüchtete. Es sind Kinder und
- 3 Jugendliche, die alleine eine lange und gefährliche Reise auf sich genommen haben, um in
- 4 Sicherheit leben zu können oder die ihre Eltern auf der Flucht verloren haben. Viele von
- 5 ihnen haben in der Heimat und auf der Flucht traumatisierende Erfahrungen gemacht und
- 6 benötigen daher unseren besonderen Schutz und unsere Fürsorge. Wir sorgen dafür, dass die
- 7 Jugendlichen sobald wie möglich einen Vormund erhalten, der sie rechtlich vertritt, die
- 8 richtigen Anträge für sie im Asylverfahren stellt und ihnen bei Entscheidungen hilft.
- 9 Freiwillige, die solche Aufgaben übernehmen wollen, unterstützen wir durch Schulungen. Dafür
- 10 stellen wir die erforderlichen finanziellen Mittel bereit und gewährleisten zusammen mit den
- 11 Wohlfahrtsverbänden die Begleitung und Qualitätssicherung. Das Zusammenwirken von Hauptamt
- 12 und Ehrenamt fördern wir. Wir beschleunigen das Clearingverfahren, um Hintergründe und
- 13 Umstände der Flucht zu klären und schnell Kontakte zu Eltern und/oder Verwandten
- 14 herzustellen. Bei der Altersfeststellung sorgen wir dafür, dass im Zweifel zugunsten der
- 15 Betroffenen entschieden wird. Für uns hat oberste Priorität, dass unbegleitete minderjährige
- 16 Flüchtlinge aus den Massenunterkünften herausgeholt und gemäß dem Jugendhilfegesetz
- 17 untergebracht und betreut werden. Dafür schaffen wir geeignete betreute Wohngruppen und
- 18 bauen vorhandene Jugendhilfeeinrichtungen aus.

P21 Projekt 21: Lebendige Erinnerungskultur: Berlins koloniale Vergangenheit aufarbeiten

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Lebendige Erinnerungskultur: Berlins koloniale Vergangenheit aufarbeiten
- 2 Im geschichtsträchtigen Berlin ist ein Kapitel unserer Vergangenheit seltsam abwesend: Die
- 3 deutsche Kolonialgeschichte, einschließlich des Genozids an den Herero und Nama in Namibia,
- 4 dem ehemaligen Deutsch-Südwestafrika, bei dem zwischen 1904 und 1908 deutsche
- 5 Kolonialtruppen Zehntausende getötet haben. Wir werden in Zusammenarbeit mit der
- 6 Zivilgesellschaft ein gesamtstädtisches Erinnerungskonzept entwickeln und umsetzen. Dazu
- 7 gehört, dass die Landesregierung den Völkermord an den Herero und Nama in Namibia offiziell
- 8 anerkennt und die Bundesregierung auffordert, ihrer Verantwortung nachzukommen. Menschliche
- 9 Gebeine sollen unter würdigen Umständen in die Ursprungsländer rücküberführt und
- 10 Eigentumsrechte geraubter Kulturgüter geklärt werden. Namen öffentlicher Orte, die den
- 11 deutschen Kolonialismus verharmlosen, möchten wir mit der breiten Beteiligung aller
- 12 Betroffenen umbenennen. Hier schließen wir an grüne Erfolge in Friedrichshain-Kreuzberg an.
- 13 Genozid und deutsche Kolonialverbrechen sollen fester Bestandteil der Berliner
- 14 Bildungspolitik werden. Die Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Windhoek wollen wir
- 15 weiter ausbauen und verlässlich finanzieren. Außerdem werden wir die Pläne für ein Eine-
- 16 Welt-Zentrum vorantreiben. Schließlich gehört zu einem umfassenden Konzept auch eine
- 17 Gedenkstätte mit ständiger Ausstellung zur deutschen Kolonialgeschichte und zum Völkermord,
- 18 die Lernerfahrungen bietet und Ort der Erinnerung ist.

P22 Projekt 22: Europa in Berlin: ein Welcome-Center für EU-Bürger*innen

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Europa in Berlin: ein Welcome-Center für EU-Bürger*innen
- 2 Wir Grüne stehen zu Europa. Dank der europäischen Freizügigkeit kommen Menschen aus der
- 3 ganzen EU nach Berlin, um hier zu leben und zu arbeiten. Diese Einwanderung macht unsere
- 4 Stadt bunt und dynamisch und ist gleichzeitig Motor für Berlins Wirtschaft. Damit Berlin
- 5 seinem Ruf als europäische Metropole gerecht wird, wollen wir den Übergang in den
- 6 Arbeitsmarkt für Europäer*innen diskriminierungsfrei und reibungslos gestalten: mit einer
- 7 modernen, effizienten Verwaltung, die mit ihren Angeboten auf Menschen zugeht. Denn wer neu
- 8 nach Berlin kommt, steht vor großen Herausforderungen: Sprachbarrieren oder unklare
- 9 behördliche Zuständigkeiten erschweren den Weg in die Arbeit. Daher wollen wir eine
- 10 Anlaufstelle schaffen, die für alle Belange erste Ansprechpartnerin ist – ein Welcome-Center
- 11 für EU-Bürger*innen. Das Welcome-Center soll interkulturell sein und den Neuankommenden
- 12 Wertschätzung entgegen bringen. Das Welcome-Center unterstützt von Anfang an: bei der
- 13 Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen, der Vermittlung von Sprachkursen und
- 14 passgenauen Weiterbildungsmaßnahmen, bei Existenzgründungen oder in Rechtsfragen. Online-
- 15 Informationen und Formulare sind mehrsprachig. Beraten wird mindestens auf Englisch,
- 16 Französisch, Polnisch und Spanisch. Dabei setzen wir auf enge Kooperation mit den
- 17 Sozialpartner*innen. Das erspart den Menschen den Gang durch den Behördendschungel und
- 18 entlastet auch die Bürgerämter.

P23 Projekt 23: TTIP und CETA stoppen!

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 TTIP und CETA stoppen!
- 2 Die Handelsabkommen TTIP und CETA müssen in ihrer jetzigen Form gestoppt werden. Denn auch
- 3 in Zukunft sollen die Berliner*innen entscheiden können, ob eine Dienstleistung besser in
- 4 der öffentlichen Hand oder bei privaten Anbieter*innen aufgehoben ist. Die Daseinsvorsorge
- 5 gehört nicht auf den Weltmarkt. Mit den Abkommen TTIP und CETA steigt jedoch der
- 6 Privatisierungsdruck und Rekommunalisierungen wie im Bereich der Wasser- oder
- 7 Energieversorgung werden nahezu unmöglich gemacht. Wir lehnen Sonderklagerechte für
- 8 internationale Konzerne ab. Die Abkommen würden ihnen erlauben, vor privaten
- 9 Schiedsgerichten (ISDS) oder einem Investitionsgerichtshof (ICS) gegen Staaten oder Länder
- 10 zu klagen, wenn ein neues Gesetz geplante Gewinne zunichtemacht. Diese Sonderrechte höhlen
- 11 Rechtsstaat und Demokratie aus. Gesetzliche Regelungen wie die Mietpreisbremse oder das
- 12 Nachtflugverbot könnten künftig womöglich vor einem solchen Schiedsgericht gekippt werden.
- 13 Auch sozial-ökologische Kriterien im Vergaberecht wären bedroht. Dazu kommt: Ausgerechnet
- 14 einheitliche Standards für den Maschinenbau, die unsere Unternehmen brauchen, sollen jetzt
- 15 von CETA ausgenommen werden. Wir müssen das europäische Vorsorgeprinzip verteidigen und
- 16 niedrigere Standards im Umwelt-, Daten- und Verbraucher*innenschutz verhindern. Wir streiten
- 17 deshalb dafür, die Abkommen auf transparenter Grundlage und mit anderen Zielen neu zu
- 18 verhandeln.

P24 Projekt 24: Gutes Aufwachsen in der Schule – mit guten Ganztagschulen

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Gutes Aufwachsen in der Schule – mit guten Ganztagschulen
- 2 Wir wollen Schulen, in denen Kinder und Jugendliche zeigen können, wer sie sind, was in
- 3 ihnen steckt und in denen sie sich in einer Welt voller Herausforderungen bewähren können.
- 4 Eltern sollen sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder in den Schulen gut aufgehoben
- 5 sind. Wir setzen dabei insbesondere auf gute Ganztagschulen: mit längerem gemeinsamen
- 6 Lernen, individueller Förderung, einem warmen Mittagessen mit guten Lebensmitteln aus der
- 7 Region und Angeboten für Musik, Sport oder soziales Engagement am Nachmittag. Wir geben
- 8 jeder Schule ein echtes eigenverantwortliches Schulbudget. Denn die Pädagog*innen,
- 9 Schüler*innen und Eltern wissen selbst am besten, was ihre Schule vor Ort am meisten
- 10 braucht. Eine demokratische Schulkultur, in der transparent darüber entschieden wird, wie
- 11 die Mittel verwendet werden, ist für uns zukunftsweisend. Darüber hinaus wollen wir allen
- 12 Kollegien an den Schulen Teamzeit verschaffen. Denn wo verschiedene Berufsgruppen – gerade
- 13 im Ganztage – tätig sind, da braucht es Absprachen und Koordination, Zeit für konzeptionelle
- 14 Arbeit und Erfahrungsaustausch. Daneben liegt uns insbesondere die Stärkung der Grundschule
- 15 am Herzen. Für uns ist klar: Die Arbeit der Grundschullehrkräfte muss aufgewertet werden.
- 16 Deshalb passen wir ihr Gehalt an das in den Oberschulen an und machen damit deutlich, dass
- 17 sich die Arbeit zwar inhaltlich, aber nicht von der Bedeutung her unterscheidet.

P25 Projekt 25: Schulsanierung und Schulneubau endlich angehen

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Schulsanierung und Schulneubau endlich angehen

2 Der Kernauftrag von Schule ist es, eine Lernumgebung zu schaffen, die Begabungen weckt und
3 fördert. Das können viele Schulen in unserer Stadt nur schwer erfüllen, weil sie baulich in
4 einem katastrophalen Zustand sind – eine Zumutung für Kinder und Pädagog*innen. Insgesamt
5 ist unser Ziel: Alle Schulen in Berlin sollen Orte des Lebens und Lernens sein. Alle Eltern
6 sollen sicher sein können, dass es einen geeigneten Schulplatz für ihr Kind gibt, auch wenn
7 die Bevölkerung der Stadt weiter wächst. Achtjährige Planungsverläufe beim Neubau und
8 unklare Zuständigkeiten bei der Sanierung kann sich Berlin nicht mehr leisten. Container als
9 Unterrichtsräume lehnen wir ab, denn sie sind keine angemessenen Lernorte. Vielmehr setzen
10 wir auf die Gründung von Schulgebäudeverwaltungen, die mit gebündelter Kompetenz im Auftrag
11 der Bezirke zeitnah gute neue Schulen bauen und den Sanierungsstau von rund zwei Milliarden
12 Euro bei den Schulgebäuden auflösen. Die Gelder dazu fließen direkt in die Bezirkshaushalte
13 statt sie über die zahlreichen Sonderprogramme umzulenken, die meist nur für mehr Bürokratie
14 sorgen. Gute Schulgebäude sind machbar – wenn man den Mut hat zur Reform hat. Wir haben ihn.

P26 Projekt 26: Von der Kita bis zum Abschluss: individuelle Förderung von Anfang an

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Von der Kita bis zum Abschluss: individuelle Förderung von Anfang an
- 2 Von der Kita bis zum Oberstufenzentrum: In unserer Stadt leben und lernen Kinder und
- 3 Jugendliche mit unterschiedlichen Biografien, Eigenheiten und Bedürfnissen. Je früher sie
- 4 gefördert werden, desto besser. Deshalb wollen wir die Kitas stärken – mit einem besseren
- 5 Betreuungsschlüssel von höchstens vier Kindern pro Pädagog*in und mehr Personal. Dafür
- 6 werden wir die Ausbildungskapazitäten an den Fachschulen ausbauen und den Wieder- und
- 7 Quereinstieg erleichtern. Auch die Schulen sollen noch besser werden. Wir wollen, dass jede
- 8 Schule die Verantwortung für alle Kinder und Jugendlichen übernimmt, die sie aufnimmt. Damit
- 9 das funktioniert, unterstützen wir die Gymnasien dabei, ihre Schüler*innen individuell noch
- 10 besser zu fördern und ebnen ihnen den Weg zu Ganztagschulen. Dann können wir im Gegenzug
- 11 das Probejahr und das Sitzenbleiben am Gymnasium abschaffen. An allen Sekundarschulen und
- 12 Gemeinschaftsschulen wollen wir den Weg zum Abitur mit einer eigenen gymnasialen Oberstufe
- 13 oder mit Schulverbänden anbieten. Dabei fördern wir insbesondere Kooperationen mit
- 14 Oberstufenzentren, denn auch Abiturient*innen brauchen berufliche Bildung, damit Aufstieg
- 15 durch Bildung kein leeres Versprechen bleibt. Weil das für uns auch beim Übergang von der
- 16 Schule in den Beruf gilt, wollen wir Jugendberufsagenturen für ganz Berlin. Das ist für uns
- 17 der entscheidende Schritt auf dem Weg zu einer Berliner Ausbildungsgarantie. Für uns gilt:
- 18 Kein Abschluss ohne Anschluss und für jedes Kind und jeden Jugendlichen die bestmögliche
- 19 Förderung, in jeder Kita, in jeder Schule.

P27 Projekt 27: Wahlalter 16: Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen stärken

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Wahlalter 16: Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen stärken
- 2 Demokratie fällt nicht vom Himmel, sondern muss gelebt werden um gelernt zu werden. Alle
- 3 Kinder und Jugendlichen sollen die Erfahrung machen können, dass es auf sie ankommt, dass
- 4 sie gebraucht werden, und dass sie ihre Potenziale entfalten, mitentscheiden, mitgestalten
- 5 und teilhaben können. Denn eine funktionierende Demokratie lebt von mündigen Bürger*innen.
- 6 Deshalb unterstützen wir Jugendverbände und die bezirklichen Kinder- und
- 7 Jugendfreizeitstätten und wollen die offene Kinder- und Jugendarbeit in den Bezirken
- 8 strukturell ausfinanzieren. Wir unterstützen Kinder- und Jugendbüros sowie -parlamente in
- 9 allen Bezirken und setzen für uns für eine auskömmliche Finanzierung des Jugend-
- 10 Demokratiefonds ein. Und wir sorgen dafür, dass Demokratieerziehung und politische Bildung
- 11 in den Lehrplänen mehr Gewicht bekommen. Darüber hinaus fordern wir auch weiterhin die
- 12 Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Die politischen Entscheidungen von heute beeinflussen
- 13 vor allem das Leben der Erwachsenen von morgen. Wir finden: Jugendliche sollten schon mit 16
- 14 Jahren darüber mitentscheiden können, wer ihre Interessen im Abgeordnetenhaus vertritt.
- 15 Warum sollte im Land falsch sein, was sich in unseren Bezirken als richtig erwiesen hat?

P28 Projekt 28: Berlin, Stadt für Familien

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Berlin, Stadt für Familien

2 Aktuell leben in unserer Stadt 400.000 Familien – Tendenz steigend. Wir arbeiten geduldig
3 und hartnäckig daran, dass Berlin familienfreundlicher wird. Das heißt für uns vor allem:
4 Entlastung, mehr Zeit füreinander und bessere Serviceangebote. Um Familie und Beruf besser
5 vereinbaren zu können, brauchen Eltern – egal ob als Paar oder alleinerziehend – flexible
6 Betreuung auch jenseits der Kita-Öffnungszeiten. Deshalb bauen wir die ergänzende
7 Kindertagespflege als ein sozial gestaffeltes Gutscheinsystem aus, damit jedes Kind in guten
8 Händen ist und Eltern beruhigt ihrer Arbeit nachgehen können. Dazu gehört für uns auch ein
9 Bring- und Abholdienst. Dabei halten wir den gesetzlichen Mindestlohn ein und tragen dafür
10 Sorge, dass alle Betreuer*innen über die notwendigen Basisqualifikationen verfügen. Die
11 Verwaltung unserer Stadt soll familienfreundlich sein, denn der Alltag der meisten Menschen
12 mit Kindern ist hektisch genug. Für uns heißt das: Familien sollen alle Familienleistungen
13 und entsprechende Beratung an einer Stelle bekommen können. Deshalb richten wir bei den
14 Jugendämtern der Bezirke Familien-Servicebüros ein und sorgen für familienfreundliche
15 Öffnungszeiten. Auch der öffentliche Dienst als Arbeitgeber soll familienfreundlich werden.
16 Deshalb ermöglichen wir mehr Führungsstellen in Teilzeit und mehr Teilzeitausbildungen, was
17 besonders Alleinerziehenden zugutekommt.

P29 Projekt 29: Migrant*innen an die Bildungsspitze!

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Migrant*innen an die Bildungsspitze!
- 2 Berlin ist attraktiv durch seine Vielfalt und Weltoffenheit, aber in den Schulen gelingt es
- 3 noch nicht, diese Vielfalt umfassend zu fördern. Weil es nach wie vor zu wenig Lehrer*innen
- 4 und Erzieher*innen mit Migrationshintergrund gibt, fehlt es Kindern oft an Vorbildern. Zudem
- 5 mangelt es neben Sprachangeboten für Türkisch, Arabisch und Kurdisch auch an solchen für
- 6 osteuropäische Sprachen. Daher bauen wir das Angebot an zweisprachiger Erziehung und Bildung
- 7 konsequent aus. Das neue Landeskonzept für Berufs- und Studienorientierung öffnen wir
- 8 interkulturell und werben in diesem Rahmen insbesondere dafür, dass sich mehr Jugendliche
- 9 mit Migrationshintergrund für pädagogische Berufe entscheiden. Mit den Berliner Hochschulen
- 10 vereinbaren wir konkrete Nachqualifizierungsmodule, um Menschen, deren ausländischer
- 11 Bildungsabschluss hier nicht voll anerkannt wird, einen Weg ins Lehramt zu ermöglichen. Und
- 12 wir unterstützen eingewanderte Erzieher*innen besser, in der Bundesrepublik eine staatliche
- 13 Anerkennung zu bekommen. Unsere Kitas und Schulen sind Orte, an denen ein friedliches,
- 14 tolerantes und fröhliches Miteinander eingeübt werden kann und soll. Wir unterstützen
- 15 Schulen daher zum Beispiel durch Diversity-Trainings bei dieser Arbeit. Außerdem richten wir
- 16 ein Kompetenz- und Beratungszentrum für interkulturelle Pädagogik ein, an das sich alle
- 17 Pädagog*innen und Kollegien wenden können.

P30 Projekt 30: Medienbildung von klein auf

Antragsteller*in: Landesverband

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Medienbildung von klein auf

2 Kinder lernen die Wischbewegung auf dem Smartphone heute oft früher, als sie allein auf die
3 Toilette gehen können. Es bringt aber nichts, nur über die Gefahren von Medien und Internet
4 zu reden. Es braucht stattdessen einen eigenverantwortlichen Umgang mit Inhalten wie auch
5 das kritische Einordnen, das Wissen um Alternativen und die Fähigkeit, Werkzeuge und Inhalte
6 selbst zu erstellen bzw. anzupassen. Gerade für Kinder im Übergang von der Grundschule zur
7 weiterführenden Schule sorgen wir für mehr Informationen zu Mobbing und Gewalt, gerade auch
8 gegenüber Mädchen und Frauen, sowie für entsprechende Angebote zur Hilfe und Prävention.
9 Medienbildung muss aber generationenübergreifend erfolgen. Erzieher*innen und Lehrer*innen
10 müssen umfänglich fortgebildet werden. Wir entwickeln dafür das Fach Informatik in
11 weiterführenden Schulen weiter. Dort soll es künftig nicht nur ums Programmieren gehen,
12 sondern auch um ethische, datenschutzrechtliche und soziale Fragen rund um die
13 Digitalisierung. Solche Inhalte müssen künftig auch verstärkt in die Ausbildung von
14 Informatiklehrer*innen einfließen. Mit einem Treffen Medienbildung bei der Medienanstalt
15 Berlin-Brandenburg entwickeln wir gemeinsam mit schulischen und außerschulischen Akteuren
16 Lern- und Lehrinhalte und bauen die Angebote für Schulungen für Eltern und Interessierte
17 aus. Statt auf staatliche Kontrolle und Bevormundung setzen wir auf Eigenverantwortung. Um
18 es Eltern zu erleichtern, mit ihren Kindern die Nutzung von Internet, Smartphone, Konsole
19 und Fernsehen zu klären, unterstützen wir sie mit Angeboten der Selbstregulierung.

P31 Projekt 31: Vereinssport stärken

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Vereinssport stärken

2 Der Sportverein ist für viele Berliner*innen die erste Adresse, wenn es um Sport geht. Ohne
3 Vereinssport ist der Kinder- und Jugendsport, sind Integration und Inklusion und die
4 Förderung von Leistungssport nicht zu denken. Ehrenamtliches Engagement und eine feste
5 Verankerung im Gemeinwesen sind zentrale Pfeiler dieses Modells, und das wollen wir weiter
6 stärken. Deswegen setzen wir uns für eine verbindlichere Sportförderung ein, von der auch
7 die ehrenamtlichen Trainer*innen profitieren. Wir wollen mit dem Landessportbund einen
8 Vertrag schließen, in dem sowohl die Ziele der Sportförderung als auch die Landesmittel
9 festgelegt werden. So wird diese Arbeit unabhängig von Lottomitteln. Fortbildungsangebote
10 der Vereine und Schwerpunktaktivitäten zum Beispiel im Mädchensport oder bei der Inklusion
11 sollen besser finanziert werden. So unterstützen wir Verbände und Vereine darin, sich neuen
12 Zielgruppen zu öffnen, und bringen damit den organisierten und den unorganisierten Sport
13 einander näher. Sport und Bewegung müssen für alle möglich sein – unabhängig von Alter,
14 Geschlecht, Herkunft, sozialem Status oder Behinderung. Wir werden Initiativen für Frauen-
15 und Mädchensport, Integration von Flüchtlingen und Initiativen gegen Homo- und Transphobie
16 stärker unterstützen. Inklusion im Sport braucht bauliche Barrierefreiheit, aber auch die
17 aktive Aufnahme und Integration von Parasportler*innen in Vereine und Sportgruppen. Jugend
18 trainiert für Olympia/für Paralympics macht vor, was Inklusion sein kann, selbst innerhalb
19 der engen Regeln des leistungsorientierten Sports.

P32 Projekt 32: Wissenschaft als Beruf, von dem man auch leben kann

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Wissenschaft als Beruf, von dem man auch leben kann
- 2 In Berlin arbeiten über 60.000 Menschen in der Wissenschaft. Ein Großteil dieser
- 3 Arbeitsverhältnisse ist jedoch befristet und durch Abhängigkeitsverhältnisse geprägt, wovon
- 4 gerade junge Wissenschaftler*innen unverhältnismäßig stark betroffen sind. Prekarisierung,
- 5 Befristung und Outsourcing von Beschäftigung sind an der Tagesordnung. Wir wollen, dass
- 6 öffentliche Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen gute, existenzsichernde Arbeit für
- 7 den wissenschaftlichen Nachwuchs anbieten. Wir wollen länger laufende Verträge, die eine
- 8 planbare Karriere in der Wissenschaft, eine langfristige Lebensplanung und die Gründung
- 9 einer Familie ermöglichen. Wir verbessern sowohl die Promotionsbedingungen als auch die
- 10 Personalstrukturen besonders für Postdocs und schaffen attraktive Karrierewege vor und neben
- 11 der Professur. Wir verbessern sowohl die Situation der Lehrbeauftragten als auch die
- 12 Tarifverträge für Tutor*innen deutlich. Anders als der rot-schwarze Senat sind wir bereit,
- 13 die Personalstrukturen der Wissenschaftsinstitutionen zu reformieren und eine Pflicht zur
- 14 nachhaltigen Personalentwicklung an den Hochschulen einzuführen. Und wir setzen der
- 15 Tariffucht durch Outsourcing von Personal ein Ende; das hat die Linkspartei immer
- 16 gefordert, es aber in zehn Jahren Regierungsbeteiligung nicht verhindert. Mit diesen
- 17 Maßnahmen erhalten wir zugleich die Konkurrenzfähigkeit der Berliner
- 18 Wissenschaftslandschaft. Unser Ziel ist es, exzellente Wissenschaftler*innen und zusätzliche
- 19 Forschungsgelder nach Berlin zu holen.

P33 Projekt 33: Unfreiwillige Studienabbrüche verhindern

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Unfreiwillige Studienabbrüche verhindern

2 Mangelnde Unterstützung ist einer der häufigsten Gründe für einen unfreiwilligen
3 Studienabbruch. Gerade junge Menschen, die nicht aus Akademikerfamilien kommen, brauchen
4 mehr Unterstützung. Wir Grüne wollen, dass die Entscheidung für ein Studium unabhängig von
5 Herkunft und finanzieller Lage wird. Wir wollen die soziale Infrastruktur für das Studium
6 ausbauen. Dazu gehört auch eine bessere Finanzierung des Studentenwerks, um die
7 Sozialbeiträge für die Studierenden stabil zu halten. Niedrigschwellige Angebote müssen gut
8 und erreichbar sein, damit Hilfe ankommt. Das werden wir im nächsten Rahmenvertrag mit dem
9 Studentenwerk verankern. Studiengebühren lehnen wir ab. Die Attraktivität Berlins zeigt sich
10 auch bei der Zusammensetzung der Studierendenschaft: Über 50 Prozent der Studierenden kommen
11 nicht aus Berlin. Wir haben sowohl überdurchschnittlich viele Studierende aus finanziell
12 besser gestellten Familien als auch aus Nicht- Akademikerhaushalten. Dazu kommen relativ
13 viele ältere Studierende und solche mit Familie und Kindern. Das alles erfordert gezielte
14 Beratungs- und Unterstützungsangebote. Eines der dringendsten Probleme ist dabei die
15 Wohnungsfrage. Dabei setzen wir nicht allein auf die landeseigenen
16 Wohnungsbaugesellschaften, sondern wollen auch mit Genossenschaften und anderen
17 gemeinwohlorientierten Akteur*innen auf dem Wohnungsmarkt Projekte entwickeln.

P34 Projekt 34: Innovationshauptstadt Berlin

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Innovationshauptstadt Berlin
- 2 Berlins Gründungskultur ist ein Impulsgeber der Stadt. Als Politik wollen wir den
- 3 Gründer*innen nicht reinreden, sondern Rahmenbedingungen für erfolgreiche Innovationen
- 4 schaffen. Dafür werden wir Flächen sichern, günstige Mieten für Gründer*innen vorhalten,
- 5 neue Coworking-Spaces unterstützen und Orte des Netzwerkens und Förderns mit etablierten
- 6 Unternehmen und Wagniskapitalgeber*innen ermöglichen. Wir holen mehr Risiko- und
- 7 Wachstumskapital sowie Business Angels nach Berlin und werden Kontakte zu Investor*innen und
- 8 etablierten Unternehmen erleichtern. Wir werden Bürokratie ab- und die vorhandenen
- 9 Beratungsstellen ausbauen. Zur Förderung der besten Ideen werden wir die Regeln der
- 10 Geldvergabe der Investitionsbank Berlin-Brandenburg an die neuen Wirtschaftsmodelle
- 11 anpassen, damit schneller und nach den Bedürfnissen der Gründer*innen investiert wird. Dafür
- 12 brauchen wir eine neue Kultur des Scheiterns, die zweite und dritte Chancen gewährt. Im
- 13 Rahmen von Wettbewerben werden soziale und ökologische Innovationen, etwa aus den Bereichen
- 14 Umweltschutz, Demokratie, Bildung und Integration, stärker gefördert. Außerdem soll ein
- 15 spezielles Mentoringprogramm aufgelegt werden, insbesondere um Frauen zu (Aus-)Gründungen
- 16 aus dem universitären Umfeld zu ermutigen. Teilzeitgründungen werden stärker in den Fokus
- 17 gerückt und Gründungen im Rahmen einer Nachfolgeregelung durch die Mitarbeiter*innen oder
- 18 aus der Arbeitslosigkeit heraus werden stärker unterstützt.

P35 Projekt 35: Mittelstand 4.0

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Mittelstand 4.0

2 Immer mehr Unternehmen und Startups erkennen, dass sie mit grünen Ideen schwarze Zahlen
3 schreiben können. Wir wollen, dass die Berliner Wirtschaft im Zusammenspiel von
4 Digitalisierung und Nachhaltigkeit weiter wächst. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) der
5 Digitalwirtschaft sowie Handwerksbetriebe und Selbständige werden wir dafür gezielt fördern.
6 Berlin hat als Zentrum digitaler Startups und innovativer Unternehmensgründungen beste
7 Voraussetzungen, dass die Berliner Wirtschaft insgesamt von der Digitalisierung profitiert.
8 Wir schaffen den Rahmen dafür: mit einer Digitalisierungsstrategie, die in allen relevanten
9 Bereichen von Bildung über Energie bis hin zur Infrastruktur greift. Im Senat richten wir
10 eine zentrale Stabsstelle ein, die alle digitalisierungsrelevanten Aktivitäten der einzelnen
11 Senatsverwaltungen federführend koordiniert. Die Energie- und Ressourcenwende wird mithilfe
12 neuer Speichertechnologien, intelligenter Energienetze und vernetzter Mobilität vollzogen.
13 Das Management von Energieangebot und -bedarf ist ohne Digitalisierung nicht mehr denkbar.
14 Der gezielte Einsatz von Smart-Grid-Technologie für ein intelligentes Stromnetz hilft auch
15 Unternehmen bei der Senkung des Energie- und Ressourcenverbrauchs. Insbesondere Start-ups
16 und mittelständische Unternehmen der digitalen Wirtschaft sind auf ein leistungsfähiges,
17 schnelles Internet angewiesen. Wir wollen daher bis 2021 den flächendeckenden Ausbau des
18 Breitbandnetzes mit zukunftsfähigen glasfaserbasierten Internetanschlüssen erreichen.

P36 Projekt 36: Solidarische Ökonomie gezielt fördern

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Solidarische Ökonomie gezielt fördern
- 2 Berlin ist die Hauptstadt der Solidarischen Ökonomie. Nirgendwo sonst in Deutschland gibt es
- 3 so viele Unternehmen, Startups und Initiativen, die gemeinwohlorientiert wirtschaften und
- 4 mit unternehmerischen Mitteln soziale und ökologische Ziele verfolgen. Diesen Trend wollen
- 5 wir unterstützen und gezielt fördern. Dafür werden wir die Förderung der Solidarischen
- 6 Ökonomie bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft institutionell verankern. Es braucht
- 7 qualifizierte Beratungsstellen, die neben dem nötigen betriebswirtschaftlichen Know-how auch
- 8 einen Überblick über die Vor- und Nachteile der verschiedenen Unternehmensmodelle bieten.
- 9 Insbesondere Genossenschaftsmodelle können zu einer echten Alternative werden. Sie bieten
- 10 sowohl für klassische solidarische Unternehmungen als auch für Startups die Möglichkeit,
- 11 gemeinschaftliches Eigentum zu bilden. Für Startups braucht es eine Änderung des
- 12 Genossenschaftsrechts, um auch digitale Mitgliedschaften zu ermöglichen. Zudem muss das
- 13 Fördersystem neu justiert werden und künftig neben der Rentabilität auch soziale und
- 14 ökologische Kriterien berücksichtigen. So können künftig innovative solidarische Gründungen
- 15 früher und leichter als förderwürdig eingestuft werden.

P37 Projekt 37: Ein Preis für die Migrantische Ökonomie

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Ein Preis für die Migrantische Ökonomie

2 Von Berliner*innen mit Migrationsgeschichte geführte Betriebe machen heute rund 20 Prozent
3 aller Unternehmen aus. Damit leisten sie einen wesentlichen Beitrag für die Wirtschaft
4 Berlins. Wir wollen migrantische Unternehmen gezielt fördern – auch, um auf diese Weise
5 ausländische Direktinvestitionen und Handelsbeziehungen zu aktivieren, Fachkräfte anzulocken
6 und innovative Gründungen anzustoßen. Deshalb loben wir einen Wirtschaftspreis für die
7 Migrantische Ökonomie Berlins aus. Er soll migrantische Unternehmen mit positiver
8 Entwicklung auszeichnen, die Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen oder sich beispielhaft
9 interkulturell engagieren. Der Gründungsprozess von Migrant*innen soll mit passgenauer
10 Beratung besser unterstützt werden, insbesondere was die Kommunikation und Zusammenarbeit
11 mit Banken, Behörden und Wirtschaftsverbänden betrifft. Häufig entwickelt sich auch die
12 Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen zum Stolperstein. Sei es, weil die
13 Dokumente nicht in deutscher Übersetzung vorliegen; sei es, dass die Originale nicht mehr
14 vorhanden sind, wie es bei Geflüchteten oftmals der Fall ist. Hier ist eine spezialisierte
15 Beratung und Unterstützung notwendig. Für Neuankommende in Deutschland wollen wir ein
16 Business-Coaching einrichten, das dabei hilft, sich im Behördendschungel zurechtzufinden.
17 Damit auch die Geflüchteten baldmöglichst in der Berliner Wirtschaft selbst aktiv werden
18 können.

P38 Projekt 38: Nachhaltiger Wirtschaftsverkehr: Förderprogramm für Elektrofahrzeuge

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Nachhaltiger Wirtschaftsverkehr: Förderprogramm für Elektrofahrzeuge
- 2 Zahlreiche Handwerksbetriebe, Dienstleister*innen und natürlich Logistik- und
- 3 Transportunternehmen sind auf ihren Fuhrpark angewiesen. Um diese Betriebe bei der Umrüstung
- 4 auf umweltschonende Fahrzeuge zu unterstützen, legen wir ein Förderprogramm zur Anschaffung
- 5 von Elektrofahrzeugen auf. Ob der Transporter eines Heizungsfachbetriebs, die Fahrzeugflotte
- 6 im ambulanten Pflegedienst, die Autos eines Taxi-Unternehmens oder die Lieferwagen eines
- 7 Paketdienstleisters: Für jedes neu angeschaffte Elektrofahrzeug soll es eine Förderung
- 8 geben. Außerdem schlagen wir eine „Abwrackprämie“ vor, die Gewerbetreibende für jedes alte
- 9 Benzin- oder Dieselfahrzeug erhalten, das sie abschaffen. Damit sich Elektromobilität auch
- 10 für kleinere Betriebe rentiert, treiben wir den Ausbau einer öffentlich zugänglichen Lade-
- 11 Infrastruktur in Berlin voran. Zusätzlich wollen wir den Ausbau der Elektromobilität durch
- 12 ein Förderprogramm der Investitionsbank Berlin (IBB) unterstützen: Mittelständische und
- 13 kommunale Unternehmen sowie Selbstständige können zinsgünstige Darlehen für
- 14 Forschungsvorhaben und Projekte erhalten, die dem Ausbau der Infrastruktur, Technologien der
- 15 Elektromobilität und dem Aufbau von elektrischen Fahrzeugflotten dienen. In Gebieten mit
- 16 akutem Parkplatzmangel führen wir für den Lieferverkehr eine neue Regelung ein:
- 17 Elektrofahrzeuge dürfen dort ausgewiesene Fahrspuren privilegiert nutzen. Außerdem fördern
- 18 wir die Belieferung mittels Lastenfahrrädern, indem Fahrradspuren angepasst sowie
- 19 Lieferzonen für E-Fahrräder eingerichtet werden.

P39 Projekt 39: Fachkräftemangel beheben

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Fachkräftemangel beheben

2 Auch in Berlin leiden einige Branchen unter einem akuten Fachkräftemangel. Um die Zahl der
3 Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich zu erhöhen, wollen wir gemeinsam mit den
4 Gesundheitsinstitutionen nach Wegen suchen, um Menschen mit einfacheren Qualifikationen in
5 Ausbildung und Arbeit zu bringen. Gerade für viele Geflüchtete kann dies ein Weg in die
6 Beschäftigung sein. Viele ältere Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund wünschen sich für
7 die häusliche Pflege Menschen gleichen Geschlechts. Um dem entgegenzukommen, wollen wir
8 gezielt auch junge Männer für Gesundheitsberufe gewinnen. Wir unterstützen die Einrichtung
9 zusätzlicher IT-Professuren an Berliner Hochschulen und wollen dafür mehr Frauen gewinnen.
10 Auch wenn sich derzeit die Young Digitalis gern in der Stadt niederlassen, müssen wir
11 vorsorgen und das Qualifikationsniveau halten. Denn nur so haben wir auch in Zukunft genug
12 Fachkräfte für die Digitalisierung der Berliner Wirtschaft und Verwaltung. Um den
13 Einstellungsstopp der vergangenen 20 Sparjahre einigermaßen aufzuholen, braucht die Berliner
14 Verwaltung eine Ausbildungsoffensive. Deshalb werden wir die Ausbildungskapazitäten in der
15 Hauptverwaltung, vor allem aber in den Bezirken, erhöhen und auskömmlich finanzieren.
16 Gleichzeitig wollen wir den öffentlichen Dienst durchlässiger machen und für andere
17 berufliche Qualifikationen öffnen. Was eine Verwaltungsangestellte kann, kann sicher auch
18 ein Bürokaufmann – und umgekehrt.

P40 Projekt 40: Gute Gesundheitsversorgung und Pflege vor Ort

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Gute Gesundheitsversorgung und Pflege vor Ort
- 2 Es ist Ziel grüner Gesundheitspolitik, dass Krankheiten gar nicht erst auftreten und
- 3 Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich verhindert wird. Deswegen setzen wir neben einer
- 4 guten medizinischen Versorgung auf ein starkes Angebot an Prävention und
- 5 Gesundheitsförderung. Dafür werden wir insbesondere den Öffentlichen Gesundheitsdienst
- 6 besser ausstatten und für Mitarbeiter*innen attraktiver machen, damit vorhandene Stellen
- 7 überhaupt mit Personal besetzt werden können. In den Bezirken brauchen wir ausreichend
- 8 vernetzte und auf die Bedürfnisse älterer und armutsbedrohter Menschen ausgerichtete
- 9 Unterstützungs- und Beratungsangebote, insbesondere Pflegestützpunkte und
- 10 Mobilitätshilfedienste. Die bezirkliche Altenhilfe muss besser ausgestattet werden und eng
- 11 mit der Behindertenhilfe und dem Gesundheitswesen zusammenarbeiten. Um den Pflegeberuf
- 12 attraktiver zu machen, ist eine durchlässige Ausbildung von der Hilfskraft bis zum
- 13 akademischen Grad wichtig. Wir setzen uns für eine bessere Bezahlung, bessere
- 14 Arbeitsbedingungen und eine bessere Qualitätssicherung in der Pflege ein. Eine Pflegekammer
- 15 mit niedrigen Beiträgen kann die Situation der Pflege durch mehr Selbstverwaltung
- 16 verbessern. Wir wollen zudem der Tatsache Rechnung tragen, dass der Anteil von älteren
- 17 Menschen mit Migrationshintergrund stetig wächst, insbesondere in Berlin. Um ihren
- 18 Bedürfnissen gerecht zu werden, schaffen wir mehr interkulturelle Angebote in der Pflege.

P41 Projekt 41: Grüne Oasen

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Grüne Oasen

2 Berlin ist eine grüne Stadt. Doch sie ist nicht überall gleich grün. Gerade in der
3 Innenstadt fehlen in vielen Kiezen Parks und Grünflächen. Dort, wo bisher Beton, Asphalt und
4 Brachflächen dominieren, wollen wir „grüne Oasen“ entstehen lassen. Dabei soll
5 gemeinschaftliche Gestaltung mehr Raum erhalten – von der begrüneten Baumscheibe über
6 experimentelle Freiräume und grün gestaltete Spielstraßen bis hin zu Kleingärten, die sich
7 in die Kieze öffnen. Zusammen mit den Grünflächenämtern entwickeln wir naturnahe
8 Pflegekonzepte und unterstützen Projekte für die Beteiligung der Bürger*innen an der
9 Entwicklung und Pflege „ihrer“ Grünflächen. Wir wollen urbanes Gärtnern in der gesamten
10 Stadt fördern und Berlin zusammen mit den Bezirken zur „Essbaren Stadt“ machen. Dies
11 schließt bessere Bedingungen für die Bienenhaltung – etwa durch Wildblumenwiesen und mehr
12 Aufstellplätze für Bienenvölker – ebenso ein wie die Unterstützung von Kita- und
13 Schulgärten. Grünzüge, die die Stadt gliedern, den Weg zu Seen, Wäldern und
14 Naherholungsgebieten weisen und frische Luft durch die Stadt leiten, wollen wir schützen und
15 weiterentwickeln. Berlin braucht grüne Freiräume, wenn die Lebensqualität erhalten bleiben
16 soll. Dazu gehört auch ein verlässlicher Umgang mit Kleingärten, ihre planungsrechtliche
17 Sicherung sowie der Ankauf der Flächen, die für zusätzliche Grünflächen erforderlich sind.

P42 Projekt 42: 1.000 Grüne Dächer und 10.000 neue Straßenbäume für Berlin

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 1.000 Grüne Dächer und 10.000 neue Straßenbäume für Berlin
- 2 Der rot-schwarze Senat gibt dem Wachstum unserer Stadt keine Richtung vor - wir wollen, dass
- 3 unsere Stadt grün wächst. Deshalb starten wir ein Förderprogramm für 1.000 grüne Dächer für
- 4 Berlin. Die Dachbegrünung wird das Stadtklima verbessern, das Regenwassermanagement
- 5 optimieren und Erholungsräume für die Menschen in Berlin schaffen. Nach unserer Vorstellung
- 6 wird das Rote Rathaus ein grünes Dach bekommen, als Vorbild mit Strahlkraft für die ganze
- 7 Stadt. Die Begrünung wird auch in den Hinterhöfen Berlins weitergehen. Insbesondere die
- 8 Pflanzung von Straßenbäumen wird konsequent angegangen. Zukünftig werden deutlich mehr Bäume
- 9 gepflanzt als gefällt; bisher sieht das leider noch anders aus. Unser Ziel sind 10.000
- 10 zusätzliche Straßenbäume bis Ende 2021. Jeder Baum bekommt eine Mailadresse zugewiesen, um
- 11 Schäden an die zuständigen Ämter zu melden oder Patenschaften zur Pflege zu übernehmen.
- 12 Flächen für das Urban Gardening werden wir gemeinsam mit den Bezirken ausweisen und fördern,
- 13 auch als Zwischennutzung. Schulen und Kitas werden eingeladen sich daran zu beteiligen, um
- 14 die Bildung für nachhaltige Entwicklung zu fördern.

P43 Projekt 43: Berliner Luft: Endlich mal tief durchatmen können

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Berliner Luft: Endlich mal tief durchatmen können
- 2 Gesunde Berliner Luft um durchzuatmen – das können alle Berliner*innen von ihrer Stadt
- 3 erwarten. Leider verschmutzt besonders der Verkehr unsere Luft. Mit dem Blauen Engel sorgen
- 4 wir dafür, dass der Fuhrpark des Landes Berlin zum Vorbild für niedrige Emissionen wird. Neu
- 5 angeschafft werden nur Fahrzeuge mit geringen Emissionen und höchsten Abgasstandards. So
- 6 lange die Abgaswerte so schlecht sind, kommen Dieselfahrzeuge für uns nicht in Frage. Die
- 7 Berliner Taxiunternehmen unterstützen wir bis Ende 2020 dabei, 1.000 zusätzliche Umwelttaxis
- 8 auf die Berliner Straßen zu bringen. Den zunehmenden Reisebusverkehr regulieren wir mit
- 9 umweltfreundlichen Auflagen und orientieren uns dabei an anderen Großstädten wie zum
- 10 Beispiel London. Für bessere Luft an der Spree sorgen Rußpartikelfilter für Schiffe. Das
- 11 Förderprogramm für deren Einbau darf nicht auslaufen, deshalb setzen wir es fort. Hundert
- 12 Smiley-Anzeigen werden vor Kitas, Schulen und Seniorenheimen das Tempo der vorbeifahrenden
- 13 Autos anzeigen, damit dort die reduzierten Geschwindigkeiten eingehalten werden. Auch auf
- 14 dem Bau packen wir an: Baumaschinen der öffentlichen Hand schaffen wir ausschließlich mit
- 15 Filtertechnologien für weniger Schmutz an, die vorhandenen rüsten wir um. Auf Baustellen der
- 16 öffentlichen Hand und bei Bauprojekten in Wohngebieten setzen wir nur noch emissionsarme
- 17 Baumaschinen ein.

P44 Projekt 44: Lärm von Flugzeugen und Autos: Mehr Ruhe für Berliner*innen

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Lärm von Flugzeugen und Autos: Mehr Ruhe für Berliner*innen
- 2 Lärm macht krank und beeinträchtigt unsere Lebensqualität. Wenn der BER öffnet, sind in
- 3 Tegel zwar hunderttausende Berliner*innen vom Fluglärm befreit, gleichzeitig werden aber im
- 4 Berliner Süden viele Menschen neu oder stärker von Lärm betroffen sein. Wir sorgen für ihre
- 5 Entlastung indem wir das Schallschutzprogramm, aber auch das Nachtflugverbot zwischen 22.00
- 6 und 6.00 Uhr ohne Einschränkungen durchsetzen. Den Bau einer dritten Startbahn lehnen wir
- 7 ab. Wir setzen uns besonders für alle denkbaren Lärm mindernden An- und Abflugverfahren
- 8 sowie für Lärmpausen durch die Nutzung von je einer Start- und Landebahn in zeitlichen
- 9 Intervallen ein, obwohl der Einfluss Berlins auf Flugrouten gering ist. Die Entgeltordnung
- 10 des Flughafens soll an die Lautstärke der Flugzeuge angepasst werden, um jene mit weniger
- 11 Lärm zu bevorzugen. Viel Lärm und Abgase gibt es zudem insbesondere an den Hauptstraßen
- 12 unserer Stadt. Werden die Fahrbahnbeläge instandgesetzt oder ausgetauscht, der Straßenraum
- 13 umgestaltet, oder der Verkehrsfluss verbessert, wirkt sich das auf auch die Gesundheit der
- 14 Anwohner*innen aus. Lärm verbannen wir auch aus der Stadt, wenn Güter auf der Schiene
- 15 transportiert werden. Das ist zugleich umweltfreundlicher, klimaschonender, flächensparender
- 16 und sicherer als der Transport auf der Straße. Mit lärmabhängigen Trassenpreisen,
- 17 Schienenwegdämpfern beim Neubau, der Überprüfung der Verkehrswege für den Güterverkehr sowie
- 18 einem Lärm-Monitoring in den Wohnvierteln reduzieren wir den Lärm in der Stadt – das ist gut
- 19 für alle.

P45 Projekt 45: Flussbaden in Berlin: Für eine saubere Spree

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Flussbaden in Berlin: Für eine saubere Spree

2 Durch Berlin fließt immer noch die Spree, das hat schon Marlene Dietrich gesungen. Die Spree
3 fließt durch sechs Bezirke und verbindet West und Ost. Berlin hat viel Wasser: Seen zum
4 Baden und Erholen, Flüsse wie die Panke oder die Wuhle zum Spaziergehen. Wir schützen die
5 Berliner Gewässer als Natur- und Erholungsraum. Dabei hilft unsere grüne Wasserstrategie.
6 Mit dezentralem Regenwassermanagement fließt bei Starkregen nicht länger ungeklärtes
7 Abwasser mit Hundekot und Reifenabrieb in die Spree. Dann können bei Sonnenschein, vor der
8 Kulisse der Museumsinsel, Menschen in einen sauberen Fluss springen. Diese Vision wird mit
9 dem Flussbad an der Museumsinsel real. Dort und an vielen anderen Stellen, wie zum Beispiel
10 der Rummelsburger Bucht, wird man zukünftig baden können. Die Versäumnisse beim Verbessern
11 der Wasserqualität und der Einhaltung der Wasserrahmenrichtlinie werden wir angehen. Mit
12 einer Umweltlotterie für die Berliner Gewässer unterstützen wir gute Ideen finanziell. Auch
13 die sichere Trinkwasserversorgung packen wir an: Das Sulfat aus Brandenburgs
14 Braunkohletagebauen ist eine Gefahr, die wachsenden Medikamentenrückstände aus den
15 Klärwerkabwässern auch. Das Ende des Braunkohleabbaus und bessere Aufklärung wie Alt-
16 Medikamenten entsorgt werden können, stellt sauberes Trinkwasser sicher. Das gilt so auch
17 für nötige ökologische Investitionen der Berliner Wasserbetriebe, zum Beispiel in eine
18 vierte Reinigungsstufe in den Klärwerken.

P46 Projekt 46: Artenreichtum in der Stadt: Berlins biologische Vielfalt erhalten

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Artenreichtum in der Stadt: Berlins biologische Vielfalt erhalten
- 2 Biologische Vielfalt ist von zentraler Bedeutung für unsere Natur, sie ist unser aller
- 3 Lebensgrundlage. Berlin ist die artenreichste Großstadt Europas und hat die Chance, eine
- 4 europäische Vorzeigemetropole in Sachen Biodiversität zu werden. Wir wollen diese Vielfalt
- 5 erhalten und für die Menschen zugänglich und erfahrbar machen. Das ist kein Selbstläufer,
- 6 denn 44 Prozent aller Tier- und Pflanzenarten sind in Berlin gefährdet. Deshalb werden wir
- 7 die „Strategie Biologische Vielfalt“, die seit 2012 beschlossen ist, endlich umsetzen und
- 8 durch einen konkreten Zeit- und Maßnahmenplan ergänzen. Die Förderung von Biodiversität
- 9 erhält mit uns stärkeres Gewicht im Naturschutzgesetz sowie in der Stadt- und
- 10 Verkehrsplanung. Wir sorgen für eine bessere Pflege für die mehr als 2.500 Parks und
- 11 Grünanlagen in der Stadt und naturnah gestaltete Berliner Gewässer und Uferbereiche. Das
- 12 Land Berlin verfügt außerhalb seiner Grenzen über rund 14.000 Hektar an Stadtgütern. Wir
- 13 setzen uns dafür ein, dass diese Flächen durchweg ökologisch bewirtschaftet werden. Immer
- 14 mehr Berliner*innen engagieren sich für die biologische Vielfalt in ihrer Stadt. Wir
- 15 unterstützen das durch zusätzliche Mittel und Beratungsangebote: etwa durch eine*n
- 16 Beauftragte*n für Urban Gardening oder die Ausweisung öffentlicher Flächen für Bienenvölker.
- 17 In der Umweltbildung setzen wir auf eine bessere Kooperation der Schulen mit
- 18 Umweltbildungszentren, Waldschulen und Naturpädagog*innen.

P47 Projekt 47: Weniger Abfall, mehr verwerten

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Weniger Abfall, mehr verwerten

2 In unserer Stadt werden pro Stunde 30.000 Plastiktüten verbraucht. Wir stellen die Weichen
3 dafür, dass weniger Abfall anfällt oder besser verwertet wird. Für den Kaffee oder Tee
4 unterwegs ist der mehrfach nutzbare „Berlinbecher“ eine Alternative zu den Einwegbechern und
5 überquellenden Mülltonnen. Teilnehmende Cafés und Geschäfte geben einen Preisnachlass. Statt
6 auf Einmal-Plastiktüten setzen wir auf Mehrwegbeutel, aus Jute oder hochwertigem
7 Recyclingplastik. Diese Mehrwegsysteme schaffen wir gemeinsam mit dem Einzelhandel, der
8 Gastronomie und der Berliner Stadtreinigung (BSR). Falls trotzdem Abfall anfällt, wie zum
9 Beispiel Elektroaltgeräte, werden diese erst getestet, um sie weiter zu nutzen oder zu
10 verkaufen, bevor sie verschrottet werden. Für eine echte Kreislaufwirtschaft, in der
11 sämtliche Haupt-, Zwischen- und Nebenprodukte als Rohstoffe wieder in den technischen oder
12 biologischen Kreislauf eingebracht werden. In der Biotonne wollen wir hingegen mehr Abfall
13 sehen. Diese soll flächendeckend kostenfrei angeboten werden. Statt mit dem Hausmüll
14 verbrannt, wird der Bioabfall in einer neuen Bioabfallbehandlungsanlage bearbeitet. Die
15 Glassammlung in der Tonne im Hinterhof erhalten wir, damit engagierte Mülltrennung nicht
16 noch mit langen Wegen bestraft wird.

P48 Projekt 48: Da geht viel mehr: Fahrradstadt Berlin

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Da geht viel mehr: Fahrradstadt Berlin
- 2 Wir wollen noch mehr Menschen für das Fahrrad begeistern. Dafür brauchen wir eine
- 3 Radverkehrsinfrastruktur, auf der alle Berliner*innen sicher unterwegs sein können – egal ob
- 4 sie zehn Jahre alt sind oder 80. Einige wollen möglichst schnell und ohne Umwege ans Ziel
- 5 gelangen. Andere wollen das Radfahren genießen und entspannt ans Ziel kommen, ohne sich Lärm
- 6 und Abgasen auszusetzen. An allen Hauptstraßen richten wir breite und komfortable
- 7 Radverkehrsanlagen ein. Diese sollten schon heute nach Möglichkeit zwei bis drei Meter breit
- 8 sein, um unterschiedlich schnellen Radfahrer*innen gerecht zu werden. Wir bauen ein Netz aus
- 9 Fahrradstraßen auf und verknüpfen es optimal mit der vorhandenen Fahrradinfrastruktur.
- 10 Radschnellwege von den Außenbezirken ins Zentrum ergänzen das Angebot. Wir gehen durch
- 11 Kontrollen und bauliche Mittel gegen zugeparkte Radfahrstreifen vor. Auf stark befahrenen
- 12 Straßen werden die Radstreifen vom Auto- und Fußverkehr getrennt. An gefährlichen Kreuzungen
- 13 schaffen farbige Markierungen, vorgezogene Haltelinien für Radfahrer*innen oder vorzeitiges
- 14 Grün an Fahrradampeln Sicherheit. Wir brauchen deutlich mehr sichere Fahrradabstellanlagen
- 15 in der Nähe von U- und S-Bahnhöfen, vor Geschäften, aber auch im öffentlichen Straßenland.
- 16 An den wichtigsten Knotenpunkten fehlen Fahrradparkhäuser. Um den Ausbau deutlich schneller
- 17 voranzutreiben und Kreuzungen sicherer zu gestalten, verdreifachen wir die Ausgaben für den
- 18 Radverkehr und verstärken das Personal in der Senatsverwaltung und den Bezirken.

P49 Projekt 49: Schneller mit dem Rad: Ein Fahrradstraßennetz für Berlin

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Schneller mit dem Rad: Ein Fahrradstraßennetz für Berlin
- 2 Fahrradstraßen werden in Berlin immer beliebter. Sie bieten Routen abseits des Autoverkehrs,
- 3 ohne Lärm und Gestank, mit genügend Platz, um auch zu zweit nebeneinander zu fahren oder
- 4 stressfrei zu überholen. Es entstehen in Berlin zwar immer mehr Fahrradstraßen, oft enden
- 5 diese jedoch unvermittelt an Bezirksgrenzen oder an Straßen ohne Infrastruktur für den
- 6 Radverkehr. Wir kombinieren ein Netz aus Fahrradstraßen mit komfortablen Fahrradrouten, auf
- 7 denen Radfahrer*innen Vorfahrt haben und sicherer und schneller durch die Stadt kommen. Es
- 8 verbindet die wichtigsten Kieze miteinander und bezieht die Knotenpunkte des Öffentlichen
- 9 Nahverkehrs mit ein. Um die Attraktivität der Fahrradstraßen zu erhöhen, sollten sie
- 10 möglichst als Vorfahrtsstraßen eingerichtet werden. Fahrradstraßen sind nicht nur gut für
- 11 Fahrradfahrer*innen. Von Fahrradstraßen profitieren auch die Anwohner*innen, weil der
- 12 Durchgangsverkehr aus den Wohngebieten herausgehalten wird. Fahrradstraßen können aber nur
- 13 dann erfolgreich sein, wenn sie von der Bevölkerung angenommen und akzeptiert werden. Wir
- 14 beteiligen die Anwohner*innen von Anfang an, um Missverständnisse zu vermeiden und ihre
- 15 Wünsche aufzunehmen. Insbesondere zwei Pilot-Routen, von Nord nach Süd und von Ost nach
- 16 West, wollen wir realisieren. Die erste führt von Pankow über Prenzlauer Berg und Mitte nach
- 17 Kreuzberg und Schöneberg, die zweite von Charlottenburg über Schöneberg und Kreuzberg nach
- 18 Neukölln. Beide Routen werden in weiten Teilen schon jetzt von Fahrradfahrer*innen stark
- 19 genutzt.

P50 Projekt 50: Schneller zu Fuß: Verkehr für Fußgänger*innen planen

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Schneller zu Fuß: Verkehr für Fußgänger*innen planen
- 2 Die Statistik ist eindeutig: Die meisten Wege werden in Berlin zu Fuß zurückgelegt. Das
- 3 werden wir in der Verkehrsplanung stärker berücksichtigen. Zu Fuß gehen soll attraktiver und
- 4 sicherer werden – und schneller zum Ziel führen. Bisher sind Kinder zwischen neun und 14
- 5 Jahren, die zu Fuß gehen oder Rad fahren, besonders gefährdet. Künftig wird beim Planen oder
- 6 Umgestalten von Straßen immer die Perspektive der Kinder einbezogen. Barrieren, die
- 7 Fußgänger zu Umwegen zwingen, führen zu gefährlichen Situationen. Wir bauen sie ab –
- 8 beispielsweise mit Gehwegvorstreckungen, Mittelinseln und Zebrastreifen. Die Eckbereiche von
- 9 Kreuzungen bleiben frei. Die Ordnungsämter und die Polizei werden personell besser
- 10 ausgestattet, damit sie Falsch- und Eckenparken konsequent ahnden können. Es ist ärgerlich
- 11 und gefährlich, wenn die Querung auch breiter Straßen zu Fuß nicht in einem Zug möglich ist
- 12 oder die Wartezeiten lang sind. Wir schaffen deshalb fußgängerfreundliche Ampelschaltungen
- 13 mit kurzen Umlauf- und Wartezeiten sowie längeren Grünphasen. Regelmäßige
- 14 Geschwindigkeitskontrollen vor Schulen und Kindergärten müssen nicht nur zu
- 15 Schuljahresbeginn stattfinden. Verkehrsberuhigende Maßnahmen gerade in diesem Umfeld erhöhen
- 16 statistisch nachweisbar die Sicherheit gerade der kleinsten Verkehrsteilnehmer*innen. Ihre
- 17 Verkehrserziehung wird gestärkt, schulisches Mobilitätsmanagement als fester Bestandteil im
- 18 Schulprogramm verankert.

P51 Projekt 51: Die Bärenkarte: Bezahlbare Tickets für die Öffentlichen

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Die Bärenkarte: Bezahlbare Tickets für die Öffentlichen
- 2 Alle Berliner*innen wollen und müssen mobil sein. Aber die stetig steigenden Ticketpreise
- 3 schließen immer mehr Menschen aus oder lassen das Auto attraktiver erscheinen. Wir wollen
- 4 mehr Menschen für Bus und Bahn begeistern, indem wir die Fahrpreise senken. Insbesondere
- 5 Berliner*innen mit geringem Einkommen sind auf den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)
- 6 angewiesen, da sie selten über ein Auto verfügen. Der ist aber gerade für Bezieher*innen von
- 7 Transferleistungen kaum erschwinglich. Das Berliner Sozialticket kostet 36 Euro im Monat, im
- 8 ALG-II Regelsatz sind jedoch nur 25 Euro dafür vorgesehen. Wir wollen das Ticket auf diesen
- 9 Beitrag senken. Mittelfristig arbeiten wir an einem Bürger*innenticket für alle. Mit unserer
- 10 "Bärenkarte" erhalten alle Berliner*innen ab 18 Jahren ein Monatsticket für den gesamten
- 11 öffentlichen Verkehr. Sie soll außerhalb der Hauptverkehrszeiten sehr preisgünstige
- 12 Mobilität ermöglichen. Die Bärenkarte kostet ungefähr 15 Euro und erlaubt die Nutzung aller
- 13 Verkehrsmittel, außer zwischen 7.00 und 10.00 Uhr morgens. Im Berufsverkehr sind Busse und
- 14 Bahnen überfüllt. Deshalb zahlen diejenigen, die zu dieser Zeit öffentliche Verkehrsmittel
- 15 nutzen wollen extra, aber nur noch die Hälfte der heutigen Fahrpreise. Damit wird der ÖPNV
- 16 für alle günstiger. Pflegebedürftige, Schwerbehinderte und Empfänger*innen von
- 17 Transferleistungen werden auf Antrag vom Beitrag befreit. Fahrräder können außerhalb der
- 18 Stoßzeiten kostenfrei mitgenommen werden.

P52 Projekt 52: Straßenbahnen: Schnelle Wege für ganz Berlin

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Straßenbahnen: Schnelle Wege für ganz Berlin

2 Die Straßenbahn ist ein attraktives und modernes Verkehrsmittel, das von immer mehr
3 Berliner*innen angenommen wird. Sie ist leistungsstark und umweltfreundlich. Der Neubau von
4 Tram-Strecken ist mit verhältnismäßig geringen Kosten und überschaubaren Bauzeiten
5 verbunden. Wir planen jährlich durchschnittlich weitere zehn Kilometer Straßenbahnnetz. Wir
6 beziehen das ehemalige Westberlin in das Streckennetz ein, damit künftig alle Berliner*innen
7 die Möglichkeit haben, dieses Verkehrsmittel zu nutzen. Wir drängen auf neue,
8 leistungsfähige Linien, wie die Verlängerung der M4 über den Potsdamer Platz hinaus, oder
9 die Verlängerung der M10 bis zum Hermannplatz. Neue Stadtgebiete wie das Kurt-Schumacher-
10 Quartier in Tegel wollen wir über die Tram anbinden. Außerdem sollen Lückenschlüsse wie die
11 Strecke von Mahlsdorf zur Riesaer Straße die Straßenbahnstrecken noch attraktiver machen.
12 Auch die Außengebiete sollen durch eine bessere Anbindung profitieren, etwa durch die
13 Verlängerung der Tram von Johannisthal bis zum Zwickauer Damm. Darüber hinaus beschleunigen
14 wir konsequent den Straßenbahn- wie den Busverkehr und nutzen die freiwerdenden
15 Fahrzeugumläufe für Taktverdichtungen. Alle Beispiele zeigen, dass mit jeder Taktverdichtung
16 das Fahrgästeaufkommen steigt. Dieser Schritt ist also für die Qualität des Angebots ein
17 Muss und zugleich ein Gebot der Wirtschaftlichkeit.

P53 Projekt 53: Außenbezirke und Speckgürtel: besser mit den Öffentlichen anbinden

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Außenbezirke und Speckgürtel: besser mit den Öffentlichen anbinden
- 2 Wir stärken die umweltfreundliche Mobilität in den Außenbezirken, denn auch am Stadtrand
- 3 muss ein Leben ohne eigenes Auto möglich sein. Wir entwickeln hierfür attraktive
- 4 Mobilitätsalternativen. Erreichen können wir dies, indem wir verschiedene Verkehrsmittel
- 5 besser kombinierbar machen. Dazu schaffen wir Park&Ride-Parkplätze und Fahrradparkhäuser,
- 6 ein flächendeckendes Leihfahrradsystem sowie ein verlässliches Car-Sharing-Angebot, das bis
- 7 in die Außenbezirke reicht. Wir verbessern den öffentlichen Verkehr vom Zentrum bis an den
- 8 Stadtrand und darüber hinaus. Wir wollen dafür die Nahverkehrstangente von Oranienburg oder
- 9 vom Karower Kreuz über Springpfuhl zum Grünauer Kreuz mit weiterer Anbindung zum Flughafen
- 10 BER realisieren. Auch die Wissenschaftsstandorte Buch und Adlershof können so wesentlich
- 11 besser angebunden werden. Eine besondere Bedeutung hat diese Strecke für die Anbindung des
- 12 Flughafen BER in Schönefeld mit den Berliner Ostbezirken, aber auch für den Berliner Norden
- 13 und das angrenzende Brandenburger Umland. Der Wiederaufbau stillgelegter Bahnstrecken wie
- 14 die Heidekrautbahn oder die Kremmener Bahn soll den Pendler*innen aus dem Speckgürtel, aber
- 15 auch den Anwohner*innen in den Außenbezirken schnellere Bahnverbindungen in die Innenstadt
- 16 bieten.

P54 Projekt 54: Berlin unter freiem Himmel: Stadträume zurückgewinnen

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Berlin unter freiem Himmel: Stadträume zurückgewinnen

2 Unterwegs mit dem Rad, zu Fuß oder vor dem Café sitzen – in Berlin boomt das Leben unter
3 freiem Himmel. Gerade im Sommer aber fehlen öffentliche Räume im Freien – ohne Lärm und
4 Abgase. Daher wollen wir Straßen außerhalb der Hauptverkehrszeiten in den sommerlichen
5 Abendstunden (etwa zwischen 18.00 und 22.00 Uhr) temporär zum Flanieren, Treffen, Essen und
6 Trinken öffnen, so wie es auch in vielen südeuropäischen Ländern üblich ist. Kiezfeste und
7 temporäre Spielstraßen sollen rechtlich erleichtert werden. Im vergangenen Jahrhundert lag
8 in Berlin der Fokus auf dem Auto. Andere Verkehrsteilnehmer*innen werden dadurch bis heute
9 benachteiligt. Das wollen wir durch temporäre beziehungsweise dauerhafte Verkehrsberuhigung
10 ändern. Die historische Mitte kann so wieder zu einem beliebten Zentrum und die Straße Unter
11 den Linden am Wochenende zur Flaniermeile werden, die nur für Fußgänger*innen, Rad- und
12 Busverkehr geöffnet ist. Fußgänger*innen und Radfahrer*innen könnten die Plätze unserer
13 Stadt, zum Beispiel den Breitenbachplatz oder den Bundesplatz wieder stärker nutzen so wie
14 früher. Aus den Sünden der Vergangenheit haben rot-rote und rot-schwarze Landesregierungen
15 nichts gelernt. Sie haben eine Verlängerung der Stadtautobahn A100 zunächst von Neukölln
16 nach Treptow und danach quer durch Friedrichshain bis zur Storkower Straße geplant. Die
17 Folgen für zehntausende Berliner*innen in den anliegenden Kiezen: Mehr Verkehr, Lärm und
18 Luftverschmutzung zu Lasten von Gesundheit, Wohn- und Lebensqualität. Verkehrsprobleme
19 würden durch die massiven Eingriffe in das Stadtbild nicht gelöst. Diesen
20 verkehrspolitischen Unsinn gilt es zu verhindern!

P55 Projekt 55: Für die Patient*innen: Grünes Krankenhaus

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Für die Patient*innen: Grünes Krankenhaus

2 Der enorme Investitionsstau in den Berliner Kliniken führt immer wieder dazu, dass ganze
3 Krankenhausflure gesperrt sind. Das Gießkannenprinzip, mit dem der Senat die Mittel
4 verteilt, zwingt die Krankenhäuser zu einer medizinischen Versorgung, die immer stärker an
5 wirtschaftlichen Kriterien ausgerichtet ist. Von unserem Leitbild für ein Grünes Krankenhaus
6 ist das weit entfernt, denn das rückt bei allen Entscheidungen den Menschen in den
7 Mittelpunkt und schont Ressourcen auf allen Ebenen. Für die Versorgung der Patient*innen
8 arbeiten die verschiedenen Berufsgruppen im Krankenhaus auf Augenhöhe eng zusammen. Sie
9 bilden Netzwerke mit den niedergelassenen Arztpraxen und Pflegediensten in der Umgebung, um
10 den Aufenthalt in der Klinik durch gute Vor- und Nachsorge so kurz wie möglich zu halten.
11 Beim Personalmanagement stehen die Bedürfnisse der Mitarbeiter*innen an erster Stelle. Sie
12 werden durch Fort- und Weiterbildungen, ein aktives Gesundheitsmanagement und flexible
13 Arbeitszeitmodelle bei ihrer Work-Life-Balance unterstützt. Im Grünen Krankenhaus wird auf
14 Nachhaltigkeit seiner Prozesse geachtet: Vom Energieverbrauch über den Einkauf der
15 Lebensmittel bis hin zum Abfall- und Recyclingsystem. Diese Leitideen wollen wir
16 realisieren, indem wir einen Teil der Gelder bevorzugt für Investitionen bereitstellen, die
17 solchen Qualitätskriterien entsprechen. Die beiden großen landeseigenen Krankenhausträger
18 Charité und Vivantes wollen wir durch abgestimmte Unternehmensstrategien und intensivere
19 Kooperationen besser vernetzen.

P56 Projekt 56: Nichtraucher*innen: besser schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Nichtraucher*innen: besser schützen

2 Wir Grüne treten seit jeher für einen konsequenten Nichtraucher*innenschutz ein. Bei dem
3 Thema verbinden sich unsere Ziele eines guten Gesundheits-, Verbraucher*innen- und
4 Umweltschutzes. Wir verbieten niemandem das Rauchen. Wichtig ist uns, insbesondere Kinder
5 und Jugendliche, aber auch Gäste und Arbeitnehmer*innen der Gastronomie sowie Besucher*innen
6 öffentlicher Einrichtungen effektiv vor den Gesundheitsrisiken durch Passivrauchen zu
7 schützen. Das Nichtraucherschutzgesetz von Berlin gewährleistet das in seiner bisherigen
8 Form nicht. Schon bei der Verabschiedung 2009 haben wir die zahlreichen Schlupflöcher und
9 Ausnahmen kritisiert, die das Gesetz zulässt. Wir fordern deswegen Nachbesserungen. Auf
10 Kinderspielplätzen haben Glimmstängel nichts verloren, das haben schon andere Bundesländer
11 so festgelegt. Ebenso sollten Kliniken und Haltestellen rauchfreie Zonen sein. Die Ausnahmen
12 in der Gastronomie haben sich nicht bewährt, deswegen fordern wir wie im
13 Nichtraucherschutzgesetz von NRW auch in diesem Bereich lückenlosen Schutz vor
14 Passivrauchen. Durch gezielte Prävention wollen wir weiter dafür sorgen, dass Kinder und
15 Jugendliche über die Risiken des Rauchens gut aufgeklärt sind und möglichst gar nicht erst
16 damit anfangen – oder aber zumindest leicht Hilfe und Unterstützung finden, wenn sie damit
17 aufhören wollen.

P57 Projekt 57: Traumatisierte Geflüchtete: Die richtigen Hilfen anbieten

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Traumatisierte Geflüchtete: Die richtigen Hilfen anbieten

2 Viele der Geflüchteten, die hier ankommen, sind traumatisiert durch das, was sie hinter sich
3 haben. Therapeutische Hilfe wird durch die neu eingeführte Gesundheitskarte aber nicht
4 abgedeckt. Wir wollen dafür sorgen, dass Geflüchteten schon bei den medizinischen
5 Erstuntersuchungen angeboten wird, therapeutische Hilfe in Anspruch zu nehmen. In
6 Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften kann eine psychologische (Erst-)Betreuung
7 zunächst auch über mobile Teams von Psycholog*innen, psychiatrisch ausgebildeten Ärzt*innen
8 oder Sozialarbeiter*innen erfolgen. Sie weisen bei Bedarf auf weiterführende Hilfsangebote
9 hin und unterstützen beim Beantragen ambulanter Therapien. Dafür werden die psychosozialen
10 Zentren finanziell und personell besser aufgestellt. Menschen, die aufgrund ihrer
11 traumatischen Erfahrungen besonders schutzbedürftig sind, müssen in geeigneten Unterkünften
12 untergebracht werden. Wir wollen aber nicht nur den Zugang zur Gesundheitsversorgung für
13 Geflüchtete verbessern. Es gibt in Berlin zahlreiche Menschen, die keine gesetzliche
14 Krankenversicherung und damit keine reguläre Gesundheitsversorgung haben: Obdachlose,
15 Selbstständige oder Künstler*innen mit geringem Einkommen, EU-Migrant*innen und Menschen
16 ohne legalen Aufenthaltsstatus. Wir schlagen einen staatlich finanzierten Notfallfonds für
17 die Versorgung nichtversicherter Menschen im akuten Krankheitsfall vor. Aus diesem Fonds
18 wird ein anonymisierter Krankenschein vor allem für Menschen ohne Aufenthaltsstatus
19 finanziert.

P58 Projekt 58: Saubere Stadt: Giftfrei leben

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Saubere Stadt: Giftfrei leben

2 Gifte sind keine Entdeckung des Industriezeitalters. Neu aber sind die Vielfalt und Mengen,
3 in denen giftige Stoffe freigesetzt werden. Sie sind eine Ursache für den dramatischen
4 Verlust an Tier- und Pflanzenarten, aber sie vergiften auch uns Menschen und können zu
5 schweren Krankheiten, oft mit Todesfolge, führen. Berlin darf hier nicht länger untätig
6 bleiben. Unsere Vision ist, das Leben in Berlin giftfrei oder doch zumindest giftärmer zu
7 gestalten. Dazu bereiten wir einen Aktionsplan vor, der die bekannten gesundheitlichen
8 Folgen von Umweltgiften aller Art benennt und konkrete Gegenmaßnahmen ergreift. Wir wollen
9 den krebserregenden Dieselruß und Feinstaub im Berliner Verkehr reduzieren. Wir starten eine
10 Kampagne gegen den Einsatz von Pestiziden – für eine pestizidfreie Landwirtschaft und mehr
11 Biokost in allen Schulen, Kitas und öffentlichen Kantinen. Wir ergreifen Maßnahmen zur
12 Beseitigung von Medikamentenrückständen, Mikroplastik und giftigen Chemikalien im Berliner
13 Abwasser. Und wir setzen uns für die zügige Beseitigung von Asbest in sämtlichen Gebäuden
14 und Wohnungen der Stadt ein, insbesondere von Schadstoffen in Kitas und Schulen. Berlin
15 braucht eine Informationsstelle zu den Risiken von Umweltgiften aller Art, ob in
16 Holzschutzmitteln oder Kinderspielzeug. Zusätzlich werden wir die unabhängige toxikologische
17 Forschung an den Berliner Universitäten ausbauen.

P59 Projekt 59: Urbane Lebensmittelproduktion: Eine andere Welt ist pflanzbar!

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Urbane Lebensmittelproduktion: Eine andere Welt ist pflanzbar!
- 2 In Berlin ist eine neue Bewegung für gesunde, regionale und nachhaltige Ernährung
- 3 entstanden. Nachfrage und Angebot wachsen. Wir fördern diese Bewegung: Unser Ziel ist eine
- 4 bäuerliche Landwirtschaft ohne Massentierhaltung, und die gibt es nur, wenn immer mehr
- 5 Menschen anders kochen und essen. Und wenn es uns gelingt, mehr Lebensmittel regional zu
- 6 produzieren und weiterzuverarbeiten. Als Bio-Hauptstadt kann Berlin vorangehen. Der Erfolg
- 7 des „Stadt-Land-Food“-Festival zeigt, dass vielen Berliner*innen gesunde und nachhaltige
- 8 Ernährung wichtig ist. Immer mehr junge Unternehmen entdecken das Handwerk der
- 9 Lebensmittelproduktion wieder. Wir fördern solche Unternehmen, denn so entstehen
- 10 Arbeitsplätze, das Geld bleibt in der Region, die nachhaltige Lebensmittelproduktion wird
- 11 zum Berliner Standortfaktor, und gleichzeitig tun wir viel für den Klimaschutz. Für
- 12 Unternehmensgründungen und Arbeitsplätze im Lebensmittelhandwerk halten wir geeignete
- 13 Liegenschaften vor. Innovative Unternehmungen fördern wir durch konzeptgebundene Vergaben.
- 14 Öffentliche Flächen in Berlin und in Stadtnähe stellen wir für Urban Gardening zur
- 15 Verfügung. In Parks und Grünflächen sollen Obst und Gemüse gepflanzt werden, die kostenlos
- 16 gepflückt werden dürfen. Wir wollen, dass Berlin „Essbare Stadt“ wird und sich dem neuen
- 17 Bündnis der Bio-Städte anschließt. Lokale Lebensmittelproduzent*innen wollen wir mit Kitas,
- 18 Schulen, Kantinen und Restaurants zusammen bringen. Mit dem „Berliner Ernährungsrat“
- 19 entwickeln wir ein zukunftsfähiges Ernährungssystem für die Region.

P60 Projekt 60: Bewusst konsumieren: Berlin wird Fairtrade-Town

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Bewusst konsumieren: Berlin wird Fairtrade-Town
- 2 Viele deutsche Großstädte und Berliner Bezirke sind schon als Fairtrade-Towns anerkannt –
- 3 wir wollen, dass Berlin als Ganzes nachzieht und zur Hauptstadt des fairen Handels wird. Das
- 4 Label als faire Stadt kann Berlin auch im Standortwettbewerb nutzen, wenn wir auch in puncto
- 5 gute Arbeit, Nachhaltigkeit und ökologische Produkte höhere Standards setzen. Um das zu
- 6 schaffen, reformieren wir das Vergabegesetz, führen insbesondere die alte Wertgrenze wieder
- 7 ein und stärken die Nachweis- und Kontrollpflicht. Mit uns wird der Vergabebericht
- 8 aussagekräftiger. Wir sehen eine Anhörung der Verbände und mehr Befugnisse für die
- 9 bestehende Kontrollkommission vor. Die öffentliche Beschaffungs- und Vergabepraxis werten
- 10 wir hinsichtlich ihrer ökologischen und sozialen Kriterien regelmäßig aus. Grüne
- 11 Verbraucher*innenpolitik geht weiter: Wir schaffen Rahmenbedingungen für einen Konsum, der
- 12 nicht auf Kosten von zukünftigen Generationen oder von Menschen in anderen Erdteilen geht
- 13 und der Raum für Natur lässt. Wir unterstützen Nachhaltigkeitsprojekte wie Tauschbörsen,
- 14 Umsonstläden und Orte, an denen überschüssige Lebensmittel abgeben können. Wie sich unser
- 15 Konsum global auswirkt und was Verbraucher*innen beachten sollten, verankern wir in die
- 16 Bildung unserer Kinder. Für entsprechende Angebote in Schulen unterstützen wir die
- 17 Verbraucher*innenzentralen.

P61 Projekt 61: Berlin forscht alternativ: Ohne Tierversuche

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Berlin forscht alternativ: Ohne Tierversuche

2 Tierversuche findet niemand gut, aber vielen erscheinen sie als notwendiges Übel. Das muss
3 nicht sein, wenn wir für Ersatzmethoden sorgen, zumal die meist bessere und mehr belastbare
4 Forschungsergebnisse bringen. Mit uns steigt Berlin schnellstmöglich aus Tierversuchen aus
5 und wird zum Zentrum von Alternativ- und Ersatzmethoden. Diese fördern wir und sorgen dafür,
6 dass sie in Lehre, Ausbildung und Forschung zum Schwerpunkt werden. Wir unterstützen
7 Ersatzmethoden in allen Bereichen der Wissenschaft und beginnen damit schon im Studium.
8 Dafür soll an einer Berliner Universität eine Professur eingerichtet werden, deren
9 Kernaufgabe die Erforschung, Überprüfung und Etablierung von Ersatzmethoden sowie die Lehre
10 hierzu ist. In einem Fonds, angesiedelt bei der zuständigen Senatsverwaltung, werden
11 konkrete Forschungsprojekte zu Ersatzmethoden gefördert. Wir wollen, dass diese Drittmittel
12 allen Wissenschaftler*innen und auch für Promotionsprojekte zugänglich sind. Der Fonds wird,
13 wenn möglich, auch aus einer Tierversuchsabgabe gespeist.

P62 Projekt 62: Stadtquartiere: Das zu Hause der Zukunft

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Stadtquartiere: Das zu Hause der Zukunft
- 2 Neuen, bezahlbaren Wohnraum mit Lebensqualität: Das brauchen wir in Berlin. Ein solches
- 3 Quartier der Zukunft entsteht auf dem Flughafengelände in Tegel. Künftiges Wohnen
- 4 veranschaulichen wir in diesem Modellquartier. Die grünen, im Industrie- und Gewerbepark
- 5 Tegel entwickelten und produzierten Technologien werden hier angewendet. So entstehen
- 6 energetisch und ökologisch vorbildliche Gebäude in einem autoarmen Wohngebiet mit einer
- 7 innovativen Verkehrsplanung. Damit stellen wir uns den Herausforderungen des Klimawandels.
- 8 Wir wollen die neuen Stadtquartiere gemeinsam mit den Berliner*innen bauen, denn Neubau wird
- 9 nur dann akzeptiert, wenn er Vorteile für die bisherigen Anwohner*innen bietet. Dazu braucht
- 10 es eine größere Vielfalt: Kitas, Schulen, Kultureinrichtungen, Einkaufsmöglichkeiten,
- 11 Restaurants und Cafés, Arztpraxen, Senioren- und Nachbarschaftstreffs, Spiel- und
- 12 Sportplätze, Grünflächen und öffentliche Verkehrsmittel planen wir von Anfang an mit. So
- 13 erhalten wir sozial gemischte Nachbarschaften mit verschiedenen Eigentümer- und
- 14 Mietpreisvarianten. Mit geförderten Wohnungen sowie kostengünstigem und trotzdem
- 15 architektonisch anspruchsvollem Neubau bleibt Wohnen bezahlbar. Mit kompakten, neuartigen
- 16 Grundrissen und mit Unterstützung der künftigen Bewohner*innen erreichen wir das.

P63 Projekt 63: Stadtquartiere II: Ankommen im neuen zu Hause

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Stadtquartiere II: Ankommen im neuen zu Hause
- 2 Geflüchteten ein neues zu Hause zu schaffen ist ein wesentlicher Baustein für gelungene
- 3 Integration. Unser Ziel ist eine neue Willkommensarchitektur! Wir planen mit kleineren,
- 4 dezentralen Standorten, da dort besonders gute Voraussetzungen für Integration bestehen. Bei
- 5 allen Neubau- und Nachverdichtungsplanungen der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften
- 6 sehen wir Wohnungskontingente für Geflüchtete vor. Durch gutes Baulückenmanagement,
- 7 Aufstockungen landeseigener Gebäude oder umgenutzte Bürogebäude erschließen wir kleinteilige
- 8 Standorte. Die größeren entwickeln wir sozial gemischt. Wir geben dafür Teilflächen an
- 9 Genossenschaften, Baugruppen, das Studierendenwerk oder Wohnungsbaugesellschaften. So können
- 10 stufenweise funktionierende Wohnquartiere entstehen. Damit Integration gelingt, planen wir
- 11 die modularen Unterkünfte mit städtebaulichen Qualitäten: Wir umgeben sie mit Grünflächen,
- 12 sozialer Infrastruktur, Gewerbe und Anbindung an den Öffentlichen Nahverkehr. Wir nutzen die
- 13 Vorteile von Holzmodulbauten, entwickeln dafür Prototypen und bauen ein Beratungsangebot mit
- 14 den Berliner Forsten auf. Die Herausforderungen dabei, Geflüchteten ein neues zu Hause zu
- 15 schaffen, sind für uns Anlass, planerische Gewohnheiten zu hinterfragen und Innovationen,
- 16 wie Wohn-Sharing-Modelle, zu fördern. Wir denken bei der Planung der Unterkünfte an flexible
- 17 Strukturen ohne Raumhierarchien und mit zuschaltbaren Flächen, sowie kompakte Grundrisse. So
- 18 können wir sie in den nächsten Jahrzehnten als normalen Wohnraum nutzen und sparen Kosten.

P64 Projekt 64: Stadtplanung: neu denken und die Menschen beteiligen

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Stadtplanung: neu denken und die Menschen beteiligen
- 2 Zu spät erkannter Handlungsbedarf beim Neubau von Wohnungen und eine überzogene Sparpolitik
- 3 haben zur Aushöhlung demokratischer Planung und Beteiligung geführt. Schwindende Akzeptanz
- 4 für viele Bauvorhaben ist die Folge. Um dem entgegenzuwirken, wollen wir transparente
- 5 Planungs- und Abwägungsverfahren und die breite Beteiligung der Öffentlichkeit. Wir sagen:
- 6 Schluss mit unkontrollierter Befreiungspraxis bei Baugenehmigungen und der Vorfahrt für
- 7 Investor*inneninteressen! Wir stellen den Flächennutzungsplan neu auf. Dazu beziehen wir die
- 8 Berliner*innen ein und denken Grünflächen und die gewachsenen Ansprüche an die Bebauung
- 9 gleich mit. In den Bezirken wollen wir die Bereichsentwicklungsplanung wiederbeleben. Das
- 10 heißt, wir machen die Entwicklung von Bebauung, Infrastruktur und Grünflächen
- 11 nachvollziehbar, denken Alternativen mit und beteiligen die Öffentlichkeit. Berlin braucht
- 12 eine Wachstumsstrategie, die sich aus den Quartieren heraus entwickelt. Die Bezirke erhalten
- 13 für diese Planungsaufgaben mehr Personal und Mittel. Sie brauchen aber noch mehr: eine
- 14 transparente und nachhaltige Liegenschaftspolitik, die diesen Namen verdient. Wir
- 15 unterstützen daher den „Runden Tisch zur Neuausrichtung der Berliner Liegenschaftspolitik“
- 16 und die gezielte Entwicklung von Flächen durch das Land Berlin. Denn landeseigene
- 17 Grundstücke und Gebäude bieten die wirksamsten Steuerungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für
- 18 die sozial gerechte und nachhaltige Stadtentwicklung.

P65 Projekt 65: Das Grüne Klimastadtwerk: für die Energiewende in der Stadt

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Das Grüne Klimastadtwerk: für die Energiewende in der Stadt
- 2 Der Aufbau eines starken Klima-Stadtwerks für Berlin ist ein zentrales Ziel für eine grüne
- 3 Beteiligung am Senat. Wir wollen ein kraftvolles, zu 100 Prozent landeseigenes Stadtwerk,
- 4 das in erneuerbare Energien investiert und die Ressourcen des Landes und seiner Unternehmen
- 5 für die Energiewende nutzt: Es finanziert Solarpaneele auf Bahnhöfen, Bürgerämtern und
- 6 Schulen und sorgt dafür, dass Berlins Straßenlaub und Klärschlämme in Wärme und Strom
- 7 umgewandelt werden. Es bietet Dienstleistungen für Energieeffizienz an und verkauft
- 8 erneuerbaren Strom und Wärme – erst an öffentliche Eigentümer*innen und dann schrittweise
- 9 auch an Privatkund*innen. Das grüne Stadtwerk bietet den vielen kleinen, innovativen
- 10 Unternehmen Berlins ein Schaufenster und stößt mit ihnen Pilotprojekte an. Durch
- 11 Energiesparberatung soll es auch Energiearmut entgegenwirken. Die Beteiligungs- und
- 12 Mitsprachemöglichkeiten am Stadtwerk bauen wir aus. Dazu werden wir das Klimastadtwerk
- 13 gesetzlich auf unabhängige Füße stellen und schnell handlungsfähig machen. Wir wollen es
- 14 schrittweise mit 500 Millionen Euro Eigenkapital ausstatten (das ist 50mal mehr als das
- 15 Bonsai-Stadtwerk von SPD und CDU hat). So kann es schon in der nächsten Legislaturperiode
- 16 über eine Milliarde Euro investieren: In erneuerbare Energien, Energieeffizienz und
- 17 Einsparmaßnahmen. Das schafft regionale Wertschöpfung und macht Berlin langfristig
- 18 unabhängiger von Öl, Kohle und Erdgas.

P66 Projekt 66: Kohleausstieg für Berlin: Der Dreck muss weg

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Kohleausstieg für Berlin: Der Dreck muss weg
- 2 Berlin muss bis spätestens 2030 raus aus der Kohle. Die von uns Grünen angestoßene
- 3 Enquetekommission „Neue Energie für Berlin“ hat das sogar mit den Stimmen aller Parteien
- 4 empfohlen. Doch nichts passiert beim rot-schwarzen Senat. Wir Grünen sind die Partei, die
- 5 den Kohleausstieg in Berlin umsetzen wird. Wir wollen binnen zwei Jahren aus der Nutzung der
- 6 Braunkohle in Berlin aussteigen. Das letzte Berliner Braunkohlekraftwerk in Rummelsburg kann
- 7 auch mit Gas betrieben werden, bis ein neues Gaskraftwerk gebaut ist. Vattenfall wollen wir
- 8 auf die Zusage verpflichten, das Steinkohlekraftwerk Reuter C bis 2020 vom Netz zu nehmen.
- 9 Für die verbleibenden Kohlekraftwerke legen wir mit den Betreibern verbindliche
- 10 Ausstiegsfahrpläne bis spätestens 2030 fest. In einem Wärmegesetz sichern wir das ab, indem
- 11 wir CO₂-Grenzwerte für das Fernwärmenetz festlegen und so schrittweise die dreckige Kohle
- 12 aus dem Markt drängen. Denn diese verstopft den Berliner Markt für innovative saubere
- 13 Energielösungen und behindert die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt. Gemeinsam mit
- 14 den Brandenburger Grünen wollen wir neue Braunkohletagebaue verhindern. Dazu werden wir die
- 15 Möglichkeiten der gemeinsamen Landesplanung Berlin-Brandenburg nutzen. Tagebaue in der
- 16 Lausitz verockern schon heute die Spree und lassen Sulfatwerte in unserem Trinkwasser
- 17 ansteigen, während Kohleschlote in Berlin giftiges Quecksilber in die Luft pusten. Wir
- 18 wollen wieder eine Spree, in der man baden kann. Der Kohleausstieg ist für uns deshalb auch
- 19 ein Anstieg der Lebensqualität!

P67 Projekt 67: Kein Geld für die Energie von gestern - Berlin macht Divestment

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Kein Geld für die Energie von gestern - Berlin macht Divestment
- 2 In den letzten Jahren engagieren sich weltweit – auch in Berlin – immer mehr Menschen für
- 3 „Divestment“. Divestment ist der Abzug von Kapital aus Kohle- und Ölkonzernen. Wir wollen,
- 4 das Berlin hier voran geht und das Land alle Gelder aus der fossilen Wirtschaft abzieht.
- 5 Ungefähr 10 Millionen Euro hat das Land Berlin als Teil seiner Versorgungsrücklagen in
- 6 Konzernen wie Total, Eon oder RWE angelegt. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Anlagen
- 7 abgestoßen werden und das Land Berlin stattdessen ein ethisches Anlagekonzept verfolgt und
- 8 keine direkten oder indirekten Finanzanlagen mehr an Konzerne, deren Rendite auf ethisch und
- 9 ökologisch besonders problematischen Geschäftspraktiken beruhen, investiert. Jeder Euro für
- 10 fossile Konzerne ist schlecht für das Klima. „Divestment“ ist aber auch finanziell sinnvoll,
- 11 denn perspektivisch werden die Investitionen in fossile Energien hohe Kosten nach sich
- 12 ziehen. Nach dem Beschluss der Pariser Klimakonferenz müssen rund 80 Prozent von Kohle, Öl
- 13 und Gas im Boden bleiben. Dadurch werden Konzerne an Wert verlieren, die solche Ressourcen
- 14 besitzen oder mit Umwelt-Ausbeutung Geld verlieren. Wir wollen nicht, dass öffentliche
- 15 Kassen, Pensionsfonds oder Versicherungen am wirtschaftlichen Wohlergehen von CO2-Schleudern
- 16 hängen. Berlin will bis zum Jahr 2050 zu einer klimaneutralen Stadt werden, die nicht auf
- 17 Kosten der Zukunft wirtschaftet. Dazu gehört, dass unsere Stadt ihre Geldanlagen aus den
- 18 Konzernen der fossilen Energiewirtschaft abzieht.

P68 Projekt 68: Energiewende von unten: von allen für alle

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Energiewende von unten: von allen für alle
- 2 Energiewende wird in Berlin von unten gemacht: Die Bürgerinnen und Bürger haben das von
- 3 Vattenfall und der SPD gewollte neue Kohlekraftwerk Rummelsburg verhindert. Startups
- 4 entwickeln in der Stadt innovative Energielösungen. Eine Energiegenossenschaft tritt gegen
- 5 Vattenfall an. Beim Volksentscheid „Neue Energie für Berlin“ haben 600.000 Berliner*innen
- 6 für ein neues Stadtwerk und für eine Bewerbung des Landes um das Stromnetz gestimmt. Wir
- 7 wollen auf dieser Dynamik aufbauen und dieses politische, ökologische und unternehmerische
- 8 Engagement der Berliner*innen aufgreifen. Denn nur durch ihr Engagement können wir alle
- 9 geeigneten Dachflächen für Sonnenenergie nutzen, alte Heizungen ersetzen, dezentrale
- 10 Energieanlagen intelligent vernetzen, um die fluktuierenden Energiequellen besser zu nutzen.
- 11 Wir wollen die dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) überall dort stärken, wo das
- 12 Fernwärmenetz nicht hinreicht, und streben eine Verzehnfachung der existierenden 1.000
- 13 dezentralen KWK-Anlagen an. Damit legen wir die Energiewende in die Hände der Bürger*innen.
- 14 Da in Berlin 86 Prozent der Menschen zur Miete wohnen, ist es an der Zeit, noch stärker auf
- 15 „Mieterstrom“-Projekte zu setzen, bei denen die Bewohner*innen voranging vom eigenen Dach
- 16 oder eigenen Keller versorgt werden. Das Grüne Klimastadtwerk soll hier der starke Partner
- 17 sein und Berlin zur Mieterstrom-Hauptstadt machen. Die Energiewende braucht Bürgerengagement
- 18 und Bürgerenergie.

P69 Projekt 69: Berlins Kultur braucht Platz

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Berlins Kultur braucht Platz
- 2 Berlins Kulturlandschaft ist einzigartig. Berlin braucht die Kunst und Kultur, aber Kunst
- 3 und Kultur brauchen auch bezahlbare Räume in Berlin. Zahlreiche Theater, Galerien,
- 4 Proberäume und Clubs mussten schon schließen – weil andere Nutzungen mehr Profit bringen.
- 5 Wir wollen die Vielfalt der Kultur in Berlin erhalten und dazu gehört für uns auch die
- 6 Vielfalt der kulturellen Orte. Bei der Stadtplanung wollen wir versuchen, diese Flächen
- 7 städtebaulich zu sichern. Dafür soll es möglich sein, in begründeten Ausnahmefällen Räume
- 8 und Flächen auch unterhalb des Verkehrswertes zu vergeben, damit finanzschwache Gruppen wie
- 9 zum Beispiel Kulturschaffende überhaupt eine Chance haben, Raum für Kultur zu schaffen. Das
- 10 Land Berlin muss Grundstücke zur kulturellen Nutzung wieder ankaufen und die Vergabe in
- 11 Erbbaupacht stärken. Viele Flächen und Räume können übergangsweise für Kulturprojekte zur
- 12 Verfügung gestellt werden. Wir werden uns für eine Zwischennutzungsagentur einsetzen, die
- 13 Künstlerinnen und Künstlern Räume zeitlich begrenzt vermittelt. Anders als die großen
- 14 Theater erhalten Gruppen der freien Szene keine Investitionszuschüsse, um ihre Räume
- 15 auszubauen oder zu sanieren. Wir schlagen deshalb einen Investitionsfonds mit jährlich zehn
- 16 Millionen Euro vor. Neben der Finanzierung von Sanierungsmaßnahmen sollen temporäre
- 17 Mietkostenzuschüsse sowie Zuschüsse für den Erwerb von Immobilien möglich sein.

P70 Projekt 70: Freie Kulturszene stärken

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Freie Kulturszene stärken

2 Wir werden die Freie Szene im Kulturbereich stärken. Sie trägt mit ihrem kreativen Potential
3 zum internationalen Renommee Berlins bei: Über Festivals, Programmarbeit in allen Kiezen bis
4 zur nächtlichen Club- und Konzertszene machen sie Berlin attraktiv, für Berliner*innen
5 genauso wie für Besucher*innen unserer Stadt. Die Förderinstrumente und das bisherige
6 Fördervolumen werden der stetig steigenden Bandbreite, Qualität und Professionalität der
7 Freien Szene schon lange nicht mehr gerecht. Die Freie Szene braucht eine Förderpolitik, die
8 flexibel auf die aktuellen Notwendigkeiten reagiert. Wir stehen für eine Kulturpolitik, die
9 Möglichkeiten zum neuen künstlerischen Produzieren ins Gleichgewicht mit dem Bewahren des
10 kulturellen Erbes setzt. Dazu werden wir neben der Förderung von künstlerischer Arbeit vor
11 allem Räume und die Infrastruktur der Freien Szene sichern: Produktions- und Projekträume,
12 Spielstätten, Ateliers, Galerien, Studios, aber auch Büros und Lagerräume. Die Mittel aus
13 der City-Tax wollen wir für Kulturförderung nutzen. Dies gelingt auch in Zusammenarbeit mit
14 den Ressorts Tourismus und Sport. Wir werden in Kulturförderfonds investieren, die auf
15 aktuelle künstlerische Entwicklungen zu gesellschaftlichen Fragen reagieren: Der Ausbau von
16 Festivalförderung und Kooperationsformaten zwischen freier Szene und Kulturinstitutionen ist
17 dazu ein erster Schritt.

P71 Projekt 71: Bibliotheken erhalten und für die Zukunft gut aufstellen

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Bibliotheken erhalten und für die Zukunft gut aufstellen

2 Bibliotheken sind die meistbesuchten Kultur- und Bildungseinrichtungen in Berlin. Jährlich
3 nutzen knapp acht Millionen Menschen die Bibliothek um die Ecke oder die Zentral- und
4 Landesbibliothek. Wir finden: Die Bibliotheken in den Bezirken sind enorm wichtig, weil sie
5 offen für alle sind, zum Erhalt des kulturellen Erbes beitragen und den Nutzerinnen und
6 Nutzern gleichzeitig helfen können, den digitalen Wandel zu bewältigen. Gerade für Kinder
7 und Jugendliche sind sie wichtig, aber auch für die Integration der Geflüchteten. Viele
8 Standorte sind jedoch wegen der finanziellen Engpässe der Bezirke in Gefahr. Die
9 Bibliotheken brauchen, um für die Menschen attraktiv zu bleiben, eine moderne Ausstattung
10 vom klassischen Buch bis zu den neuen digitalen Medienangeboten. Das Personal braucht
11 interkulturelle Kompetenz genauso, wie es versiert mit digitalen Medien umgehen können muss.
12 Auch sollte das Angebot an fremdsprachigen Medien ausgeweitet werden. Dafür wollen wir in
13 Zusammenarbeit von Land und Bezirken neue Finanzierungsmodelle erarbeiten. Wir wollen eine
14 moderne und attraktive Zentral- und Landesbibliothek (ZLB). Dafür kommt es nicht nur auf den
15 Standort an. Nötig ist eine bedarfsgerechte Ausstattung mit Personal und Räumen und ein
16 zukunftsweisendes Konzept: Welches Medienangebot braucht diese zentrale Kultur- und
17 Bildungseinrichtung, wie soll die programmatische Ausrichtung aussehen? Diese Fragen müssen
18 schnell beantwortet werden, um so für eine baldige Perspektive an einem neuen Standort zu
19 sorgen.

P72 Projekt 72: Der Berlin-Tag: kostenlose Kultur für Berliner*innen

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Der Berlin-Tag: kostenlose Kultur für Berliner*innen
- 2 Kultur ist für alle da. Die städtischen und staatlichen Museen in Berlin beherbergen
- 3 Kunstwerke und Kulturgüter, die aus öffentlichen Mitteln finanziert, erworben, restauriert
- 4 und ausgestellt werden. Deswegen sollten diese Sammlungen auch für alle, unabhängig von
- 5 Einkommen, sozialem Status oder Herkunft, zugänglich sein. Dafür wollen wir mindestens zwölf
- 6 Mal im Jahr, beispielsweise an jedem ersten Donnerstag im Monat, die Museen unserer Stadt
- 7 für alle Berliner*innen kostenfrei zugänglich machen. Das ist für uns auch ein Beitrag zur
- 8 kulturellen Bildung. Wir wollen, dass die staatlichen und städtischen Museen mit ihren
- 9 Schätzen im täglichen Leben der Menschen eine größere Rolle einnehmen können und viele, die
- 10 ansonsten vielleicht zuhause bleiben, in die Museen kommen. Städte wie London, Bordeaux oder
- 11 Köln, Museen in Essen, Paris oder selbst in Wewelsburg im Kreis Paderborn sind hier weiter
- 12 als Berlin und haben mit Erfolg unterschiedliche Lösungen gefunden, damit ihre Museen
- 13 zeitweilig ohne Eintrittsgeld zu besuchen sind. In Berlin gibt es bislang unterschiedlichste
- 14 Regelungen in den staatlichen und städtischen Museen. Manche sind manchmal für einige
- 15 unentgeltlich, bei anderen gibt es Ermäßigungen oder freien Eintritt für bestimmte
- 16 Personengruppen. Unabhängig davon wollen wir, dass an einem festgelegten Tag im Monat
- 17 (Berlin-Tag) alle Menschen, deren erster Wohnsitz Berlin ist, generell kostenlosen Eintritt
- 18 in allen staatlichen und städtischen Museen erhalten.

P73 Projekt 73: Werbefreiheit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Werbefreiheit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

2 Der mediale Dschungel wird dichter: Mit Print, im Netz und im TV. Die Frage lautet heute
3 nicht mehr: Wo finde ich Informationen? Sondern immer mehr: Sind sie relevant und kann ich
4 ihnen vertrauen? Wir sehen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nach wie vor als Garant für
5 kompetente Orientierung in unserer Gesellschaft. Er liefert seriösen Qualitätsjournalismus
6 bei Information und Bildung, aber auch im Sport und in der Unterhaltung. Damit dies so
7 bleibt, müssen sich die öffentlich-rechtlichen Programme qualitativ von den rein
8 kommerziellen Angeboten unterscheiden. Ein Weg dahin ist der Verzicht auf Werbung. Der
9 öffentlich-rechtliche Rundfunk ist beitragsfinanziert und daher im Gegensatz zum privaten
10 Rundfunk und zur frei finanzierten Medienlandschaft nicht von Werbeeinnahmen abhängig.
11 Dieses Alleinstellungsmerkmal garantiert Unabhängigkeit und diese Glaubwürdigkeit gilt es zu
12 stärken. Für die vergleichsweise geringen Werbeeinnahmen (drei bis vier Prozent des
13 Gesamtetats) müssen natürlich Kompensationen gefunden werden. Die Umstellung auf die
14 Haushaltsabgabe hat die Einnahmen bereits gesteigert. Es gibt weitere Möglichkeiten, z.B.
15 mittels struktureller Maßnahmen in Verwaltung und Technik sowie über Weitervermarktung von
16 hochwertigen Inhalten, zusätzliche Gelder freizusetzen und einzunehmen. Die Folgen eines
17 Werbe- und Sponsoringverzichts für die Sportberichterstattung wollen wir mit den Gremien und
18 Vertreter*innen des RBB weiter diskutieren und gegebenenfalls gesonderte Regelungen
19 schaffen.

P74 Projekt 74: Antidiskriminierungsgesetz: Endlich Schutz vor Diskriminierung

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Antidiskriminierungsgesetz: Endlich Schutz vor Diskriminierung
- 2 Der Schutz vor Diskriminierung gehört zu den elementaren menschenrechtlichen
- 3 Verpflichtungen. Gleichwohl sind die Berliner*innen gerade vor Benachteiligungen durch den
- 4 Staat nur unzureichend geschützt. Dies gilt – von der Schule über die Gesundheitsversorgung
- 5 bis zur Versorgung mit Wohnraum – insbesondere für Roma. Mit einem
- 6 Landesantidiskriminierungsgesetz wollen wir daher den Schutz vor rassistischer
- 7 Diskriminierung, vor Diskriminierungen wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der
- 8 Religion, der Weltanschauung, wegen einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung, wegen
- 9 des Lebensalters, der sexuellen Identität und des sozialen Status verbessern. Betroffene
- 10 sollen sich bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche auf Entschädigung und Schadensersatz durch
- 11 Verbände vertreten lassen können. Zur Verhinderung struktureller Diskriminierung soll vorab
- 12 geprüft werden, ob bei neuen Regelungen diskriminierende Auswirkungen zu befürchten sind.
- 13 Die Kompetenz der Mitarbeiter*innen im öffentlichen Dienst im Umgang mit Vielfalt wollen wir
- 14 stärken und zum Kriterium für Einstellung und Aufstieg machen. Wir schaffen eine starke,
- 15 unabhängige Antidiskriminierungsstelle mit klaren Aufgaben und Befugnissen und richten in
- 16 Schulen und bei der Polizei Beschwerdestellen ein. Auch den diskriminierenden Ausschluss von
- 17 Wahlen und Abstimmungen von Menschen, die seit Jahren in Berlin leben, wollen wir beenden.
- 18 Wir werden daher einen neuen Vorstoß für ein kommunales Wahlrecht für Migrantinnen und
- 19 Migranten unternehmen.

P75 Projekt 75: Teilhabe und Teilsein durch echte Partizipation

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Teilhabe und Teilsein durch echte Partizipation

2 Sechs Jahre nach Inkrafttreten des Integrations- und Partizipationsgesetzes müssen dringend
3 neue Entwicklungen darin aufgenommen werden. Dafür wollen wir das Gesetz evaluieren und auf
4 seine Wirksamkeit überprüfen. Klar ist, dass es Nachbesserungsbedarf gibt: unter anderem
5 muss der Migrationshintergrund erfasst, bei der interkulturellen Öffnung der Unternehmen mit
6 Landesbeteiligung nachgebessert, interkulturelle Kompetenz und die Durchsetzung
7 gleichberechtigter Teilhabe gefördert werden. Wir sorgen dafür, dass es wieder einen
8 unabhängigen Integrationsbeauftragten gibt – einen Posten, den Rot-Schwarz de facto
9 abgeschafft hat. Auch die Mitbestimmungsstrukturen und die Kooperation mit den
10 Migrant*innen-Selbstorganisationen (MSO) wollen wir weiterentwickeln. Die MSO sind längst
11 unverzichtbarer Teil der interkulturellen Öffnung der Regeldienste geworden. Jobcenter,
12 Schulen, Berufsbildung, Kulturarbeit – das Zusammenleben in den Kiezen lebt von der
13 Aktivität und der Kompetenz der MSO. Darum entwickeln wir eine solide und transparente
14 Fördersystematik, die der Rolle der MSO gerecht wird. Vom dabei sein in besonderer Weise
15 ausgeschlossen sind noch immer Roma. Die Europäische Romastrategie adressiert die Probleme
16 und stellt Mittel bereit. Berlin wird darin aufgefordert insbesondere den Zugang zu
17 Gesundheitsversorgung und Bildung zu verbessern und Roma-Organisation an der Umsetzung zu
18 beteiligen. Wir sorgen dafür, dass politisches Handeln Ausgrenzung von Roma abbaut sowie
19 Integration und soziale Teilhabe fördert.

P76 Projekt 76: Religiöse und weltanschauliche Pluralität gewährleisten

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Religiöse und weltanschauliche Pluralität gewährleisten
- 2 Berlin ist auch religiös und weltanschaulich eine vielfältige Stadt. Wir stehen für
- 3 Religions- und Bekenntnisfreiheit und für die Gleichbehandlung aller anerkannten Religions-
- 4 und Weltanschauungsgemeinschaften, denn nur so funktioniert Pluralität. Wir stehen auch zum
- 5 Ethikunterricht für alle ab der 7. Klasse. Allerdings wollen wir mit den Religions- und
- 6 Weltanschauungsgemeinschaften gemeinsam die religionskundlichen Aspekte im Ethikunterricht
- 7 weiterentwickeln. Außerdem wollen wir Verhandlungen mit den großen christlichen Kirchen
- 8 aufnehmen, um die historischen Staatsleistungen abzulösen, die das Land Berlin nach wie vor
- 9 als Entschädigung für Enteignungen kirchlicher Güter in der Zeit der Säkularisation zahlt.
- 10 Die Gebühren für den Kirchenaustritt sollen in Zukunft von den Kirchen übernommen werden.
- 11 Der Austritt sollte genauso leicht möglich sein wie der Eintritt; bislang tragen diejenigen,
- 12 die austreten wollen, die entsprechenden Verwaltungskosten selbst. Zudem werden wir dafür
- 13 Sorge tragen, dass künftig die Gefangenenseelsorge auch für muslimische und andere
- 14 Angehörige kleinerer und noch nicht anerkannter Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften
- 15 gewährleistet wird – und zwar durch qualifiziertes und geeignetes Personal.

P77 Projekt 77: Die Hälfte der Macht für Frauen

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Die Hälfte der Macht für Frauen
- 2 Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt bedeutet für uns Grüne mehr als Quoten für
- 3 Spitzenjobs. Natürlich freuen wir uns über die Frauen, die Berliner Landesunternehmen
- 4 leiten. Wir wollen auch dafür sorgen, dass es künftig mehr von ihnen geben wird. Uns geht es
- 5 aber um Gleichberechtigung der Geschlechter in allen Arbeitsbereichen. Frauen in Berlin
- 6 verdienen heute immer noch deutlich weniger als Männer. Das liegt daran, dass Frauen öfter
- 7 in Teilzeitjobs, geringfügiger Beschäftigung und schlechter bezahlten Berufen tätig sind und
- 8 es liegt an den Gehaltsunterschieden zu vergleichbaren Jobs, die Männer haben. Das wollen
- 9 wir ändern. Unser Ziel lautet: gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Erreichen
- 10 wollen wir dies mit einem Verbandsklagerecht im Landesgleichstellungsgesetz. Das
- 11 Landesgleichstellungsgesetz verpflichtet das Land Berlin zu Gleichstellung und der
- 12 Beseitigung der Unterrepräsentanz von Frauen in landeseigenen Unternehmen. Wir streiten für
- 13 die Aufwertung und bessere Entlohnung von Pflege- und Erziehungsberufen, in denen
- 14 überwiegend Frauen tätig sind. Neben gerechten Löhnen wollen eine andere Arbeitskultur:
- 15 flexible Arbeitszeitmodelle, die sich stärker an den Bedürfnissen der Arbeitnehmer*innen
- 16 orientieren, sind Grundlage dafür, dass Frauen und Männer sich Beruf und Familie
- 17 partnerschaftlich teilen. Essenziell für gleichberechtigt berufstätige Eltern sind auch
- 18 qualitativ gute Betreuungsangebote. Die landeseigenen Unternehmen und den Öffentlichen
- 19 Dienst als Arbeitgeber werden wir hier zum Vorbild machen.

P78 Projekt 78: Schutz vor Missbrauch und sexualisierter Gewalt

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Schutz vor Missbrauch und sexualisierter Gewalt
- 2 Sexualisierte Gewalt und sexueller Missbrauch führen bei Betroffenen, insbesondere bei
- 3 Kindern, zu schwersten Verletzungen der Psyche und wirken ein Leben lang nach. Welche
- 4 schlimmen Folgen die Tabuisierung des Themas oder falsch verstandene Toleranz haben können,
- 5 mussten wir Grünen durch unsere eigene Geschichte erfahren. Wir setzen auf Prävention – also
- 6 Aufklärung, Information und Beratung, um Anzeichen sexualisierter Gewalt frühzeitig zu
- 7 erkennen und zu verhindern. Kinder müssen Grenzüberschreitungen empfinden und aussprechen
- 8 können. Erwachsene müssen vor allem im professionellen Umfeld in der Lage sein, erste
- 9 Anzeichen zu erkennen und durch vertrauensvolle Hilfe gegenzusteuern. Wir schätzen die
- 10 Expertise bestehender Projekte und fordern weiterhin die langfristige finanzielle Sicherung
- 11 der Präventionsarbeit, aber auch der Intervention und psychotherapeutischen Nachsorge.
- 12 Insbesondere in Schulen, Kindergärten, Jugendeinrichtungen und Fachberatungsstellen wollen
- 13 wir mehr Ressourcen für diese Aufgaben bereitstellen. Kontinuität in der Aufklärung,
- 14 Prävention und Intervention muss auch in der Erwachsenenarbeit erreicht werden. Beratung für
- 15 Betroffene übers Netz und Online-Kurse für medizinisch-therapeutische Berufe können neue
- 16 Wege sein. Nicht zuletzt muss die Sensibilisierung für das Thema sexualisierte Gewalt und
- 17 der Umgang mit davon Betroffenen flächendeckend in die Ausbildung aller relevanten
- 18 Berufsgruppen integriert werden.

P79 Projekt 79: Situation von Sexarbeiter*innen verbessern

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Situation von Sexarbeiter*innen verbessern

2 Prostitution ist ein Thema, das in Berlin seit Jahren diskutiert wird – ohne konkrete
3 Ergebnisse. Der Senat lässt die Bezirke mit den Problemen seit Jahren allein, anstatt
4 gemeinsam mit den Betroffenen und zuständigen Stellen nach Lösungen zu suchen. Dies ist aber
5 notwendig, da es für die vielfältigen Probleme zwischen Straßenstrich, Begleitservice, Sex
6 als einfache Dienstleistung und Gewerbe, exklusiven Luxusetablissemments mit Erotikangebot
7 sowie Menschenhandel keine einfachen Lösungen gibt. Gemeinsam mit Bezirken und Betroffenen
8 richten wir einen „Runden Tisch Prostitution“ nach dem Vorbild von NRW ein. Ziel soll es
9 sein, ein Handlungskonzept für die Verbesserung der Situation von Sexarbeiter*innen, der
10 Situation in den Bezirken, sowie Vorschläge für landesrechtliche Anpassungen zu erarbeiten
11 und dabei auch den gesellschaftlichen Diskurs weiter voranzubringen. Für Frauen, die Opfer
12 von Menschenhandel sind, wollen wir Perspektiven für ein sicheres und selbstbestimmtes Leben
13 eröffnen. Sie müssen Anspruch auf staatliche Unterstützung haben, unabhängig davon, ob sie
14 durch Zeug*innenaussagen bei der Aufklärung und Bekämpfung von Verbrechen mitzuwirken
15 vermögen. Wir wollen uns im Rahmen der länderübergreifenden Zusammenarbeit dafür einsetzen,
16 dass alle Maßnahmen im Kampf gegen Menschenhandel hinsichtlich ihrer Folgen für die Opfer,
17 im Besonderen für Frauen, geprüft werden und die Betroffenen ihre Ansprüche auf
18 Entschädigung in Deutschland durchsetzen können.

P80 Projekt 80: Mehr Schutzräume für Frauen

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Mehr Schutzräume für Frauen
- 2 Gewalt gegen Frauen gibt es in allen Kulturen und Schichten - sie geschieht jeden Tag. Die
- 3 Dunkelziffer ist hoch und viel zu oft werden Frauen mit ihren Erfahrungen allein gelassen.
- 4 Wir wollen in Berlin eine Polizei und Justiz schaffen, die umfassender als bisher in Bezug
- 5 auf sexualisierte und häusliche Gewalt geschult ist. Unser Ziel ist, dass Beamt*innen auf
- 6 allen Ebenen und in allen Einsatzlagen für solche Vergehen sensibilisiert und für den Umgang
- 7 mit Betroffenen qualifiziert sind. Die vorhandenen Schutz- und Beratungsstellen reichen
- 8 nicht aus. Die Berliner Frauenhäuser sind überfüllt und Beratungsstellen überlastet. Ihre
- 9 durchgängige Erreichbarkeit ist nicht gegeben. Wir wollen im Berliner Landeshaushalt
- 10 ausreichend und dauerhaft Mittel für mehr Schutzräume und Beratungsangebote bereitstellen.
- 11 Frauen und ihre Kinder müssen schnell und unbürokratisch in Frauenhäusern bzw.
- 12 Zufluchtswohnungen Schutz finden. Das Angebot an barrierefreien und interkulturellen
- 13 Beratungsstellen werden wir aufstocken. Das umfasst auch mehr qualifiziertes und angemessen
- 14 bezahltes Personal - und Sprachmittler*innen, die wir für die Betreuung und den Schutz
- 15 nicht-deutschsprachiger Frauen brauchen. Präventionsarbeit wollen wir stärker fördern.

P81 Projekt 81: Stadt der Vielfalt: Berlin queer denken

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Stadt der Vielfalt: Berlin queer denken
- 2 Berlin queer zu denken heißt, die Vielfalt sexueller Identitäten in allen gesellschaftlichen
- 3 Bereichen unserer Stadt als Chance zu begreifen und Diskriminierung abzubauen – am
- 4 Arbeitsplatz, im Sport, in der Aus- und Weiterbildung, in der Verwaltung oder in Kinder- und
- 5 Familieneinrichtungen. Der Fokus muss auf jenen liegen, die besonders von Ausgrenzung
- 6 betroffen sind, etwa weil sie mehrfach diskriminiert werden oder nur über eine geringe Lobby
- 7 verfügen. Geflüchtete Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und
- 8 Intersexuelle (LSBTTI) sind selbst in Berlin vor Anfeindungen und Gewalt oftmals nicht
- 9 sicher. Wir fordern eine sichere Unterbringung für sie. In den zuständigen Behörden braucht
- 10 es LSBTTI-geschulte Ansprechpartner*innen und Dolmetscher*innen. Die queeren Projektträger
- 11 der Flüchtlingshilfe müssen ausreichend ausgestattet werden. Die Situation von LSBTTI-
- 12 Jugendlichen ist trotz aller gesellschaftlichen Fortschritte eine Herausforderung. In allen
- 13 Lebensbereichen sind sie noch immer Ausgrenzung, verbalen und auch körperlichen Angriffen
- 14 ausgesetzt. Schulen und Jugendeinrichtungen müssen daher zu Räumen des Respekts werden, in
- 15 denen LSBTTI angstfrei ihr Coming-out haben können. Wir wollen zudem ein queeres
- 16 Jugendzentrum für ganz Berlin. Die Belange von LSBTTI im Alter und mit Pflegebedarf müssen
- 17 stärker Berücksichtigung finden. Dafür braucht es eine verbesserte Ausbildung über sexuelle
- 18 Vielfalt in den sozialen Berufen, mehr queere Senior*innenprojekte sowie den Abbau von
- 19 Barrieren in der queeren Community selbst, um Teilhabe zu ermöglichen.

P82 Projekt 82: Stadt der Vielfalt: „Initiative sexuelle Vielfalt“ neu starten

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Stadt der Vielfalt: „Initiative sexuelle Vielfalt“ neu starten
- 2 Berlin ist eine Stadt der gesellschaftlichen Vielfalt. Doch Homophobie, Biphobie und
- 3 Transphobie bleiben ein Problem– in der Öffentlichkeit, in der Schule oder in der
- 4 Verwaltung. Die Zahl der Straf- und Gewalttaten gegen queere Menschen verharrt auf hohem
- 5 Niveau, die Dunkelziffer ist hoch. Das wollen wir nicht hinnehmen. Angeregt durch einen
- 6 grünen Antrag hat das Abgeordnetenhaus 2009 die „Initiative sexuelle Vielfalt“ (ISV)
- 7 beschlossen, um die Akzeptanz gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen,
- 8 Transgendern und Intersexuellen (LSBTTI) zu erhöhen. Der Aktionsplan setzte bundesweit
- 9 Maßstäbe. Unter Rot-Schwarz versank er allerdings in der Bedeutungslosigkeit. Insbesondere
- 10 die Berliner CDU setzte mit der Ablehnung der Eheöffnung für Lesben und Schwule auf
- 11 Diskriminierung statt auf neue queerpolitische Impulse. Wir fordern einen Neustart der ISV
- 12 unter enger Einbindung der queeren Community. Dabei wollen wir den Fokus auf vernachlässigte
- 13 Aspekte wie LSBTTI und Behinderung, Regenbogenfamilien sowie Diversity richten. Die ISV soll
- 14 auf eine breite Akzeptanzförderung in allen gesellschaftlichen Bereichen zielen. Die ISV
- 15 braucht verlässliche Rahmenbedingungen, mehr Transparenz und eine kontinuierliche
- 16 Weiterentwicklung. Best-Practice-Projekte müssen in die Regelförderung überführt werden. So
- 17 entsteht Spielraum für innovative Ideen und die ISV kann zu einem Projektlabor für eine
- 18 moderne, offene Stadtgesellschaft werden. Damit wollen wir Berlin wieder zu einer
- 19 progressiven Stimme in Sachen Gleichstellung machen.

P83 Projekt 83: Rechte von trans*- und intersexuellen Menschen stärken

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Rechte von trans*- und intersexuellen Menschen stärken

2 Als Grüne unterstützen wir trans*- und intersexuelle Menschen beim Kampf um ihre
3 grundlegenden Menschenrechte. Wir lehnen die Stigmatisierung von Trans- und Intersexualität
4 als Krankheit ab. Wir werden uns deshalb über den Bundesrat genauso für die längst
5 überfällige Reform des Transsexuellengesetzes einsetzen wie für die Selbstbestimmung
6 intersexueller Menschen über ihren Körper. Sogenannte geschlechtszuweisende Operationen an
7 intersexuellen Menschen ohne deren Einwilligung oder ohne medizinische Indikation darf es
8 nicht mehr geben. Wir fordern, dass trans*- und intersexuellen Menschen bei
9 geschlechtsangleichenden Maßnahmen alle geeigneten medizinischen Leistungen zur Verfügung
10 stehen. Die oft langwierigen Verfahren bei den Krankenkassen zur Kostenübernahme müssen
11 vereinfacht und beschleunigt werden. Psychologie und Medizin, die ärztlichen
12 Standesvertretungen und alle im Gesundheitswesen Tätigen müssen bereits in der Ausbildung
13 für die Anliegen von trans*- und intersexuellen Menschen sensibilisiert werden. Dies gilt
14 für Jugendämter und Schulen genauso wie für die Verwaltung. Gleichzeitig müssen berlinweit
15 adäquate Beratungs- und Unterstützungsstrukturen geschaffen werden. Auf Bundes- und auf
16 Berliner Landesebene setzen wir uns für eine rechtliche Anerkennung von trans*- und
17 intersexuellen Menschen ein, wie sie derzeit vorbildhaft in Argentinien existiert. Dort kann
18 jeder Mensch die Änderung des Vornamens und des eingetragenen Geschlechts beantragen, wenn
19 diese nicht mit der eigenen Geschlechtsidentität übereinstimmen, ohne dass es dafür
20 demütigender und langwieriger bürokratischer Verfahren bedarf.

P84 Projekt 84: Mehr Sicherheit im Öffentlichen Raum

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Mehr Sicherheit im Öffentlichen Raum

2 Wir wollen, dass Berlin sicherer wird. Unsere Bahnhöfe, Straßen, Parks und Plätze dürfen
3 keine Angsträume sein. Der Staat muss für mehr Sicherheit und schnelle Hilfe, gerade in
4 öffentlichen Räumen sorgen, damit sich jede*r in Berlin überall frei bewegen kann. Wir
5 setzen auf bessere Beleuchtung und Einsehbarkeit sowie Notrufmöglichkeiten. Es war ein
6 Fehler, Personal auf den Bahnhöfen zu reduzieren und die Polizei aus der Fläche
7 zurückzuziehen. Wir wollen insbesondere nachts wieder mehr Sicherheitspersonal auf den
8 Plätzen und Bahnsteigen. An großen Bahnhöfen und anderen Hot-Spots wollen wir mit gezielter
9 Polizeipräsenz und Einbindung der Anwohner*innen für mehr Sicherheit sorgen. Wir setzen
10 dafür auf flexible und mobile Einheiten der Polizei, statt auf symbolische Großeinsätze, die
11 viel kosten und wenig Sicherheit bringen. Polizei und Feuerwehr wollen wir endlich wieder so
12 ausstatten, dass sie schnell und zuverlässig helfen können. Opfer von Straftaten,
13 insbesondere von Sexualdelikten, wollen wir besser schützen. Dazu müssen wir die Prävention
14 ausbauen. Projekte wie Kein-Täter-Werden und die Anti-Stalking-Beratungen, aber auch
15 Gewaltschutzambulanzen und anonyme Spurensicherungen werden wir deutlich besser ausstatten
16 und in geeigneten Fällen den Täter-Opfer-Ausgleich stärken. Polizei und Justiz sollen bei
17 Gewaltdelikten schnell ermitteln. Außerdem kann ein besser aufgestellter Strafvollzug
18 Rückfälle vermeiden.

P85 Projekt 85: Bürgernahe Polizei

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Bürgernahe Polizei

2 Nach vier Jahren CDU-Innensenator hat Berlin die höchste Kriminalität seit 2004 und die
3 niedrigste Aufklärungsquote seit 1997. Die Prävention und Polizeipräsenz vor Ort in den
4 Kiezen sinkt. Wir wollen diesen Trend umkehren. Berlin braucht mehr Polizistinnen und
5 Polizisten in der Fläche, die ansprechbar, gut geschult und auf Augenhöhe mit den Sorgen der
6 Bürger*innen sind. Wir wollen mehr Fußstreifen von Polizeibeamten und die Wiedereinführung
7 von Kontaktbereichsbeamten. Um das zu schaffen, entlasten wir die Polizei von unnötiger
8 Arbeit. Schwarzfahrer*innen oder Cannabis-Kleinstmengen sollen nicht mehr von ihnen verfolgt
9 werden. Durch den Abbau von Bürokratie und mehr Unterstützung vom Bund können wir mindestens
10 500 Stellen für mehr sichtbare Sicherheit einsetzen. Wir wollen eine weltoffene und moderne
11 Großstadtpolizei. Um komplizierter gewordene Kriminalität besser zu verfolgen, werden wir
12 die Spezialisierung unserer Sicherheitsbehörden vorantreiben. Ziele sind hier zum Beispiel
13 ein sichereres Vorgehen gegen die massive Zunahme von Hass-Delikten im Internet oder die
14 florierende Wirtschaftskriminalität. Wir wollen außerdem die interkulturelle Vielfalt der
15 Polizei stärken, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und sie besser ausrüsten. Zu einer
16 bürgernahen Polizei gehört auch ein transparenter Umgang mit Kritik. Wir wollen eine
17 unabhängige Beschwerde- und Untersuchungsstelle, die ganz konkrete Hilfestellung und ein
18 unkompliziertes Angebot für Bürgerinnen und Bürger bietet. So schaffen wir mehr Vertrauen in
19 eine bürgernahe Polizei.

P86 Projekt 86: Sichere Versorgung im Notfall

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Sichere Versorgung im Notfall

2 Durch Personalmangel und die schlechte materielle Ausstattung der Berliner Notfallversorgung
3 sind im Berliner Rettungswesen inzwischen große Lücken entstanden, die nicht mehr länger
4 hingenommen werden können. Wir wollen, dass alle Menschen in Berlin sicher sein können, im
5 Notfall rasch Hilfe zu bekommen. Wir werden das Berliner Rettungswesen fit machen für die
6 Herausforderungen der wachsenden Stadt und des demografischen Wandels. Der Bund hat im
7 Notfallsanitätergesetz den Beruf des Rettungsassistenten zum Notfallsanitäter
8 weiterentwickelt, mit längerer Ausbildung, besserer Bezahlung und mehr Befugnissen.
9 Notfallsanitäter*innen können damit künftig Aufgaben der Notärzt*innen übernehmen. In Berlin
10 wurden die Chancen dieser Reform bisher zu wenig genutzt. Wir fordern mehr entsprechende
11 Ausbildungsplätze und ein Konzept für Nachschulungen. Außerdem muss die Leitstelle so
12 weiterentwickelt werden, dass Notärzt*innen die Notfallsanitäter*innen an ihren Einsatzorten
13 anleiten können - unter anderem durch Telemedizin. Dazu mangelt es an Ausstattung,
14 Fahrzeugen und Stützpunkten. Wir stehen dazu, dass mehr Geld in die Verbesserung der
15 Notfallrettung investiert werden muss. Wir wollen außerdem zurück zu einer vertrauensvollen
16 Zusammenarbeit mit den Krankenkassen, denn wir sehen sie als einen wichtigen Partner bei der
17 Finanzplanung.

P87 Projekt 87: Waffenmissbrauch wirkungsvoll verhindern

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Waffenmissbrauch wirkungsvoll verhindern

2 Immer wieder kommen Menschen durch Waffen ums Leben oder werden schwer verletzt. In einigen
3 Fällen war das nur möglich, weil Unbefugte viel zu leicht auf Waffen und Munition zugreifen
4 konnten – so beim Amoklauf von Winnenden im Jahr 2009, wo ein jugendlicher Zugang zum
5 Waffendepot seines Vaters, eines Sportschützen hatte. Nach den Ereignissen in der Kölner
6 Silvesternacht boomt der Handel mit Waffen, auch in Berlin. Was bei manchen Käufer*innen das
7 subjektive Sicherheitsgefühl steigern mag, macht die Stadt insgesamt unsicherer. Wir setzen
8 uns für strengere Waffengesetze und eine bessere Kontrolle bei der Aufbewahrung von Waffen
9 und Munition ein. Momentan werden Waffenbesitzer in Berlin rechnerisch nur alle 50 Jahre
10 kontrolliert. Auch andere gesetzliche Bestimmungen werden in Berlin lediglich ungenügend
11 umgesetzt. Wir wollen die unangekündigten Kontrollen zur Lagerung von Waffen und Munition
12 deutlich erhöhen und sicherstellen, dass jede*r Waffenbesitzer*in innerhalb von drei Jahren
13 mindestens einmal kontrolliert wird. Finanziert werden soll dies durch eine Kontrollgebühr
14 nach Bremer Vorbild. Außerdem wollen wir eine Initiative starten, mit dem Ziel, dass Waffen
15 und Munition zukünftig getrennt aufbewahrt werden müssen. Ferner setzen wir uns für eine
16 erneute Amnestie für illegale Waffen ein, bei der diese Waffen anonym abgegeben werden
17 können.

P88 Projekt 88: Gebt das Hanf frei!

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Gebt das Hanf frei!

2 Die Drogenpolitik der simplen Verbote ist gescheitert. Nirgends ist dies augenscheinlicher
3 als beim Verbot von Cannabis. Der Schwarzmarkt beschert der organisierten Kriminalität hohe
4 Gewinne und führt zu einer Kriminalisierung der Konsument*innen. Das halten wir für falsch.
5 Denn diese Politik zieht hohe Schäden und Kosten nach sich, schränkt den Drogenkonsum aber
6 nicht ein. Dazu kommt: Jugend- und Verbraucherschutz kann unter diesen Bedingungen nicht
7 funktionieren – Dealer fragen nicht nach dem Ausweis. Der Drogenhandel macht den
8 öffentlichen Raum unsicher und Menschen Angst. Der teils erhebliche Einsatz von Polizei zur
9 Bekämpfung des Drogenhandels hat an all dem nichts ändern können. Deshalb wollen wir neue
10 Wege gehen und setzen auf einen regulierten Cannabis-Markt, der die Jugendlichen und
11 Verbraucher*innen schützt sowie Prävention ermöglicht. Wir setzen uns dafür ein, dass
12 landeseigene bzw. durch das Land lizenzierte Cannabis-Verkaufsstellen eingerichtet werden,
13 der Anbau von Cannabispflanzen für den Eigenbedarf entkriminalisiert und eine
14 Suchtprävention mit dem Cannabis-Verkauf verknüpft wird. Dafür werden wir ein Modellprojekt
15 zum kontrollierten Cannabisverkauf gemäß §3 Betäubungsmittelgesetz beantragen und die
16 gesetzlichen Spielräume in Sachen Eigenbedarfsregelung nutzen.

P89 Projekt 89: Neue Wege in der Drogenpolitik – für mehr Jugendschutz und Prävention

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Neue Wege in der Drogenpolitik – für mehr Jugendschutz und Prävention
- 2 Wir wollen eine Reform der Drogenpolitik und setzen dabei auf Prävention, Hilfe,
- 3 Schadensminderung und Entkriminalisierung. Das bedeutet mehr Jugendschutz und Prävention –
- 4 egal ob bei derzeit illegalen oder legalen Drogen wie Alkohol und Nikotin. Drogenkonsum ist
- 5 nicht gesund. Aber durch die Förderung von Safer-Use-Maßnahmen wie zum Beispiel
- 6 Sprizentausch können zumindest vermeidbare Gesundheitsrisiken vermieden werden. Die
- 7 Berliner Fachstelle für Suchtprävention soll die Prävention an Schulen und im
- 8 Jugendfreizeitbereich koordinieren, dazu braucht es qualifiziertes Personal.
- 9 Strafverfolgungsbehörden sind für eine zeitgemäße Suchtprävention ungeeignet. Zur
- 10 Durchsetzung der Jugendschutzbestimmungen wollen wir die Bezirke mit mehr Mitteln
- 11 ausstatten. Konsequenter Jugendschutz heißt auch, dass landeseigene Flächen nicht mehr für
- 12 Alkohol- und Tabakwerbung genutzt werden dürfen und Berlin sich für ein generelles Verbot
- 13 von Alkohol- und Tabakwerbung einsetzt. Im Berliner Nachtleben wollen wir ein umfassendes
- 14 Konzept zur Gesundheitsförderung ausbauen – mit Schulungen von Veranstaltern und Personal
- 15 wie auch Vor-Ort-Prävention durch die Drogen- und Aidshilfe. Wir wollen Drugchecking, also
- 16 die chemischen Analyse dieser Substanzen, ermöglichen und durch Beratungsangebote
- 17 flankieren. Mit Drugchecking werden auch Konsument*innen erreicht, an denen die Angebote der
- 18 Suchthilfe sonst vorbeigehen. Substitutionsprogramme und ärztliche Originalstoffvergabe
- 19 wollen wir bedarfsgerecht ausbauen. Substituierten soll der Zugang zu Drogenkonsumräumen
- 20 nicht weiterhin verwehrt werden. Auch Gefangene müssen Zugang zu den bewährten
- 21 therapeutischen und schadensminimierenden Angeboten erhalten.

P90 Projekt 90: Konsequent gegen Rechts

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

1 Konsequent gegen Rechts

2 Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und andere Formen gruppenbezogener
3 Menschenfeindlichkeit ist in erster Linie ein Kampf für eine weltoffene Gesellschaft. Wir
4 setzen uns für die finanzielle Förderung entsprechender zivilgesellschaftlicher Initiativen,
5 Vereine und Organisationen ein und wollen die Mittel im Haushalt für das Landesprogramm
6 gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus verdoppeln. Um die wehrhafte
7 Demokratie zu stärken, fordern wir, dass Zeit und Ort von Demonstrationen transparent
8 gemacht und Gegenproteste zugelassen werden. Das V-Leute-System muss abgeschafft, der
9 polizeiliche Staatsschutz neu aufgestellt und der Einsatz von V-Leuten in der Polizei
10 gesetzlich geregelt und kontrolliert werden. Der NSU-Komplex macht deutlich:
11 Institutioneller Rassismus ist ein ernstes Problem im Bereich unserer Sicherheitsorgane.
12 Deshalb brauchen wir insbesondere eine Reform der Aus- und Fortbildung für Polizei und
13 Justiz. Für eine Verbesserung der Analyse und Erfassung rechtsmotivierter Straftaten und die
14 Anerkennung der Opfer rechter Gewalt fordern wir eine größere Offenheit gegenüber
15 unterschiedlichen Ermittlungsrichtungen und eine Überarbeitung des polizeilichen
16 Kriterienkatalogs „Politisch motivierte Kriminalität (PMK) – rechts“ sowie die Einführung
17 einer Verlaufsstatistik. Wir setzen uns auch für die Einführung eines „Berlin-Monitors“ zur
18 Erhebung von Einstellungen zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und
19 Demokratie ein.

P91 Projekt 91: Internet und WLAN für alle – auch in der U-Bahn

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Internet und WLAN für alle – auch in der U-Bahn
- 2 Ob in der U-Bahn, am Stadtrand oder mitten in Berlin: der Internetzugang ist nicht immer
- 3 schnell. Daher werden wir zu einem Runden Tisch „Internet für Alle“ einladen. Ziel ist es
- 4 gemeinsam mit der Zivilgesellschaft wie der Initiative „Freifunk Berlin“, mit
- 5 Telekommunikationsfirmen, den Landesunternehmen und den Berliner Wirtschaftsverbänden einen
- 6 Fahrplan auf den Weg zu bringen, um möglichst in allen öffentlichen Einrichtungen, in U-
- 7 Bahn, S-Bahn, Trams und Bussen und an öffentlichen Plätzen und Einkaufsstraßen offenes,
- 8 sicheres und freies WLAN anzubieten. Was der Senat in zehn Jahren nicht geschafft hat,
- 9 werden wir bis zum Ende der kommenden Legislatur umsetzen. Eckpfeiler wird der
- 10 flächendeckende Glasfaserausbau sein, um leistungsfähige Übertragungsraten zu erreichen.
- 11 Dafür erwarten wir die notwendigen privatwirtschaftlichen Investitionen, werden die
- 12 Landesunternehmen wie die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) und die Wasserbetriebe in die
- 13 Planungen einbeziehen und stärker für Bundesmittel und europäische Fördermittel werben,
- 14 damit Berlin nicht abgehängt wird. Die Liegenschaften des Landes Berlin werden wir notfalls
- 15 selber vernetzen. Um Ausbau, Sicherheit und Netzneutralität zu gewährleisten, ist für uns
- 16 die Gründung einer landeseigenen Netzgesellschaft eine Option. Den Zugang zum Internet im
- 17 Strafvollzug werden wir mit einem System freigegebener Webseiten – einer Positivliste mit
- 18 Nachrichten-, Job- und Wohnungsportalen - ermöglichen.

P92 Projekt 92: Berlin wird Vorreiterin bei der Digitalisierung – mit einer Digitalwende-Agentur

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Berlin wird Vorreiterin bei der Digitalisierung – mit einer Digitalwende-Agentur
- 2 Wir machen Berlin zur Vorreiterin bei der Entwicklung und Nutzung digitaler Technologien. E-
- 3 Government, vernetzte Mobilität und digitale Steuerungstechniken werden eine
- 4 Selbstverständlichkeit, ebenso wie eine forschungsfreundliche digitale Infrastruktur in der
- 5 Wissenschaft. Dafür werden wir mit der Digitalwende-Agentur eine starke Akteurin in
- 6 öffentlicher Trägerschaft gründen, der die Digitalisierung unserer Landesunternehmen sowie
- 7 der Öffentlichen Verwaltung unterstützt. Gerade kleinere und mittlere Unternehmen sowie das
- 8 Handwerk stehen bei der Digitalisierung vor einer besonderen Herausforderung, da sie häufig
- 9 nicht über eigene IT-Abteilungen verfügen. Zudem reichen ihre Investitionsmittel kaum aus,
- 10 um externe und komplexe Lösungen einzukaufen. Doch gerade für mittelständische Unternehmen
- 11 liegen in innovativen Softwarelösungen und eBusiness-Abläufen enorme Effizienzpotenziale
- 12 sowie vielseitige neue Geschäftsmodelle. Die Digitalwende-Agentur initiiert Pilotvorhaben,
- 13 etwa unter Beteiligung der Berliner Hochschulen und außeruniversitären Institute. Sie
- 14 initiiert Forschungs-, Entwicklungs- und Investitionsprozesse. Vor allem aber berät und
- 15 unterstützt die Agentur kleine und mittlere Unternehmen in der Umsetzung ihrer individuellen
- 16 Digitalisierungsstrategie und bei der Ausschöpfung vorhandener Fördermittel. So wird die
- 17 digitale Wende zu einem Erfolg für Berlin.

P93 Projekt 93: Gewalt im Internet nicht hinnehmen sondern bekämpfen

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Gewalt im Internet nicht hinnehmen sondern bekämpfen
- 2 Ob Hass und Hetze gegen Geflüchtete und ihre Helfer*innen oder Vergewaltigungsdrohungen
- 3 gegen Aktivistinnen: immer mehr Menschen sind von Gewalt im Internet betroffen.
- 4 Präventionsarbeit für Schüler*innen ist richtig und wichtig, erreicht aber nicht alle.
- 5 Deshalb wollen wir Aufklärungs- und Informationskampagnen auch für erwachsene Berliner*innen
- 6 fördern, damit sie ausreichend und niedrigschwellig darüber informiert werden, wie man
- 7 Gewalt im Internet erkennt, einordnet und damit angemessen umgeht. Internet-Gewalt betrifft
- 8 auch zunehmend das Berufsleben, weshalb wir die Stadt Berlin als Arbeitgeber*in zum Vorbild
- 9 machen möchten: Für alle Mitarbeiter*innen im öffentlichen Dienst, die in ihrem
- 10 Arbeitsbereich von Gewalt im Internet betroffen sind, gibt es regelmäßige Weiterbildungs-
- 11 und Beratungsangebote. Darüber hinaus möchten wir erreichen, dass die Berliner Polizei
- 12 flächendeckend geschult wird, damit Betroffene von Internet-Gewalt mit ihrem Anliegen
- 13 überall auf offene und kompetente Beamt*innen treffen. Für die Bearbeitung und
- 14 Strafverfolgung der Anzeigen werden wir bei Polizei und Staatsanwaltschaft spezialisierte
- 15 Stellen einrichten. Opferschutzverbände, Beratungsstellen und psychotherapeutische
- 16 Einrichtungen sind oftmals noch nicht für diese neue Form der Gewalt gerüstet. Wir wollen
- 17 sie in die Lage versetzen, den neuen und speziellen Bedürfnissen der Betroffenen gerecht zu
- 18 werden.

P94 Projekt 94: Meine Daten gehören mir! Datenschutz im digitalen Zeitalter

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Meine Daten gehören mir! Datenschutz im digitalen Zeitalter
- 2 Über uns werden mehr Daten erhoben. Das Smartphone in der Hosentasche speichert jeden
- 3 Schritt den wir gehen und der intelligente Stromzähler erkennt, wann morgens die
- 4 Espressomaschine läuft. Statt dem Fortschritt abzusagen, wollen wir ihn gestalten und dabei
- 5 auch auf die europäische und Bundesgesetzgebung Einfluss nehmen. Die Vorratsdatenspeicherung
- 6 gehört zurückgenommen und die europäische Datenschutzgrundverordnung umgesetzt. Die
- 7 Möglichkeiten des Landes Berlin werden wir nutzen, um die informationelle Selbstbestimmung
- 8 zu stärken und die Sicherheit der IT und unserer Daten zu erhöhen. Gemeinsam mit den
- 9 Universitäten, der Verbraucherzentrale, dem IT-Dienstleistungszentrum Berlin des Landes
- 10 (ITDZ) und der Datenschutzaufsicht schaffen wir eine Informationsstelle IT-Sicherheit,
- 11 beispielsweise bei der Digitalwende-Agentur angesiedelt sein kann. Diese wird
- 12 Verschlüsselungstechnologie bewerben, den Mittelstand und die vielschichtige Berliner
- 13 Vereinslandschaft bei der IT-Sicherheit beraten und unterstützen und universitäre und
- 14 unternehmerische Entwicklungen aus Berlin - insbesondere offene Software - in die praktische
- 15 Nutzung überführen. Das Personal für die Berliner Datenschutzaufsicht werden wir aufstocken,
- 16 damit Gesetze endlich durchgesetzt werden. Zudem müssen auch unangemeldete Kontrollen
- 17 stattfinden, zum Beispiel bei Verstößen gegen den Datenschutz am Arbeitsplatz. Die Berliner
- 18 Verwaltung machen wir im Zuge der Digitalisierung der Verwaltung zum Vorbild für IT-
- 19 Sicherheit. Wir wollen den Missbrauch unserer Daten verhindern.